

NEUE ZEIT

Institut der Zollverwaltung der DDR
„HEINRICH RAU“
1501 Plötzin, Ortst. Plessow 2
Postfach 600
Fachbibliothek

MÄRZ 1985

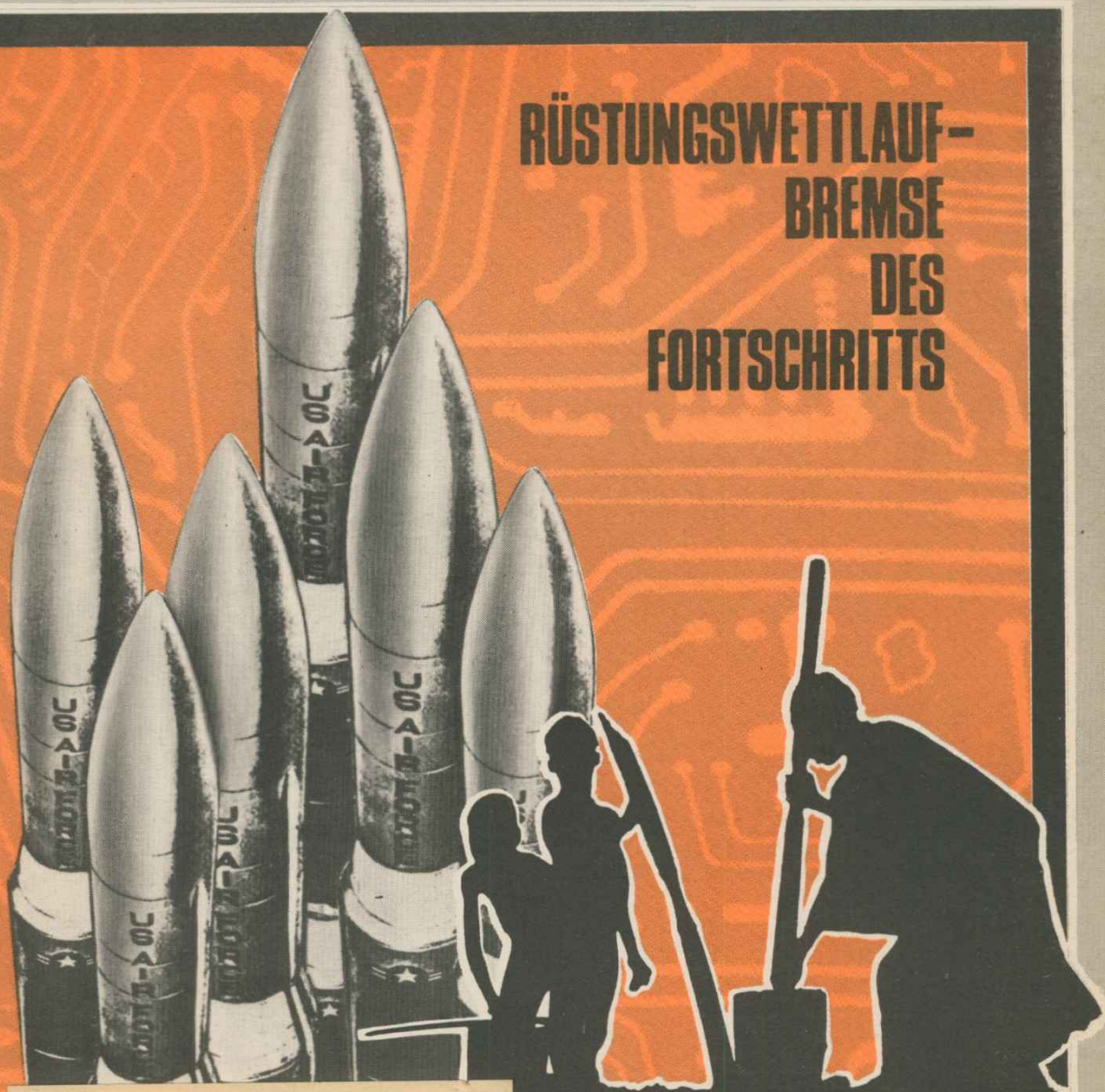
10

auf
genommen

Institut der Zollverwaltung der DDR
„HEINRICH RAU“
1501 Plötzin, Ortst. Plessow 2
Postfach 600
Fachbibliothek

MOSKAUER HEFTE FÜR POLITIK

RÜSTUNGSWETTLAUF- BREMSE DES FORTSCHRITTS



14158 10
ZOLLVERW-BI
1500 9003 15229
PLES



Dem selbständigen Regiment geht es gut. Es nimmt nicht wie alle Regimenter an den Angriffen teil, seine Soldaten sind aber mit Orden ausgezeichnet worden. Der Berichtstatter Jegorow hatte den Auftrag, deren Überreichung zu fotografieren, und er ging zum Regimentskommandeur Woronkow, um zu erfahren, wann er kommen soll.

Woronkow trommelte mit den Fingern auf die Tischplatte und blickte auf die Uhr:

„Kommen Sie, sagen wir mal, in drei Wochen.“

Nachts aber stieß das Regiment mit Granatwerfern auf Krafträdern tief ins rumänische Hinterland vor, nach einer Woche, an einem Morgen des September 1944, begann an diesem Abschnitt der 2. Ukrainischen Front die Offensive, und Mitte des Monats erreichten unsere Panzerarmeen das Ufer des Mures dort, wo das Städtchen Aiud liegt.

Die Panzersoldaten nahmen quer der Übersetzstelle Aufstellung. Dort war schon das ganze verloren geglaubte 4. selbständige Regiment auf Krafträdern. Die Leute waren von Kopf bis Fuß dreckig.

„Wie habt ihr das bloß vor uns geschafft?“ fragten die Panzersoldaten.

„Auf dem Besenstiel. Da habt ihr die Übersetzstelle auf dem Präsentierteller.“

Heulend wendeten die Krafträder und fuhren ans andere Ufer.

Nicht Angriffe und Gefechte waren im Krieg Sache dieses Regiments. Es hatte den Feind

zu umgehen, ihm in den Rücken zu fallen, ein Ziel — einen Bahnhof, eine Übersetzstelle oder einen Flugplatz — auszumachen und es überraschend anzugreifen.

Das war wie am Schnürchen gegangen. Aus einem qualmenden Rauchvorhang kamen Fahrzeuge hervorgeschossen, holperten über Erdhöcker, die Jungens beschossen, auf den Protzen balancierend, die Feinde mit MGs und betäubten sie mit Handgranaten. In dieser Hölle drang der Soldat Pankow mit einem Jeep zum Flugplatz vor, und der Sergeant Sidorenko stürmte vorwärts und eroberte eine Selbstfahrlafette, ehe die Landser auch nur begriffen hatten, warum ihnen die Front, die sich doch Hunderte Kilometer entfernt befunden hatte, plötzlich auf den Leib gerückt war.

Später wurden den Soldaten des 4. motorisierten selbständigen Regiments, darunter Pankow, Sidorenko, feierlich die Regierungsauszeichnungen überreicht. Der Kommandeur des Kraftradbataillons, Hauptmann Troschin, bekam den Alexander-Newski-Orden.

Jegorow schoß Aufnahmen, bis es dunkel wurde. Abends ging er zu Oberst Woronkow und bat, ihn bei einer Operation mitzunehmen. Der verwundete Regimentskommandeur erläuterte den Kommandeuren gerade ihre Aufgabe, wobei er die bandagierten Hände mit Mühe über die Karte führte. Jegorow erkannte: Es war schon eine neue, die Karte Ungarns.

Der Benzinbehälter des Regimentsjeeps war nur noch halbvoll.

SOWJETBÜRGER STIMMTEN FÜR FRIEDEN

Am 24. Februar kamen die Sowjetbürger in die Wahllokale, um für die Kandidaten des Volkes — die besten Vertreter der Arbeiterklasse, der Kolchosbauernschaft und der Intelligenz — zu stimmen. Dadurch brachten sie ihre Unterstützung für die Innen- und Außenpolitik der KPdSU und des Sowjetstaates zum Ausdruck. Die außenpolitische Plattform der UdSSR war in den Wahlreden der führenden Repräsentanten von Partei und Staat, in der Rede Konstantin Tschernenkos formuliert, die überall in der Welt ein breites Echo fand.

Auf der heutigen Generation liegt, wie Konstantin Tschernenko sagte, die höchste Verantwortung: das Leben auf unserem Planeten zu erhalten. Die sozialistische Staatengemeinschaft verteidigt konsequent das Leninsche Prinzip der friedlichen Koexistenz. Gemeinsam hat sie die Pläne der Imperialisten durchkreuzt, den Sozialismus wirtschaftlich zu zermürben. In den letzten Jahren sind die Länder der Gemeinschaft in ihrer sozialökonomischen Entwicklung noch weiter vorangekommen. Wichtig ist, daß sie ökonomisch zunehmend gefeierter gegen Einwirkungen von außen werden. Sie haben nicht zugelassen, daß die USA und deren Bündnispartner das militärstrategische Gleichgewicht zu ihren Gunsten verändern. Demnächst wird der 30. Jahrestag des Warschauer Vertrages begangen. Wie Konstantin Tschernenko mitteilte, haben sich alle Signatäre für seine Verlängerung ausgesprochen. Dieses brüderliche Bündnis ist ein zuverlässiger Schutz für das friedliche Schaffen.

Kernstück der sowjetischen Außenpolitik ist heute der Kampf für die Einstellung des vom Imperialismus aufgezwungenen Wettrüstens, für die Bannung der Gefahr eines Kernwaffenkrieges. Im Vorfeld neuer Verhandlungen mit den USA erläuterte Konstantin Tschernenko erneut, was die UdSSR vom Genfer Dialog erwartet.

Die UdSSR strebt keinerlei einseitige Vorteile gegenüber den USA, gegenüber den NATO-Ländern, keine militärische Überlegenheit an. Sie will mit ihnen in Frieden leben, normale, gute Beziehungen zu ihnen unterhalten. Sie will nicht die Fortsetzung, sondern die Einstellung des Wettrüstens. Deshalb stellt die UdSSR die Frage nach solchen anfänglichen Schritten wie dem Einfrieren der nuklearen Arsenale der Seiten, nach der Einstellung der weiteren Raketenstationierung. Den Mißbrauch der Verhandlungen zur Rechtfertigung oder Tarnung des weiteren Ausbaus und der

Stationierung von Massenvernichtungsmitteln ist unmoralisch und verwerflich, ist Betrug und Verbrechen an den Völkern. Die UdSSR will eine tatsächliche Reduzierung der angehäuften Rüstungen und für den Anfang die Vernichtung eines bedeutenden Teils davon, nicht die Entwicklung immer neuer Waffensysteme, sei es im Weltraum oder auf der Erde, seien es offensive oder angeblich defensive Mittel. Unser Endziel ist dabei die völlige Vernichtung der Kernwaffen überall auf unserem Planeten, die völlige Beseitigung der Gefahr eines Kernwaffenkrieges.

Die Unterschiede in den Standpunkten sind jetzt groß, doch ist eine Übereinkunft absolut erforderlich und möglich. Erforderlich, weil sonst die Kriegsgefahr anwachsen wird. Möglich, weil dazu schon genügt, die Rechte und legitimen Sicherheitsinteressen beider Seiten zu respektieren und keine Störung des entstandenen Kräftegleichgewichts anzustreben.

Kurz, heute, da die Frage nach der Zukunft der Menschheit so akut wie noch nie ist, müssen die Staatschefs Mut und Weitsicht zeigen. Die jüngste Geschichte kennt Beispiele für die Zusammenarbeit von Ländern mit unterschiedlichem Gesellschaftssystem. Das war der Fall während des zweiten Weltkrieges, wie die Dokumente von Teheran, Jalta und Potsdam bezeugen. Das war der Fall im vorigen Jahrzehnt, daran erinnern mehrere sowjetisch-amerikanische Abkommen, die Verträge der sozialistischen Staaten mit der Bundesrepublik Deutschland und auch die Schlußakte von Helsinki.

Im vorigen Jahr rief die UdSSR die Kernwaffenmächte auf, sich in den Beziehungen zueinander an bestimmte Normen zu halten, um den Ausbruch eines Nuklearkrieges zu verhindern. Dieser Vorschlag bleibt in Kraft. Wie Konstantin Tschernenko betonte, könnten "die führenden Staatsmänner der UdSSR und der USA aus Anlaß des 40. Jahrestags der Beendigung des schrecklichsten und verheerendsten aller bisherigen Kriege in für beide Seiten akzeptabler Form gemeinsam Wesen und Geist der wichtigsten Verpflichtungen bestätigen, die beide Länder sowohl am Kriegsende als auch in den Abkommen der 70er Jahre übernommen haben. Sie könnten erklären, daß sie in ihrer Außenpolitik auch künftig im Geiste dieser Verpflichtungen zu handeln gedenken. Gewiß würde das zur Festigung des gegenseitigen Vertrauens, zur allgemeinen Verbesserung der Situation in der Welt beitragen. Ich bin überzeugt: Ein solcher gemeinsamer Akt würde bei allen friedliebenden Staaten, allen Völkern Unterstützung finden."

Bei den Wahlen vom 24. Februar stimmten die Sowjetbürger für die Kandidaten des unzerstörbaren Blocks von Kommunisten und Parteilosen und folglich für das weitere Wohlergehen unseres großen Heimatlandes, für den Frieden.

Ich war über den Brief der kanadischen Studentin Laurie Piraux an Konstantin Tschernenko gerührt. Was das junge Mädchen bewegt, ist das aktuellste Problem der Menschheit: die Erhaltung des Friedens. In seiner Antwort verdeutlicht unser Generalsekretär noch einmal die Position der UdSSR in dieser Frage: "Man muß die Umgangsnormen zwischen den Staaten und Völkern einhalten, die Beziehungen zwischen ihnen auf der Grundlage der Gleichheit und der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten entwickeln, man muß für immer auf die Anwendung und Androhung von Gewalt verzichten." Diese Worte zeigen: Das ganze Sowjetvolk, das die Kriegsschrecken und Kriegsleiden nur zu gut kennt, strebt danach, ein neues Gemetzel zu verhüten, und ist stets zu Verhandlungen bereit, wenn sie auf gegenseitiger Achtung und Gleichheit beruhen.

J. LARIN
Briansk, UdSSR

Die von den Neofaschisten Ende v. J. verursachte Explosion im Zug Neapel-Mailand war eine Tragödie: 15 Tote, über 100 Verwundete. Die Explosion ist eines der blutigen Verbrechen, die in den letzten 15 Jahren Italien immer wieder erschüttern und ungestraft bleiben, weil die Behörden tatenlos zusehen. All diese Terrorakte verfolgen das Ziel, Panik zu säen, die Menschen apolitisch zu machen und ihr Leben auf ihr Zuhause beschränken zu lassen. Die Explosion im Zug Neapel-Mailand ist ein erneuter Anschlag auf die italienische Demokratie.

Alberto RINALDI
Modena, Italien

Eine Zeitlang lebte ich in New York. Die Devise "I love New York" ist dort überall zu sehen. Kann man aber diese Stadt lieben? Ja, wenn man eine Miete zahlen kann, die zum Beispiel meinem Monatsgehalt gleichkommt; ja, wenn man für ein Mittagessen zahlen kann, was Leute, die hart an der "Armutsgrenze" oder unter ihr leben, in einer Woche verdienen; ja, wenn man die Heiz- und Stromgebühren bezahlen kann, denn sie sind so hoch, daß arme Leute zwischen Wärme und Essen wählen müssen. Bei uns hat der Winter hart zugeschlagen. Die meisten der 40 000 Obdachlosen schlafen auf den Gittern der U-Bahn, in den Übergängen oder einfach auf der Straße. Nur 7000 von ihnen können ein Nachtschlafplatz finden, aber frühmorgens müssen sie wieder in die Kälte hinaus, um nach der Armensuppe anzustehen. Die Korrespondentin einer unserer Zeitungen berichtete, wie sie ein Nachtschlafplatz besucht und welch furchtbaren Eindruck dieser Raum, in dem es von Wanzen wimmelt und die ganze Nacht der Husten und das Weinen Hilfloser und Verzweifelter nicht aufhören, gemacht hat. Dasselbe ist in Los Angeles, Detroit, Saint Louis und in anderen Städten zu erleben.

Laura DU BOIS
Elizabeth, USA

NEUE ZEIT

MOSKAUER HEFTE FÜR POLITIK

Nr. 10 MÄRZ 1985
Gründungsjahr 1943

Chefredakteur: M. FJODOROW

Redaktionskollegium: L. BESYMENSKI, S. GOLJAKOW (Stellv. Chefredakteur), J. GUDKOW (Verantw. Sekretär), V. GUSTSCHIN, A. PIN, B. PISTSCHIK (Stellv. Chefredakteur), W. RUBZOW, I. TROFIMOWA, V. TSCHERNJAWSKI (Stellv. Chefredakteur), M. TSCHERNOUSSOW, D. WOLSKI

Verantwortlicher Redakteur der deutschen Ausgabe:
R. KRESTJANINOW

Gestaltung: A. Garanin

IN DIESEM HEFT:

Sowjetbürger stimmten für Frieden (Wort des Redakteurs)	1
A. Archipow — USA. Militaristenfaust im Diplomatenhandschuh	5
J. Kusmitschow — Südostasien. Zwei Positionen	7
N. Kanajew — Weitere US-Manöver um die UNESCO	8
G. Sidorowa — Gastspiel auf dem Kapitol (Kommentar)	9
J. Bepalko — Brasilien. Wandlungen in Sicht	10
W. Tjurkin — Hunger in Afrika: Wer ist schuld?	12
A. Uswatow — Okkupantenunwesen (Kommentar)	13
V. Wolkow — Portugal—EG. Was kostet der Eintritt?	14
Notizen ♦ Glossen	16
W. Snegirjow — Ein Lügengewebe	18
N. Jakowlew — Zum 40. Jahrestag des Sieges. Marschall Shukow	20
S. Goljakow — Die Pflicht, nicht zu vergessen (Das politische Buch)	26
Man fragt uns	28
B. Koslow — Diskussion mit dem Leser	31
PS	32



Die US-Administration stockt beispiellos das Rüstungspotential auf, vor allem das nukleare, wodurch sie das Wetrüsten forciert. Im nächsten Finanzjahr will Washington für die militaristischen Vorbereitungen den immensen Betrag von 322,2 Md. Dollar bereitstellen. Die Hochrüstung lastet schwer auf allen Völkern der Welt und behindert ihren sozialen und wirtschaftlichen Fortschritt, besonders in den Ländern Asiens, Afrikas und Lateinamerikas.

Titelbild: A. Garanin

Verlag der Zeitung „Trud“, Moskau

Erscheint in russischer, deutscher, englischer, französischer, spanischer, portugiesischer, italienischer, polnischer und tschechischer Sprache

ANSCHRIFT DER REDAKTION: UdSSR, 103782 GSP, Moskau K-6, Puschkinskaja Ploščad. Rufnummern: 229-88-72, 209-07-67 (Auskünfte). Telex: 411164a NEWT SU, 411164b NEWT SU, 411164c NEWT SU, Telegrammadresse: Neue Zeit, Puschkinskaja Ploščad, Moskau.



Am 24. Februar fanden in der UdSSR Wahlen zu den Obersten Sowjets der Unions- und Autonomen Republiken und zu den örtlichen Sowjets der Volksdeputierten statt. T A S S — B i l d e r: Konstantin Tschernenko und Nikolai Tichonow bei der Abstimmung

Am 22. Februar brachte die sowjetische Presse eine Mitteilung über die turnusmäßige Sitzung des Politbüros des ZK der KPdSU. Erörtert und gebilligt wurden die Ergebnisse der Verhandlungen Nikolai Tichonows mit Andreas Papandreou, Ministerpräsident der Republik Griechenland, der vom 11. bis zum 14. Februar zu einem offiziellen Besuch in der UdSSR weilte, sowie die Ergebnisse eines Gesprächs zwischen Gromyko, Papandreou und dem Außenminister Griechenlands, Charalambopoulos. Wie auf der Sitzung festgestellt wurde, war es zu einem ausführlichen und konstruktiven Meinungsaustausch über Fragen der weiteren Entwicklung der freundschaftlichen Beziehungen zwischen beiden Ländern und über aktuelle internationale Probleme gekommen. Der Meinungsaustausch bestätigte erneut die Übereinstimmung bzw. Nähe der Positionen beider Länder zu den Schlüsselfragen des Kampfes für die Erhaltung und Festigung des Friedens, für die Verhütung eines Nuklearkrieges. Das Politbüro billigte die Mitteilung Gromykos über die Ergebnisse seiner Moskauer Verhandlungen mit dem Außenminister der CSSR Chnoupek und dem kubanischen Außenminister Malmierca. Gebilligt wurde Gromykos Information über seine Begegnungen und Gespräche mit den amerikanischen Senatoren Gary Hart und Charles Mathias. Dazu wurde auf der Sitzung konstatiert, daß die sowjetische Führung für eine

Wendung zum Besseren in den sowjetisch-amerikanischen Beziehungen und dafür ist, daß diesen Beziehungen auf der Grundlage der Gleichheit, Nichteinmischung und der Respektierung der gegenseitigen legitimen Interessen gleichmäßiger, stabiler Charakter verliehen wird. Das Politbüro billigte die Tätigkeit der von Michail Solomenzew geführten KPdSU-Delegation zum XXV. Parteitag der Französischen KP. Es wurden Beschlüsse auch zu anderen Fragen des inneren und internationalen Lebens gefaßt.

In der sowjetischen Botschaft in Italien wurde der italienischen Öffentlichkeit offiziell Konstantin Tschernenkos Buch "Ausgewählte Reden und Aufsätze" vorgestellt. Das Buch wird mit einem Brief an die Leser eröffnet. Darin heißt es u. a.: "Ich hatte schon Gelegenheit zu sagen und möchte es noch einmal wiederholen: Das oberste Interesse des Sowjetvolkes, der sowjetischen Staatsmänner und Parteifunktionäre ist es, zu erreichen, daß das Wettrüsten, in erster Linie natürlich das nukleare, gedrosselt wird. Wir sind bereit, unseren Teil des Weges, bis hin zur vollen Liquidierung der Massenvernichtungsmittel, zu gehen, wenn auch die andere Seite eine konstruktive Position bezieht und das Prinzip der Gleichheit und der gleichen Sicherheit akzeptiert. Von den Leninschen Prinzipien der Außenpolitik geleitet, wenden wir uns gegen die Anhäufung

von Explosivstoff, wo auch immer. Wir sind dafür, Europa gänzlich von den Kernwaffen zu befreien, wo auch immer sie sich befinden mögen: auf der Erde, im Meer, in der Atmosphäre oder im Weltraum. Statt der Aufstockung des gegenseitigen Vernichtungspotentials gilt es, dafür zu sorgen, daß für die heutige und für künftige Generationen würdige Lebensverhältnisse auf unserem Planeten gesichert werden. Die Erdbürger haben ja mit dem weiteren technischen Fortschritt immer zahlreichere globale Probleme, besonders mit der Umwelt. An ihrer Lösung sollten wir gemeinsam arbeiten."

Am 20. Februar empfing Andrej Gromyko im Kreml die Vertreter der US-Öffentlichkeit Robert McNamara, Robert Schmidt und Noel Gayler, die als Mitglieder einer Delegation der amerikanischen Komitees für West-Ost-Einvernehmen in der Sowjetunion eingefloren waren. Während der Unterhaltung gab Gromyko eine grundsätzliche Einschätzung der heutigen sowjetisch-amerikanischen Beziehungen. Die Hauptursache der Spannungen darin sind Washingtons andauernde Versuche, das strategische Gleichgewicht zu stören und einseitige militärische Vorteile zu erzielen. In diesem Zusammenhang wurde hervorgehoben, daß die UdSSR einen solchen politischen Kurs entschieden ablehnt und eine Beeinträchtigung ihrer Sicherheit nicht zulassen wird. Die amerikanischen Politiker sprachen sich für eine Normalisierung der sowjetisch-amerikanischen Beziehungen aus. Sie gaben ihrer Hoffnung Ausdruck, daß die Genfer Verhandlungen über die Kern- und Weltraumwaffen in Vereinbarungen gipfeln, die die Stabilität und internationale Sicherheit festigen helfen.

Auf Einladung der italienischen Regierung traf Andrej Gromyko am 25. Februar zu einem offiziellen Besuch in Rom ein. Er wird auch Spanien einen offiziellen Besuch abstatten.

Am 25. Februar wurden im Moskauer Bolschoi Theater feierlich Tage der Kultur der CSSR in der Sowjetunion eröffnet. Anwesend waren Gejdar Alijew, Pjotr Demitschew, Iwan Kapitonow, die Abteilungsleiter im ZK der KPdSU Boris Stukalin und Wassili Schauro, die tschechoslowakische Delegation unter Josef Havlin.

Am 19. und 20. Februar fand in Wien ein Meinungsaustausch zwischen Experten des sowjetischen und des amerikanischen Außenministeriums zu Fragen der Nahostlage statt. Das Hauptaugenmerk galt dem Problem einer allumfassenden und gerechten Bereinigung des Nahostkonfliktes. Die sowjetische Seite wurde durch

Wladimir Poljakow, Mitglied des Kollegiums und Leiter der Abteilung Nahostländer im sowjetischen Außenministerium, die amerikanische durch den stellvertretenden Außenminister Richard W. Murphy vertreten.

Am 25. Februar fanden im Außenministerium Österreichs sowjetisch-österreichische Konsultationen zu Fragen der UNO-Tätigkeit und zu anderen internationalen Problemen statt.

Der Weltfriedensrat begrüßt in einer Erklärung die bevorstehenden neuen Verhandlungen zwischen der UdSSR und den USA über Kern- und Weltraumwaffen und fordert die Bewegungen der Friedensanhänger, der Kriegsgegner, die Massenorganisationen in allen Ländern auf, ihre Anstrengungen zu vereinigen, um einen Erfolg der Verhandlungen zu fördern.

In einer Erklärung unterstützt das Sowjetische Friedenskomitee die Deklaration der in Delhi abgehaltenen Gipfelkonferenz Argentinien, Griechenlands, Indiens, Mexikos, Schwedens und Tansanias. Die Deklaration der sechs Länder fordert dazu auf, die notwendigen Maßnahmen zu treffen, um die nukleare Gefahr zu bannen, ein Weltrüsten im Weltraum zu verhindern und einen Vertrag über das allumfassende Verbot von Kernwaffentests zu schließen.

Am 22. Februar tagte in Moskau der Wissenschaftliche Rat für Probleme von Frieden und Abrüstung. Er erörterte die aktuellen Aufgaben des Kampfes für die Verhütung der Weltraummilitarisierung und nahm Informationen über die Teilnahme sowjetischer Wissenschaftler an dem unlängst in Athen abgehaltenen Treffen für Frieden und Abrüstung entgegen.

Das Antizionistische Komitee der sowjetischen Öffentlichkeit richtete ein Telegramm an den US-Kongreß, worin es u. a. heißt: "Aus einer Mitteilung von Associated Press haben wir erfahren, daß in Ihrem Land im vorigen Jahr 715 Fälle von Äußerungen des Antisemitismus registriert wurden: Akte des Vandalismus, Beleidigungen, Drohungen und Überfälle auf einzelne Juden und auf Judenorganisationen. Unser Komitee, das gegen alle Formen von Chauvinismus, ob es der Zionismus oder Antisemitismus ist, auftritt, ruft Sie amerikanische Gesetzgeber auf, alles zu tun, um dem für eine zivilisierte Gesellschaft schändlichen Anwachsen des Antisemitismus in den USA Einhalt zu gebieten."

Akt guten Willens

Am 21. Februar wurde in Wien ein Abkommen zwischen der UdSSR und der Internationalen Atomenergie-Agentur (IAEA) unterzeichnet, das einen Teil der friedlichen nuklearen Tätigkeit in der Sowjetunion unter IAEA-Kontrolle stellt. Zuvor wurde der Entwurf dieses Abkommens auf einer Tagung des Verwaltungsrates der IAEA einstimmig gutgeheißen.

Das neue Abkommen ist ein wichtiger Schritt zur praktischen Verwirklichung des Aktes guten Willens seitens der UdSSR, die sich auf der zweiten UNO-Sondertagung für Abrüstung (Juni 1982) bereit erklärte, einen Teil ihrer friedlichen Nuklearanlagen — mehrere Kernkraftwerke und Forschungsreaktoren — unter IAEA-Kontrolle zu stellen.

Das Abkommen beruht auf einem Rahmenabkommen über IAEA-Garantien für die nichtnuklearen Signatarstaaten des Atomsperrvertrages. Diese Garantien bilden ein einheitliches Kontrollsystem, mit dessen Hilfe die Agentur überwacht, wie die Staaten dem Atomsperrvertrag nachkommen. Dabei wird der Status der UdSSR als nukleare Macht in Betracht gezogen.

Vertreter vieler Länder, die in der Diskussion über den Entwurf des Abkommens auf der Tagung des Verwaltungsrates das Wort ergriffen, betonten, der Abschluß des Abkommens werde dazu beitragen, neue Staaten für den Atomsperrvertrag zu gewinnen und die weitere Entwicklung der IAEA-Garantien und ihre Akzeptierung durch immer neue Länder zu fördern.

Invasionsvorbereitungen

Washington schürt die antinikaraguanische Propaganda weiter. Es vergeht kein Tag ohne provokatorische Aufrufe, in denen Amtspersonen die Amerikaner an den Gedanken zu gewöhnen trachten, ein militärischer Konflikt mit Nikaragua sei unvermeidlich.

Auf einer Pressekonferenz im Weißen Haus vom 22. Februar bejahte Reagan im Grunde die Frage, ob der Sturz der nikaraguanischen Regierung Bestandteil der US-Politik sei. Unumwunden verlangte der Präsident, der Kongreß solle für den "heimlichen" Krieg der CIA in Mittelamerika zusätzliche Mittel bereitstellen.

Auch Außenminister Shultz fiel in seiner Rede in San Francisco am 23. Februar über Nikaragua her. Ohne viel Federlesens verlangte er eine Veränderung von dessen Innen- und Außenpolitik; es sei den USA gleichgültig, auf welchem Wege solche Veränderungen eintreten, ob durch eine "Evolution" der derzeitigen Regierung oder "durch den Fall des sandinistischen Regimes".

Terror in der RSA

Seit Ministerpräsident Pieter Botha im Parlament die Lage der schwarzen Bevölkerung der RSA zu verbessern und Reformen durchzuführen versprach, ist noch kein Monat vergangen, aber schon greifen die Rassisten auf die gewohnten Terror- und Gewaltmethoden zurück.

Im Februar geschah in der Afrikanersiedlung Crossroads unweit von Kapstadt eine Tragödie. Die Bewohner von Crossroads waren über den Beschluß der Regierung empört, sie in eine von Kapstadt entfernte Gegend umzusiedeln. Ihre Reaktion war so scharf, daß ein Augenzeuge sie einen wirklichen Aufstand nannte. In der Siedlung wurden Barrikaden gebaut. Polizei und Einheiten der regulären Armee unterdrückten grausam den Widerstand der unbewaffneten Menschen. Sie wurden mit Tränengas aus starken Gaswerfern angegriffen, mit Gummikugeln und Schrot beschossen. Ergebnis: 20 Ermordete, 200 Verwundete.

Rücksichtslos griff die Polizei durch, als die schwarzen Arbeiter einer Goldmine einen Hungerstreik ausriefen. Sie protestierten damit gegen die Willkür der Direktion, die ihnen unzählige Geldstrafen auferlegte.

In den gleichen Tagen unternahmen die Sicherheitsorgane eine Suchaktion gegen die leitenden Vertreter der Demokratischen Einheitsfront, einer legalen Massenorganisation, die sich für die gewaltlose Beseitigung der Apartheid einsetzt. Spätnachts drangen Geheimdienstler in Häuser ein, nahmen Haussuchungen und Verhaftungen vor. Die Zahl der Festgenommenen ist unbekannt. Dagegen wurde bekanntgegeben, daß 16 von den früher verhafteten führenden Vertretern der Einheitsfront demnächst vor Gericht gestellt werden. Die fabriizierte Anklage lautet auf Hochverrat und kann ein Todesurteil zur Folge haben.

Hearings im US-Senat zur Außenpolitik

MILITARISTENFAUST IM DIPLOMATENHANDSCHUH

Von unserem Korrespondenten Andrej ARCHIPOW

Der James Room der Columbia-Universität ist gedrängt voll. Die Studenten, künftige Diplomaten, hören die abschließende Lektion auf einer Konferenz über internationale strategische Probleme. Das Thema: Wie "verkauft" man die US-Politik? Unter den Anwesenden war ich gewiß nicht der einzige, den all das an die Hearings im Senatsausschuß für auswärtige Angelegenheiten denken ließ, wo sich solide Männer mit der gleichen Frage beschäftigt hatten, aber nicht im pädagogischen, sondern im praktischen Sinne.

Ein richtiger Weg?

Im Senat war alles auf großem Fuß. Solche allmonatlichen Anhörungen über die Ziele, die Strategie und die Mittel der Außenpolitik haben die Senatoren nun schon seit einem Vierteljahrhundert nicht mehr erlebt. Eine ganze Reihe von Vertretern der Administrationen, der heutigen und der aus den letzten 10 Jahren, zog an den Anwesenden vorbei. Als erster wurde Außenminister Shultz, einer aus dem heutigen Team im Weißen Haus, aufgefordert, seine "Ware" an den Mann zu bringen. Eine recht knifflige Aufgabe, mußte er doch nicht nur sein unmittelbares, sondern auch das internationale Auditorium in Betracht ziehen. Offenbar deshalb entlieh er seine Methoden der amerikanischen Werbung, die nach dem Motto vorgeht: Erst den Rivalen durch den Schmutz ziehen, sofort wirkt die eigene Weste blütenweiß dagegen.

Und so hörte man von der Tribüne Phrasen von einer "geostrategischen Unterwanderungspolitik" der UdSSR und sonstige vielstrapazierte, von der westlichen Propaganda schon vor Jahren geprägte Klischees. In diesem Lichte präsentierte sich die US-Politik als Inbegriff der hehrsten und würdigsten Prinzipien: von Frieden, Demokratie,

Freiheit, Bürgerrechten, Gerechtigkeit in der nationalen Frage, wirtschaftlichem und sozialem Fortschritt, Festigung der Zusammenarbeit und der Rechtsordnung.

Führende US-Blätter genierten sich, diesen Passus zu zitieren, offenbar aus der Einsicht, daß die Art und Weise, wie die US-Politiker die erwähnten Begriffe deuten, von der üblichen stark abweicht. Washington assoziiert seine Vorstellung vom Frieden mit der nuklearen MX-Rakete, die Reagan einen "Friedensbewahrer" nennt, und mit den Salven aus US-Geschützen gegen Libanon; die Worte "Demokratie" und "Freiheit" lassen daran denken, daß Washington die Diktaturen in Südkorea und Chile, die Rassisten Südafrikas und den konterrevolutionären Abschaum in der ganzen Welt unterstützt. Der wirtschaftliche und soziale Fortschritt ist am besten in Form von Ketten der Außenschulden zu denken, in die die transnationalen US-Bankiers die Entwicklungswelt geschlagen haben.

Hinter den Phrasen von "Demokratie und Gerechtigkeit", die Washington weltweit zu vertreten behauptet, entdeckt man in den "Aussagen" des Außenministers vor dem Senatsausschuß die wirklichen Ziele der Außenpolitik: etwa die Absicht, "die Sowjets in ihrem internationalen Verhalten zu disziplinieren", ohne die eigene Strategie zu gefährden. Oder das Streben, den Status quo in Europa zu verändern, was sich absolut eindeutig aus Shultz' folgender Erklärung ergibt: Die USA haben die politischen Realitäten auf dem europäischen Kontinent "nie als legitim oder beständig anerkannt". "Zu den praktischen Fragen", die der Außenminister vor den Mitgliedern des 99. Kongresses aufwarf, gehören ferner die "Befreiung" Nikaraguas, Afghanistans, Kampuchas und Äthiopiens sowie anderer Länder und Völker, die einen dem amerikanischen Weltbild widersprechenden Entwicklungsweg gewählt haben. All diese Unterpunkte brachte der Außenminister

bequemlichkeitshalber auf einen gemeinsamen Nenner: "Unsere Pflicht muß es sein, den Evolutionstrend im Einklang mit unseren Idealen und Interessen zu formen."

Die Herausgeber einer von der Assoziation für die Außenpolitik vor kurzem veröffentlichten "Anleitung zur Außenpolitik der USA" behaupten: Unter den Instrumenten ihrer Verwirklichung habe "die Diplomatie an erster Stelle zu stehen". Angeblich bereinigen die USA Konflikte hauptsächlich durch diplomatische Kontakte zu anderen Nationen, und auf demselben Wege unterstützen sie ihre Gesinnungsgenossen bei der Behauptung gemeinsamer Interessen, wird jenen auseinander gesetzt, die sich mit den Grundlagen der US-Diplomatie bekannt machen wollen. Das ist Theorie. Nicht an ihre Urheber richtet die Wochenschrift "U.S. News & World Report" die Frage: "Ist die Außenpolitik der USA auf dem richtigen Weg?"

So überschreibt die Wochenschrift ohne alle Kommentare den Bericht über die erste Serie der Hearings im Senatsausschuß. Der Sinn ist klar: Die von Shultz angesprochene Aufgabe, die Welt nach Washingtons Wünschen umzumodeln, ist mit diplomatischen Mitteln allein nicht zu lösen. Selbst bei Verhandlungen versuchen sie, den Prinzipien der groben Gewalt den Weg zu ebnen. Der bevorstehende sowjetisch-amerikanische Dialog in Genf sieht in der Darlegung des US-Außenministers so aus: "Es ist z. B. von vitaler Bedeutung, unsere strategischen Kräfte, besonders die MX, unablässig zu modernisieren, um zu vermeiden, daß unsere Verhandlungsteilnehmer gerade am Beginn des Kampfes für eine wahre Reduzierung der Kernwaffen über-vorteilt" (1) "werden".

Der Ausdruck, mit dem ich diesen Artikel überschrieben habe, stammt nicht von mir. Mit diesen Worten charakterisierte Verteidigungsminister Weinberger, der nach Shultz sprach, die Ansichten des

heutigen Präsidenten über den Gegenstand der Debatte im Senat. Der Pentagon-Chef hatte den Ausführungen Shultz' nur wenig hinzuzufügen. Als Krönung setzte er noch ein Gleichheitszeichen zwischen der Außen- und der Rüstungspolitik der USA ("Wir müssen Streitkräfte haben, die uns genau umrissene diplomatische Ziele erreichen helfen können") und erläuterte, auf welche Weise das Pentagon das nukleare Potential zu erhöhen und überdies unseren ganzen Planeten in die Hand zu bekommen hofft: Da "die USA ihre" (hervorgehoben von mir — A. A.) "globalen Interessen nicht selbständig sichern können", ist die Reagan-Administration "fest entschlossen, die Militärblocke zu festigen" und dabei "alle Partner zur gerechten Verteilung der Lasten der Sicherheit anzuhalten".

Offen gab Weinberger zu, daß der US-Strategie auch "große Vorteile" winken, wenn sie "Sicherheitshilfe" erweist und teure Waffenverkaufsprogramme realisiert. Offenbar ahnend, daß dieses letztere schlecht zu den demagogischen Behauptungen von einem sichereren Frieden paßt, beeilte er sich, den Senatoren mitzuteilen: "Mit Außenminister Shultz sind wir uns über diese Frage völlig einig."

Sprechende Zahlen

Nach den "Aussagen" der Minister verlor die Presse das Interesse für die Vorgänge im Senatsausschuß. Es ist klar, warum: Das Weiße Haus hat sein Ziel erreicht. Die Hearings, bei denen angeblich die außenpolitischen Ziele und Mittel kritisch beurteilt wurden, dienten dazu, den Kurs der Reagan-Administration zu rechtfertigen und zu propagieren. Für einen solchen Kurs hatte man sich vor 4 Jahren entschieden, und nach Shultz' Worten zu urteilen, wird er auch heute gesteuert. Das Weiße Haus möchte diesen Kurs auch den Nachkommen im 21. Jahrhundert in die Wiege legen. Außerdem bediente es sich der Senatstribüne, den Kongreßmitgliedern zu suggerieren, daß die "Diplomatie des großen Knüppels" durch ein enormes Militärbudget für das Finanzjahr 1985/86 zu untermauern ist. Man braucht nicht zu sagen, daß die Leidtragenden die Sozialprogramme sind.

Der Ausdruck "sprechende Zahlen" ist wie dafür geschaffen: Von dem Gesamtbetrag der staatlichen Bewilligungen von 973,3 Md. Dollar sind 322,2 Md. direkt für militärische Zwecke bestimmt. Alle Bewilligungen, die mit Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur, Bildung, medizinischer Betreuung und anderen sozialen Zwecken verbunden sind, wurden um 40 Md. gekürzt, auf Eis gelegt bzw.

gestrichen. Für das Pentagon gilt diese "Sparpolitik" nicht. Sein Stück Kuchen wird um 12,7% (29 Md. Dollar) zunehmen. Im vollen Einklang mit den außenpolitischen Zielsetzungen der Regierung stellten die Generale auch ihre Bestellliste auf: 3,7 Md. Dollar für die "Kriege der Sterne", 3,2 Md. für 48 MX-Raketen und 6,2 Md. für den strategischen B-1-Bomber. Die vom Pentagon angeforderten Beträge für ein "Verteidigungsmittel" wie den "unsichtbaren" "Stealth"-Bomber werden geheimgehalten, aber das Programm selbst wird weiter verwirklicht und an der Entwicklung der neuen Nuklearrakete "Midgetman" weiter gearbeitet.

Um die gigantische Erhöhung des Rüstungspotentials plausibel zu machen, beteuert das Weiße Haus, die USA seien hinter der UdSSR zurückgeblieben und Reagan habe ein "schwaches" Amerika geerbt. Aber den Senatoren sagte Shultz: "Amerika hat seine Stärke und Selbstsicherheit wiedergefunden."

Wenn das imaginäre Zurückbleiben überwunden ist und die sowjetischen Vorschläge über gegenseitige Abrüstung und die Normalisierung der internationalen Lage auf dem Verhandlungstisch auf das Weiße Haus warten, wäre es wohl doch an der Zeit, die außenpolitischen Ziele der veränderten strategischen Lage anzupassen. Man sehe sich jedoch einige Angaben an, die zwar nicht für die Öffentlichkeit bestimmt waren, aber in der "New York Times" ans Licht der Sonnen kamen. Das Pentagon plant seine langfristige Beteiligung an der Verwirklichung der außenpolitischen Regierungskonzeptionen wie folgt: "Das Militärbudget ... wird um 13% im Jahr zunehmen und sich 1987 auf 354 Md. und 1988 auf 401,6 Md. Dollar belaufen." Ein Mißklang! Und keine Erläuterungen können die Tatsache aus der Welt schaffen, daß die "Eiferer des Friedens" ausschließlich eine militärische, auf Gewalt gründende Lösung beliebiger internationaler Fragen vorbereiten und daß sie der Welt einen Kurs "verkaufen" wollen, der ganz anders ist als Washingtons wirklicher Kurs.

Gegen alle

Vorläufig läßt sich schwer sagen, inwieweit die Administration ihre Senatoren davon überzeugt hat, daß die vorgeschlagenen Ziele und Mittel der außenpolitischen Tätigkeit rationell seien. Was die Weltöffentlichkeit betrifft, so ist sie trotz der Gewohnheit der amerikanischen Spitzenpolitiker, im Namen der gesamten nichtsozialistischen Welt zu sprechen, kaum noch irreführend.

Um das zu veranschaulichen, wollen wir an die Tradition der US-Gesetzgeber

erinnern, zwecks vollständiger Beleuchtung einer Frage im amtlichen Bulletin "Congressional Record" entsprechende Presseübersichten zu bringen. Hier eine von der "New York Times" veröffentlichte Beurteilung der Meinungen im Lichte der Hearings: 1984 sei die Diskrepanz in den Ansichten der USA und des restlichen Planeten über die Einrichtung der Welt, die Schlüsselfragen der Weltlage noch gewachsen. Bei einer Analyse der Abstimmungsergebnisse im Sicherheitsrat und auf der UNO-Vollversammlung im vorigen Jahr entdeckte das Blatt, daß die US-Position fast in 90% der Fälle der Meinung der Mehrheit dieser Organisation widersprach. Die hellhörigen Statistiken registrierten: Washingtons aktivere Versuche, die internationalen Spannungen zu steigern, haben die Opposition zu diesem Kurs um 7% zunehmen lassen, und dies trotz der unter Reagan eingeführten Weisungen, die Wirtschaftshilfe an die Entwicklungsländer davon abhängig zu machen, wie sie in der UNO stimmen.

Das hat niemanden weiter erstaunt. Die USA, die durch die Politik der nuklearen Erpressung ihre außenpolitischen Ziele zu erreichen hoffen, bringen sich in einen immer schärferen Gegensatz zu den übrigen Staaten.

Marvin Stone, Chefredakteur der "U. S. News & World Report", gibt zu: "Es wird immer klarer, daß sich die USA Verbündete zugelegt haben, die nicht nur argwöhnisch sind, sondern auch eine unglaubliche Angst vor der amerikanischen strategischen Verteidigungspolitik haben." Wie Stone konstatiert, zeigen schon allein die jüngsten Beispiele — der Beschluß Neuseelands, keine US-Schiffe, die Kernwaffen tragen, die eigenen Häfen anlaufen zu lassen, die Weigerung Australiens, seine Stützpunkte für die Beobachtung von MX-Raketen-Tests zu überlassen, die durchaus mögliche Ausdehnung solcher Aktionen auf Japan und Westeuropa, Belgiens ausweichende Position gegenüber der Stationierung von Pershing-Raketen, die anwachsenden Antiraketendemonstrationen in Großbritannien und der BRD —, daß der Widerstand gegen den US-Kurs "kein Monopol nur der Aktivisten der Antiraketebewegung ist". Die Regierungen der NATO-Länder seien bereit, dem Uncle Sam das ausschließliche Recht auf die globale Konfrontation mit der UdSSR zu überlassen.

Solche Tatsachen und Meinungen bleiben außerhalb der Hearings im Senatsausschuß. Es ist bedauerndwert, daß viele Senatoren bis heute nicht sehen wollen, welch schwarzen Schatten die US-Außenpolitik auf die Welt wirft.

New York

Irreale Träume und reale Wege

zur Lösung akuter Probleme der Region

ZWEI POSITIONEN

Mit jedem Jahr sicherer schreitet die Volksrepublik Kampuchea auf dem Weg progressiver sozialökonomischer Umgestaltungen. Ihre Erfolge auf wirklich allen lebenswichtigen Gebieten sind verblüffend. Das trägt auch zur Festigung der Sicherheit und Verteidigung der jungen Republik bei.

In den letzten Wochen haben die Einheiten der Revolutionären Volksarmee Kampuchas, von vietnamesischen Internationalisten unterstützt, im Nordwesten des Landes praktisch alle Stützpunkte der Pol-Pot-Leute ausgeräumt und so die Operationen zur Säuberung des Territoriums von diesen Banden abgeschlossen. Die Feinde des kampucheanischen Volkes haben nun ihre Basen in den schwerzugänglichen Gegenden Kampuchas an der Grenze zu Thailand, von denen aus sie ihre Banditenüberfälle verübten, verloren.

In Südostasien und auch außerhalb wird darauf unterschiedlich reagiert. Die Freunde des kampucheanischen Volkes sehen in seinen Kampfereignissen ein Unterpfand für die weitere Stabilisierung der Lage und einen unumstößlichen Beweis für die Stärke der Volksmacht. Den Feinden der Republik dagegen gehen die Erfolge der Patrioten bei der Unterbindung der Versuche der volksfeindlichen Banden, sich auf kampucheanischem Boden festzusetzen, gelinde gesagt, wider den Strich. Nichts wird aus ihrem Traum, in Kampuchea das menschenfeindliche Pol-Pot-Regime wiederherzustellen und die verlorenen Positionen zurückzuholen, um weitgehende Expansionspläne in Südostasien umzusetzen. Nicht von ungefähr lamentieren Washington und Peking am lautensten über die militärischen Niederlagen der Khmer-Konterrevolution. Logisch, denn die von den USA und China großgepöbelte und bewaffnete "Koalition" der Feinde des kampucheanischen Volkes steht am Rande des völligen Zerfalls und Zusammenbruchs.

Wer dahinter steckt

Washington und Peking möchten das verhindern. Sie wollen nicht, daß die künstlich aufgebaute "Kampuchea-Frage" von der Tagesordnung abgesetzt wird, die Spannungen in Südostasien sollen bleiben, liefern sie doch den Vorwand für die Einmischung. Die USA geben sich "besorgt" über die Operationen der Verteidiger Volkskampuchas. Erneut wird ein Rummel über die "Bedrohung Thailands" durch seine indochine-

sischen Nachbarn aufgezo-gen. China konzentriert seine Truppen nahe der Nordgrenze der Sozialistischen Republik Vietnam, chinesische Geschütze beschießen häufiger vietnamesisches Territorium. Aus Peking hört man offene Drohungen gegen Vietnam. Norodom Sihanouk verplapperte sich: Die Pekinger Führer hätten ihm zugesichert, China werde in Vietnam einfallen, wenn die antikampucheanische "Koalition" zerfällt.

Erneut wurde die ASEAN (Assoziation der Staaten Südostasiens: Indonesien, Malaysia, Singapur, die Philippinen, Thailand und Brunei) eingespannt. Die Außenminister der sechs Länder gaben auf ihrer Beratung in Bangkok im Februar eine neue Erklärung zur "Kampuchea-Frage" ab, ein Muster an Heuchelei, Tatsachenentstellung und einander ausschließenden Behauptungen.

So ist darin von einer "Solidarität mit Thailand angesichts der Provokationen von außen" die Rede, auch davon, daß "die Ausübung seines legitimen Rechts auf Selbstverteidigung unterstützt werden" müsse.

Fragt sich nur, wer Thailand bedroht. Umgekehrt ist ja das thailändische Territorium zu einem Aufmarschgebiet für Spionage, Diversionen und Terror gegen die Indochinaländer geworden. Thailändische Truppen besetzen laotische Dörfer, verletzen ständig Kampuchas Grenze und beschießen seine Grenzgebiete. Offenbar wird gerade so eine "Ausübung des Rechts auf Selbstverteidigung" durch die ASEAN unterstützt.

In der Erklärung der Außenminister der ASEAN-Länder wird die "Entschlossenheit und Standhaftigkeit der Khmer-Freiheitskämpfer" gepriesen. Man muß schon das Gefühl für jedes Maß verloren haben, um von einer "Entschlossenheit und Standhaftigkeit" Norodom Sihanouks und seines Anhangs zu sprechen, die die "Erschwerisse" des Schlachtfeldes gegen den Komfort ausländischer Residenzen eingetauscht haben, oder Pol Pot und Ieng Sary, die von der Weltöffentlichkeit wegen des millionenfachen Mordes am eigenen Volk verurteilt worden sind, als "Freiheitskämpfer" anzusprechen.

Die Außenminister widersprechen nicht nur Tatsachen, sondern sogar sich selbst, wenn sie Vietnam unterstellen, "nach wie vor auf einer militärischen Lösung in Kampuchea" zu bestehen, im gleichen Atem jedoch von einer "entschlossenen Unterstützung" für den politischen und militärischen Kampf der Pol-Pot-Leute



Unabhängigkeitsdenkmal im Zentrum von Phnom Penh
Foto: TASS

reden. Was soll man nun glauben? Die Deklarationen der ASEAN über eine Friedenszone, eine kernwaffenfreie Zone in Südostasien oder die so gar nicht friedliche Erklärung von Bangkok? Ihr Ton läßt keinen Zweifel daran, wer sie diktiert hat und nach wessen Order die ASEAN erneut eine Aktion gegen die indochinesischen Staaten unternommen hat.

In den ASEAN-Ländern selbst stoßen solche Erklärungen, die den offiziell verkündeten Zielen und Prinzipien der Assoziation widersprechen, auf Unmut und erstarkenden Protest. Die Völker Südostasiens, schreibt die "Indonesia Times", erwarteten vom Treffen der Außenminister in Bangkok einen gewissen Fortschritt bei der Suche nach der Lösung der "Kampuchea-Frage", doch liege kein Grund vor, von einem Fortschritt zu sprechen.

Ähnlich reagiert die "Merdeka", die ebenfalls in Djakarta erscheint: "Die ASEAN verkündet die Notwendigkeit, in Südostasien eine Zone von Frieden, Freiheit und Neutralität zu schaffen, betreibt in Wirklichkeit aber eine Politik der Konfrontation, der weiteren Spannungen und der Instabilität... Es sieht so aus, als wäre die ASEAN nunmehr ein Instrument Chinas, um eine 'zweite Revolution in Indochina zu entfachen', und ein Hebel Washingtons, um eine Politik gegen Vietnam durchzuführen." Ein scharfes, aber zweifellos in vieler Hinsicht gerechtes Urteil. Die Kräfte, die solche Träume hegen, müßten allmählich erkennen, daß sie unrealistisch sind.

Auf der ersten Konferenz der Außenminister der SR Vietnam, der VDR Laos und der VR Kampuchea 1980 wurden die

außenpolitischen Ziele dieser Länder formuliert, die sich auch heute nicht verändert haben: Herstellung der Beziehungen von Freundschaft und Zusammenarbeit mit allen Staaten, in erster Linie in Südostasien, von Beziehungen, die auf der gegenseitigen Achtung von Unabhängigkeit, Souveränität und territorialer Integrität beruhen; Bereinigung von Streitfällen durch Verhandlungen; die Bereitschaft, mit allen Nachbarstaaten Nichtangriffspakte zu unterzeichnen und mit den ASEAN-Ländern einen Meinungsaustausch darüber einzuleiten, wie Südostasien zu einer Region von Frieden, Unabhängigkeit, Freiheit, Neutralität, Stabilität und Prosperität zu entwickeln ist.

Guter Wille tut not

In den vergangenen Jahren wurde diese prinzipielle Linie von Vietnam, Laos und Kampuchea durch eine ganze Reihe konstruktiver Initiativen bekräftigt, darunter durch die Vorschläge über eine regionale Konferenz zu bestehenden Problemen und zur Lösung der Frage einer Friedenszone in Südostasien, über

einen politischen Dialog zwischen den beiden Staatengruppen, um die Lage in der Region zu verbessern, über die Ausarbeitung von Prinzipien der Beziehungen zwischen besagten Staatengruppen u. a. In ihrem Streben nach Frieden und guter Nachbarschaft suchen die drei Indochinaländer geduldig den Weg zur Normalisierung der Beziehungen zu Thailand. Kampuchea unterbreitete mehrere konkrete Vorschläge. Ihre Realisierung würde die Spannungen an der kampucheanisch-thailändischen Grenze beseitigen und die Möglichkeit geben, das Problem der Khmer-Flüchtlinge zu lösen. Allgemein bekannt ist, was Laos zur Bereinigung des Konfliktes unternommen hat, den Thailand im vorigen Jahr durch sein aggressives Vorgehen provozierte.

Kurz, ohne die Einmischung von außen wären die Probleme dieser Region längst gelöst worden, unter der Bedingung freilich, daß alle Seiten guten Willen aufbringen. An Vietnam, Laos und Kampuchea liegt es nicht. Sie sind immer bereit, alle Bemühungen jedes Landes der Region um die Beseitigung der bestehenden Differenzen zu unterstützen.

Dieses Herangehen fand seinen Niederschlag u. a. darin, daß die im Januar in Ho-chi-Minh-Stadt abgehaltene X. Außenministerkonferenz von Laos, Kampuchea und Vietnam den Vorschlag Malaysias begrüßte, in Südostasien eine kernwaffenfreie Zone zu schaffen, und sich dafür aussprach, die Frage der Realisierung dieses Vorschlags sowie der früher formulierten Konzeption über die Zone von Frieden, Freiheit und Neutralität zu erörtern, ohne erst eine "Kampuchea-Regelung" abzuwarten.

Zugleich erklärten sich Vietnam, Laos und Kampuchea bereit, mit allen interessierten Seiten über die Regelung der Lage um Kampuchea zu verhandeln. Sie soll nach Meinung der drei Länder beinhalten: politische und militärische Ausschaltung von Pol Pots Verbrecherbande sowie den Abzug der vietnamesischen Freiwilligen aus Kampuchea unter der Bedingung, daß das Recht des kampucheanischen Volkes auf Selbstbestimmung und auf ein Leben ohne die Gefahr der Wiedererrichtung von Pol Pots Völkermordregime aufrechterhalten wird. Das ist durchaus real: Pol Pot und seine Clique werden im

WEITERE US-MANÖVER UM DIE UNESCO

Bekanntlich sind die USA am letzten Tag des vergangenen Jahres aus der Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur (UNESCO) ausgetreten. Die amerikanische Flagge vor dem Hauptquartier der Organisation in Paris ist eingezogen, der Auszug der Mitarbeiter der US-Vertretung aus dem der UNESCO gehörenden Haus in der Rue Miollis abgeschlossen worden. Aber obwohl sich die USA ihrer Pflichten gegenüber der UNESCO, darunter auch der finanziellen, entledigt haben, streben sie danach, ihren Druckapparat, ihre ehemaligen Rechte und Privilegien beizubehalten. Sie verfolgen das alte Ziel: den politischen Kurs der Organisation und die durch ihre obersten Organe — die 4. Außerordentliche UNO-Vollversammlung 1982 und die 22. UNO-Vollversammlung 1983 — bestätigten Programme zu ändern. Praktisch versuchen die am höchsten entwickelten kapitalistischen Länder auf diese Weise, die UNESCO daran zu hindern, daß sie zu den wichtigsten und aktuellsten Gegenwartsproblemen Stellung nimmt: zu den Problemen des Friedens und der Völkerverständigung, zum Kampf für die

Bannung der nuklearen Gefahr, für den Ausbau einer weltweiten, gleichberechtigten und für alle nützlichen Zusammenarbeit in Kultur und Wissenschaft. Im weiteren Sinne wird da der Gedanke aufgezwungen, die Natur- und Gesellschaftswissenschaftler, Kulturschaffenden und Pressemitarbeiter, d. h. Menschen, die den größten Teil der Intelligenz jedes Landes ausmachen, müßten sich nur für rein fachliche Fragen interessieren.

Kann die Intelligenz aber dort ausgeklammert werden, wo es um den Sinn und Inhalt ihres Wirkens, ja ihres Lebens geht? Selbstverständlich nicht. Deshalb mißlang das den USA und einigen ihrer nächsten Verbündeten auf allen Generalkonferenzen der UNESCO. Jetzt haben sich diese Länder auf Gewaltmethoden verlegt. Davon zeugt die in Paris abgehaltene außerordentliche Tagung des Exekutivrates der UNESCO (12.—17. Februar), auf der die Folgen des Austritts der USA aus der Organisation erörtert wurden.

Ein typisches Beispiel für die geheimen Manöver ist die Gründung einer US-Beobachtermission bei der UNESCO. Wenn

man in einem anderen Land und bei einer Organisation, deren Mitglied man nicht mehr ist und die man unter kräftigem Zuwerfen der Tür verlassen hat, eine Mission gründet, sollte man doch bei der UNESCO einen gebührenden Antrag stellen. Aber diese Regeln sind nicht für die USA mit ihren imperialen Ambitionen. Am 10. Januar richtete der stellvertretende US-Außenminister Gregory Newell ein Schreiben an den Generaldirektor der UNESCO: "Ich möchte Ihnen mitteilen, daß wir in Paris eine Beobachtermission gegründet haben, um Kontakte zur UNESCO und zu ihren Mitgliedsstaaten aufrechtzuerhalten... Der Mission steht Mr. Richard W. Aherne, ehemaliger Stellvertreter des US-Botschafters bei der UNESCO, vor."

Eine solche Rücksichtslosigkeit empörte viele Mitglieder des Exekutivrates. Das fand seinen Niederschlag im Bericht des Generaldirektors zu den Diskussionsergebnissen. Die Ratsmitglieder "verwiesen darauf, daß das Schreiben der amerikanischen Behörden einen Beschluß und nicht einen Antrag an die Organisation darstellt", während andere fragten, "ob das nicht noch ein Mittel zur Druckausübung auf die Organisation ist, damit sie ihre Tätigkeit in einer Richtung ändert, die viele Mitgliedsstaaten ablehnen."

Trotz der Beharrlichkeit Großbritanniens, der BRD, mehrerer anderer westlicher Länder und Japans, die sich als Interessenvertreter der USA aufspielen, heißt es in einem dazu gefaßten Beschluß, daß sich die USA an das entsprechende Verfahren zu halten haben.

Gründe nur von ihren Brötchengebern im Ausland und den reaktionären Elementen in Thailands herrschenden Kreisen unterstützt. Was die anderen Emigrantengruppen betrifft, die der "Koalitionsregierung" angehören, so könnten sie sich von Pol Pot völlig distanzieren und "eine Rolle im nationalen Leben Kampuchas spielen". Wiederholt erklärte das der kampucheanische Außenminister Hun Sen, darunter auch auf der Konferenz in Ho-chi-Minh-Stadt.

Angesichts der Erfolge der VR Kampuchea und der dort verlaufenden unumkehrbaren positiven sozialpolitischen und wirtschaftlichen Prozesse gaben die Konferenzteilnehmer ihrer Zuversicht Ausdruck, daß die vietnamesischen Freiwilligen in 5-10 Jahren das Land vollauf verlassen werden. Die "Kampuchea-Frage" in der Form, wie gewisse Kräfte sie formulieren, wird sich von allein, ohne eine spezielle Regelung, erledigen.

Vietnam, Laos und Kampuchea bestätigen ihren Willen, Südostasien in eine Region von Frieden, guter Nachbarschaft und Zusammenarbeit zu verwandeln, eine Region, in der sich alle Staaten unabhängig von ihrer Gesellschaftsordnung zu

den allgemein anerkannten Prinzipien der friedlichen Koexistenz bekennen. Die äußeren Kräfte dagegen müssen, wie in Ho-chi-Minh-Stadt erklärt wurde, die nationalen Rechte der Völker der Region, vor allem ihr Recht auf ein Leben in Frieden, respektieren und dürfen sich nicht in die Angelegenheiten Südostasiens einmischen.

Die Initiativen von Vietnam, Laos und Kampuchea zur Verbesserung des politischen Klimas in Südostasien wurden von der UdSSR, den anderen sozialistischen und zahlreichen nichtpaktgebundenen Ländern unterstützt. Auch bei den Vertretern einiger westlicher Länder fanden sie Verständnis. UNO-Generalsekretär Perez de Cuellar nannte die Vorschläge der X. Außenministerkonferenz der drei Indochinaländer eine gute Basis dafür, daß die anderen interessierten Länder die Position von Vietnam, Laos und Kampuchea zu den regionalen Problemen klarer sehen.

Notwendig ist freilich, daß auch diese interessierten Seiten guten Willen an den Tag legen.

J. KUSMITSCHOW

Eine heftige Diskussion entbrannte um die Frage des amerikanischen Personals in der UNESCO. Dort sind 143 amerikanische Bürger beschäftigt, das ist mehr, als jeder andere Mitgliedsstaat hat, und schon deshalb nicht normal. Bei ihrem Austritt aus der UNESCO haben die USA ihre Mitarbeiter dagelassen. Mehr noch, Newell, ein Initiator des Austritts der USA, bat seine Landsleute ausdrücklich, ihre Arbeit in der UNESCO fortzusetzen. Mit Kniffen und Piffen erreichten die Vertreter der westlichen Länder, in erster Linie der BRD, daß das amerikanische Personal in der UNESCO geblieben ist. Und dies zu einer Zeit, da Personalabbau und Kürzung der verwaltungstechnischen Ausgaben dringend notwendig sind. Logischerweise sollten doch in erster Linie die Vertreter eines Landes entlassen werden, das der UNESCO den Rücken gekehrt und sich so des Rechts begeben hat, dort einen bestimmten Prozentsatz des Stellenplans für sich zu beanspruchen. Ebenso natürlich wäre es, in der UNESCO Bürger eines solchen Landes nicht mehr einzustellen, und zwar seit dem Augenblick, da es seine Absicht bekanntgegeben hat.

Natürlich können die amerikanischen Mitarbeiter des UNESCO-Sekretariats vielleicht nichts für die Lage, die sich jetzt ergeben hat, sie sind einfach Opfer der Entscheidung der Reagan-Administration. Doch ist die UNESCO eine zwischenstaatliche Organisation, und andere Staaten sind nicht verpflichtet, für den Unterhalt von US-Bürgern aufzukommen; nach Angaben der UNESCO beträgt er etwa 8 Mio Dollar im Jahr.

In seinem Beschluß schreibt der Exekutivrat zu Recht: "Ein Staat, der aus der Organisation austritt, verliert alle mit der Mitgliedschaft in der UNESCO verbundenen Rechte und Privilegien, darunter die für ihn gemäß den Resolutionen der Generalkonferenz festgelegten Quoten..." Nach ihrem Austritt haben die USA kein Recht, an den Tagungen der Generalkonferenz und des Exekutivrats, an vielen intergouvernementalen Räten und Ausschüssen, Konferenzen und Beratungen teilzunehmen, und auch ihre Teilnahme an der Verlegertätigkeit wird wesentlich eingeschränkt.

Die Tagungsteilnehmer erörterten finanzielle Fragen, die sich nach dem Austritt der USA verschärft haben, und merkten Maßnahmen vor, um die Ausgaben maximal zu kürzen, besonders die Ausgaben für den Unterhalt des Personals, damit die Organisation die entsprechenden Programme der Zusammenarbeit in den Bereichen Bildung, Kultur, Gesellschafts- und Naturwissenschaften erfüllen kann.

Wie auf Kommando unternahmen die bürgerlichen Massenmedien nach der außerordentlichen Tagung des Exekutivrats weitere verleumderische Ausfälle gegen die UNESCO. Wiederum reden sie von einer "Verschärfung der Krise" der Organisation, von deren unsicherer Zukunft. Somit bestärken sie die Weltöffentlichkeit nur in ihrer Meinung, daß die USA und ihre nächsten Bündnispartner die Situation um die UNESCO auch weiter zuspitzen wollen.

N. KANAJEW

Paris--Moskau

NZ

KOMMENTAR

GASTSPIEL AUF DEM KAPITOL

In der Hauptsache hatte man sich geeinigt. Während ihres US-Besuches sprach sich Margaret Thatcher im Grunde für Washingtons "strategische Verteidigungsinitiative" aus. Die konservative Lady redete von der Notwendigkeit, die Forschungen zur Schaffung eines breitangelegten Raketenabwehrsystems mit raumgestützten Elementen fortzusetzen. Britische Konzerne versprechen sich von diesem Programm Aufträge.

Offenbar in Voraussicht dieses Herganges forderte Präsident Reagan seine "größte Verehrerin" (so Mrs. Thatcher über sich) auf, vor beiden Kammern des Kongresses zu sprechen. Eine solche Auszeichnung wurde bisher nur einem einzigen britischen Premierminister zuteil. Das war Churchill. Im Jahre 1952 rief er die amerikanischen Gesetzgeber auf, "die Atomwaffen nicht aus der Hand zu lassen". Mrs. Thatcher ging weiter. Sie verkündete: "Diese Waffen dienen auch weiter als Mittel zur Erhaltung des Friedens." Deshalb habe Großbritannien vor allen anderen Flügelraketen auf seinem Territorium stationieren lassen und sei fest entschlossen, sein "unabhängiges Nuklearpotential" zu behalten und sogar um U-Boot-Raketen "Trident 2" zu ergänzen. Auch unterstützt es Reagans Star-War-Pläne. In ihrem Eifer vertraute Mrs. Thatcher dem Kongreß nicht ohne Stolz an, daß Großbritanniens Militärangehörige mit ihren Stiefeln den Staub von fast 30 Staaten aufwirbeln und seine Flotte gemeinsam mit der amerikanischen in allen Ozeanen der Welt kreuzt.

Im Weißen Haus befürchtete man, die britische Premierministerin würde die US-Wirtschaftspolitik kritisieren. Das war auch der Fall, allerdings hinter verschlossenen Türen. So konstatierte sie, daß die amerikanischen Budgetdefizite der britischen Wirtschaft großen Schaden zufügen.

Wie innerlich, äußerte sich die konservative Premierministerin erst vor kurzem gegen die Ausdehnung des Wettrüstens auf den Weltraum. Nach allem zu urteilen, war der vom Weißen Haus ausgeübte Druck doch stärker als der gesunde Menschenverstand. Übrigens kam das auch schon früher vor — siehe die Stationierung von Cruise Missiles.

G. SIDOROWA

Zivilregierung übernimmt
die Geschäfte

WANDLUNGEN IN SICHT

Juri BESPALKO

Die Präsidentschaftswahlen vom 15. Januar waren für Brasilien ein wichtiges Ereignis. Erstmals seit 20 Jahren wird ein Zivilpolitiker Staats- und Regierungschef.

Zum Präsidenten ist der 75jährige Tancredo de Almeida Neves, Führer der oppositionellen Demokratischen Allianz, gewählt worden. Seine politische Laufbahn trat er vor 50 Jahren als Stadtverordneter in seiner Heimatstadt Sao Joao del Rei, Bundesstaat Minas Gerais (im Inneren Brasiliens), an. Die Herkömmlinge aus diesem Staat — man nennt sie Mineiros — sind in Brasilien für ihre Neigung zur Politik bekannt. Es gibt sogar ein Sprichwort. "In Minas Gerais macht man Politiker, in Sao Paulo Geld." Tatsächlich ist Neves schon der siebente "Mineiro" auf dem Posten des Staatsoberhauptes.

Die politische Betätigung des neuen Präsidenten fiel in eine bewegte Zeit. Da waren die an Umfang beispiellose Volksbewegung nach dem zweiten Weltkrieg, die Amtsdauer der populären Präsidenten Juscelino Kubitschek, Janio Quadros und Joao Goulart und schließlich das langjährige Militärregime, das für die Drosselung der verfassungsmäßigen Freiheiten, für die strikte Zensur und die Verfolgung fortschrittlicher Persönlichkeiten berüchtigt ist. Es ist kaum zu glauben, aber damals war es sogar verboten, rote Autos auszuliefern.

Ende des

"Wirtschaftswunders"

Das war auch die Zeit des sogenannten brasilianischen Wirtschaftswunders, das durch die ungehemmte Aufnahme von Auslandsanleihen und die Heranziehung von Auslandskonzernen möglich war. Es entstanden Zweigstellen vieler Konzerne: für Kraftfahrzeugbau, Funktechnik, Medikamente, Konfektion usw. Brasilien über-

zog sich mit einem Netz von Chausseen, es entstanden große Wasserkraft- und Hüttenwerke, Luxushotels und Flughäfen. In zwei Jahrzehnten rückte Brasilien mit seinem Brutto sozialprodukt vom 28. auf den 7. Platz auf.

Vom "brasilianischen Wunder" hatte aber nur ein kleiner Kreis den Nutzen, während die Lebensverhältnisse der Bevölkerungsmehrheit immer schlechter wurden. Die soziale Polarisierung nahm zu. Die Wirtschaft ihrerseits mußte schwere Erschütterungen ertragen, z. B. den "Erdölchock", die anschwellende Inflation und die anderen Krisenerscheinungen im kapitalistischen Weltsystem ab Mitte der 70er Jahre. Und kaum jemand in Brasilien erkannte, daß die Auslandsschulden wie eine Zeitzünderbombe die Wirtschaft bedrohten. Gegen Ende 1984 erreichten sie die katastrophale Höhe von 100 Md. Dollar.

Sieg der Opposition

Jetzt meinen manche Kommentatoren Brasiliens, gerade die Auslandsschulden, genauer die enormen Zinszahlungen für Anleihen westlicher Banken, die sich verhängnisvoll auf das Finanzwesen und die Wirtschaft auswirkten, hätten die Krise des Militärregimes auf die Spitze getrieben.

Vor einem Jahr wurde der Kampf für direkte und allgemeine Präsidentschaftswahlen heftig wie nie zuvor. Damals erreichte die legale Opposition nichts: Die beantragte Verfassungsänderung hinsichtlich der Präsidentschaftswahlen bekam etwas zu wenig Stimmen, und die Bestimmung blieb in Kraft, daß der Präsident von einem Wahlmännerkollegium gewählt werden müsse, dessen rund 700 Mitglieder im Namen des 130-Millionen-Volkes handelten.

Als die Wahlen herankamen, konnten

sich die Militärs nicht mehr auf einen einzigen Kandidaten einigen und sich erst recht nicht den Wahlsieg sichern. Angesichts der akuten Finanz- und Wirtschaftskrise, der zunehmenden sozialen und politischen Spannungen äußerten die Generale die Absicht, sich "in die Kasernen" zurückzuziehen, und gaben später unverhohlen zu, daß in Brasilien ein "neuer geschichtlicher Zyklus" beginne. Auf dem politischen Schauplatz erschienen zwei Zivilanwärter auf die Präsidentschaft: Neves von der oppositionellen Demokratischen Allianz, und sein Rivale aus der regierenden Demokratischen Sozialen Partei, der 54jährige Kongreßabgeordnete Paulo Salim Maluf. Ihre Programme, namentlich für die Wirtschaft, waren recht ähnlich, weil allen klar war, daß in der Wirtschaft vieles anders werden mußte.

Das Programm

der neuen Regierung

Im politischen Bereich soll, dem Programm von Neves zufolge, nächstes Jahr eine Konstituierende Versammlung zusammentreten und eine neue Verfassung annehmen, worauf die Opposition schon immer bestanden hatte. Um ihn als Symbol der "nationalen Rettung" haben sich verschiedene politische Kräfte geschart, denen das Bestreben gemeinsam ist, die ungünstigen Folgen des Militärregimes zu beheben, dem Land über seine schwierigen Probleme hinwegzuhelfen und die Demokratisierung zu vertiefen. Der Präsidentschaftsanwärter von der Demokratischen Allianz fand bei einem großen Teil des Proletariats und der Bauernschaft Verständnis, aber er stützt sich nach wie vor hauptsächlich auf die Mittelschichten und die Bourgeoisie.

Die Wahlen haben gezeigt, daß Neves sehr populär ist. Kaum war das Wahlergebnis bekanntgegeben, da begann im ganzen Land ein regelrechtes Fest. Die Menschenmassen in den Städten riefen im Takt: "Freue dich, Brasilien!"

Die Regierung Neves tritt ihr Amt offiziell am 15. März an. Jetzt denken die meisten Brasilianer an die Zukunft. Einer kürzlichen Meinungsumfrage zufolge glauben 80% der Bevölkerung, daß Brasilien besseren Zeiten entgegengeht. Wie zur Bestätigung gab das künftige Staatsoberhaupt gleich nach den Wahlen ein Programm bekannt, das den Namen "Die neue Republik" trägt. Schon dieses Jahr sollen einige antidemokratische Gesetze aufgehoben werden. Neves hat versprochen, eine umfangreiche Bodenre-

form vorzunehmen und Millionen Bauern, besonders im zurückgebliebenen Nordosten, der Domäne der mächtigen Latifundienbesitzer, Grund und Boden zu geben. Er hat die Entschlossenheit ausgesprochen, die Wirtschaft zu sanieren und sich dabei vor allem auf die großen Potenzen des Landes zu stützen, sowie die finanziellen Lasten bei der Tilgung der Auslandsschulden auf alle Bevölkerungsschichten gerecht zu verteilen.

Besondere Sorge macht sich die neue Regierung über die rapide zunehmende Inflation, die voriges Jahr den Re-



Tancredo de Almeida Neves spricht, Schritte zur Demokratisierung und zur Wirtschaftssanierung zu unternehmen

kordstand von 230% erreichte. Wirtschaftsexperten aus der Umgebung von Neves meinen, daß die galoppierende Inflation auf die künstlich überhöhten Diskontsätze zurückzuführen ist, die Brasilien für Anleihen aus dem IWF von westlichen, vor allem amerikanischen Banken zahlen muß. Die Zivilregierung hofft, das Anwachsen der Inflation schon dieses Jahr abbremsen und auf 150-170% senken zu können, ohne den Wirtschaftszuwachs aufzuhalten.

Die neue Regierung, die jetzt gebildet wird, appelliert an das Volk, sich nicht der Hoffnung hinzugeben, daß alle Schwierigkeiten schwinden werden, sobald der Zivilpräsident sein Amt antritt. Der in Brasilia erscheinende "Correio Brasileiro" schrieb: "Der Präsident, der die Opposition repräsentiert, der ab 1964 die Macht vorenthalten wurde, hat eine wahrhaft gigantische Mission. Aber dank der großen Massenbewegung kann er heute mit der Lösung derjenigen Probleme beginnen, die eine freche Herausforderung an die Nation und die Obliegenheiten des künftigen Staatsoberhauptes und seine Regierung sind."

Hiesige Beobachter interessieren sich lebhaft für die Außenpolitik der neuen

Regierung, obwohl schon bekanntgegeben worden ist, daß ihre Schwerpunkte unverändert bleiben. Vorüber sind die Zeiten der "automatischen Ausrichtung auf die USA" und der Parole aus den 60er Jahren: "Was für die USA taugt, das taugt auch für Brasilien." Seit Mitte der 70er Jahre ist die Außenpolitik immer unabhängiger geworden. Brasilien hat als eins der ersten Länder die sandinistische Regierung in Nicaragua und das fortschrittliche Regime in Angola offiziell anerkannt. Während des britisch-argentinischen Waffenkriegs wegen der Malvinen hat es der Forderung Argentiniens beigepflichtet, seine Souveränität über die Inselgruppe wiederherzustellen, und das Vorgehen der USA verurteilt.

Wechselseitig vorteilhafte Zusammenarbeit

In Brasilien erinnert man sich, daß die diplomatischen Beziehungen zur UdSSR, die unter dem Druck der USA 1947 abgebrochen worden waren, 1961 wieder-



So wurde in den Städten Brasiliens der Übergang der Macht an die Zivilregierung begrüßt

Foto aus der Zeitschrift "Manchete" (Brasilien)

aufgenommen wurden, als Neves Ministerpräsident war. Er erwähnte es vor brasilianischen und ausländischen Journalisten und betonte, wie wichtig die sowjetisch-brasilianischen Beziehungen sind: "Heute verfolgen wir die gleichen Ziele wie früher: zu erreichen, daß alle Menschen in ihrem Streben nach Frieden einiger sein und die Grundsätze der Nichteinmischung respektieren sollen."

Zwischen der UdSSR und Brasilien entwickeln sich in verschiedenen Bereichen wechselseitig vorteilhafte Beziehungen. Beide Seiten bestätigen ihre Bereitschaft, sie weiter zu vertiefen und auszudehnen. Drei Delegationen des Obersten Sowjets der UdSSR haben Brasilien besucht. Umgekehrt waren brasilianische Parlamentarier mehrmals in unserem Lande zu Gast. Der Handel wächst an, die Zusammenarbeit in Wissenschaft, Technik und Wirtschaft konsolidiert sich.

In Brasilien sind mit dem Beistand der UdSSR zwei Wasserkraftwerke und andere Betriebe gebaut worden. In Angola werden sowjetische und brasilianische Fachkräfte gemeinsam das Capanda-Wasserkraftwerk errichten.

Die Einstellung der UdSSR und Brasiliens zu aktuellen globalen Problemen, zur internationalen Sicherheit und Abrüstung, ist gleich oder ähnlich. Im April jährt sich die Aufnahme der diplomatischen Beziehungen zwischen der UdSSR und Brasilien zum 40. Male. Obigens ebenso wie der Sieg über den Faschismus. Brasilien war das einzige Land Lateinamerikas, das an den Kampfhandlungen gegen das faschistische Italien und Nazideutschland direkt teilnahm.

Im Zusammenhang mit dem Amtsantritt der Zivilregierung zeigt man in Brasilien besonderes Interesse dafür, wie sich die Beziehungen zwischen unseren beiden Ländern entwickeln. Das einflußreiche "Journal do Brasil" schrieb: "Das Niveau der politischen Beziehungen zwischen

Brasilien und der UdSSR kann bisher keine der beiden Seiten zufriedenstellen." Ein anderes Blatt, "Jornal de Brasilia", hebt hervor, daß "ein Kulturabkommen an der Reihe ist, das einen ständigen und regelmäßigen Austausch unserer Kulturschätze ermöglichen wird".

Das brasilianische Volk ist voll Hoffnung auf die Zivilregierung. Es glaubt daran, daß die Schwierigkeiten des Landes durch Konsolidierung seiner Unabhängigkeit und Herbeiführung wirklichen Fortschritts und Gedeihens überwunden werden können. Brasilia, im Februar

Je länger die neokolonialistische Ausbeutung anhält, desto akuter und auswegloser werden die Probleme der Entwicklungsländer

HUNGER IN AFRIKA: WER IST SCHULD?

Die meisten Länder Schwarzafrikas erleben den 25. Jahrestag ihrer Befreiung vom Kolonialismus in einer schwierigen Situation. 150 Millionen ihrer Bewohner hungern oder sind unterernährt. Die Devisenbestände sind erschöpft, die Schulden ans Ausland enorm, und wirtschaftlich kommen sie praktisch nicht vom Fleck. Der UNO-Wirtschaftskommission für Afrika zufolge belief sich der Gesamtzuwachs ihrer Wirtschaft 1983 nur auf 0,2%. Fast die Hälfte der Länder südlich der Sahara zählt nach wie vor zu den am weitesten unterentwickelten Ländern der Welt.

Was hat diese katastrophale Lage verursacht?

Der Schraubstock der Konzerne

Die anfängliche und wichtigste Ursache besteht darin, daß die Wirtschaft Afrikas mit dem kapitalistischen Weltsystem verknüpft ist, in dessen Schraubstock die afrikanischen Länder Rohstoffanhänger der kapitalistischen Industriestaaten und Investitionssphäre des Monopolkapitals bleiben. Die Direktinvestitionen des Westens in Schwarzafrika reichen schon an 11 Md. Dollar heran und nehmen weiter zu. Was veranlaßt die Multis, ihre dortigen Investitionen zu erhöhen? Vor allem die Möglichkeit, hohe Profite einzuheimen. Wie westliche Wirtschaftsexperten errechnet haben, bringt jeder in Afrika investierte Dollar den Konzernen etwa 3,5 Dollar ein. Diese Profite, die aus Afrika abfließen, rühren von der Superausbeutung der billigen Arbeitskräfte, vom Raubbau an den Naturschätzen und von den geradezu verbrecherischen Einsparungen an Sicherheitsmaßnahmen und Kläranlagen her.

Es wäre nur gerecht, wenn man die riesigen Gewinne, die die Arbeit der Afrikaner abwirft, in der Produktions-

erweiterung an Ort und Stelle investieren würde und wenn sie den dortigen Staatsetats auflösen. Sie werden jedoch größtenteils an Banken und Multis ins Ausland überwiesen. In den 70er Jahren pumpten die Konzerne 140 Md. Dollar Gewinne aus den Entwicklungsländern, davon Dutzende Milliarden aus Schwarzafrika, heraus. Und das nur durch die offiziellen Kanäle.

Wie der nigerianische Außenminister Gambari erklärte, wirken die Konzerne, die sich in diesem Land betätigen, höchst nachteilig auf dessen Wirtschaft. Die Auslandskonzerne gäben immer wieder gefälschte Bilanzberichte ab und hinterzogen Steuern. Sie plündern die Devisenbestände des Staates, indem sie die Gewinne und die Zahlungen Nigerias für die Benutzung von Patenten, Lizenzen und Warenzeichen ins Ausland überweisen.

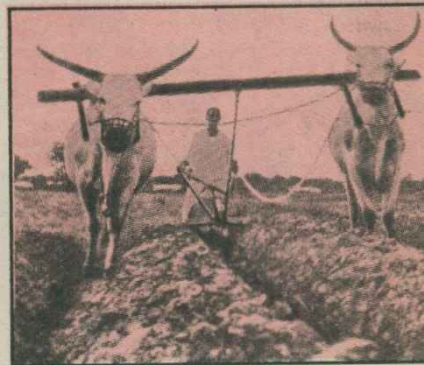
Die Kapitalien Afrikas fließen "unsichtbar", beim leisen Surren der Bankfernschreiber nach Westeuropa und den USA ab und hinterlassen nur in den Speichern der elektronischen Konzernbuchhalter Spuren. Was von der Präsenz der Multis sichtbar ist, wird von diesen möglichst schöngefärbt. Sie verheißen die Schaffung neuer Arbeitsplätze, Hilfe bei der Industrialisierung und Berufsschulung, und den Arbeitern versprechen sie billiges Essen und ärztliche Betreuung. Manche Gesellschaften wie z. B. die britische Lonro zahlen den Arbeitern ein wenig mehr als die verstaatlichten Betriebe. Daß das armselige Brocken von den Dividenden sind, wissen nur wenige, aber aus diesen Brocken wird der größtmögliche Propagandaeffekt gewonnen.

Infolge des Schnecken tempos ihrer wirtschaftlichen Entwicklung bleiben die Länder Afrikas immer weiter hinter den kapitalistischen Industriestaaten zurück. Afrika, wo ein Zehntel der Menschheit lebt, erbringt nur 1% der globalen Industrieproduktion. Das schlimmste sind aber die kolossalen sozialen Folgen der Zu-

rückgebliebenheit, von denen die schwerste, aber nicht die einzige der Hunger ist.

Die Preisschere

Noch eine Plünderungshandhabung ist der Handel. Fast alle Länder Schwarzafrikas sind durch kollektive Handelsabkommen mit ihren früheren "Mutterländern" verbunden: durch die Konventionen von Yaounde und Lome (so benannt nach den Hauptstädten von Kamerun und Togo, wo sie unterzeichnet wurden).



Die aus der Kolonialzeit stammende Rückständigkeit erschwert auch das Heute Afrikas

Die dritte und letzte Konvention von Lome kam im Dezember 1984 zustande und tritt im März d. J. für die nächsten fünf Jahre in Kraft. Sie regelt die Handels- und Wirtschaftsbeziehungen zwischen der EG und 65 Ländern Afrikas, der Karibik und des Pazifik (abgekürzt AKP-Länder).

Die Konvention bietet Zollvergünstigungen für Agrarprodukte und mineralische Rohstoffe der AKP-Länder in der EG-Zone. Die EG wieder genießt in den AKP-Ländern Meistbegünstigung. Auf dem Papier gleiche Partner, treiben die Konventionsteilnehmer ihren Handel keineswegs von gleich zu gleich. Die westlichen Konzerne, die die Preisbildung kontrollieren, achten dabei auf günstige Bedingungen für sich selbst. Sie setzen Industrieerzeugnisse zu überhöhten Preisen ab und kaufen Rohstoffe für einen Pappenstiel. Die Preise für Agrarprodukte und Rohstoffe sind, in realen Größen ausgedrückt, die niedrigsten seit 50 Jahren. Das ist auf der 7. Gipfelkonferenz der nichtpaktgebundenen Länder festgestellt worden.

Die Teilnehmer der Konvention von Lome, zu denen alle Länder Schwarzafrikas außer Angola gehören, das der Konvention nicht beigetreten ist, bekommen die ganze Schwere der Folgen dieser Politik zu spüren. Bei der feierlichen Unterzeichnung im Dezember wies der Präsident von Togo, Eyadema, darauf hin. Er erklärte, daß die Industriestaaten aus den Entwicklungsländern Rohstoffe beziehen und nach deren Verarbeitung die Fertigerzeugnisse zu zehnfachen Preisen an dieselben Länder verkaufen, wodurch die Zollvergünstigungen — das wichtigste Zugeständnis des Westens an Afrika — sinnlos gemacht wären. Der Zeitung "Nouvelle Marche" (Togo) zufolge haben die an der Konvention von Lome beteiligten Entwicklungsländer zwischen 1981 und 1985 durch die Senkung der Preise für ihre Exportartikel 60 Md. Dollar verloren.

Ebenso unwirksam sind die Schadenersatzleistungen, die auf Drängen der AKP-Länder in die Konventionen von Lome aufgenommen wurden. So kam die EG 1980 nur 51% der (als begründet anerkannten) Schadenersatzforderungen und 1981 sogar nur 42% nach. Kein Wunder, daß der Außenhandel Afrikas in den Jahren der Unabhängigkeit schrumpft. Der Anteil der Länder Afrikas an den Lieferungen von Agrarprodukten und mineralischen Rohstoffen (außer Erdöl) auf den Weltmarkt ist zwischen 1960 und 1980 von 9 auf 5 bzw. von 8 auf 3% zurückgegangen.

Die Konvention von Lome wurde mit afrikanischem Pomp unterzeichnet. Das war aber nur ein Tribut an die afrikanische Gastfreundschaft und konnte die Delegierten aus den AKP-Ländern über die Ergebnisse der Konferenz nicht hinwegtäuschen. Der Hauptvertreter der AKP-Länder in Lome, Namaliu, äußerte sich in dem Sinne, daß die Konvention nicht dazu angetan sei, die Schlüsselprobleme der Entwicklungsländer zu lösen.

Wo sind die Schuldner?

Das stete Sinken der Exporteinkünfte nötigt die Länder Afrikas in zunehmendem Maße, Anleihen aufzunehmen. Dadurch wachsen ihre Schulden bei den westlichen Banken und internationalen Finanzkorperschaften, in denen das US-Kapital das Sagen hat. Beliefen sich die Schulden Ende der 70er Jahre auf rund 60 Md., so jetzt auf 150 Md. Dollar. Nach Berechnungen von Experten der Internationalen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (IBRD) verausgaben die Entwicklungsländer schon jetzt 85% der neuen Anleihen für Zahlungen auf die alten. Außerdem müssen sie etwa

25% ihres Exporterlöses dafür ausgeben. Die Jahresausgaben der Länder Afrikas für Schuldentilgungen überstiegen Anfang der 80er Jahre 10 Md. Dollar.

Die afrikanischen Delegierten bei der speziellen Zusammenkunft in der UNO vom Dezember v. J. verlangten, die Schlinge der Schuldknechtschaft zu lockern. Und die Antwort auf die berechnete Forderung? Der Westen verhärte seine Finanzpolitik und schneidet seinen ärmsten Schuldnern die letzten Auswege ab. So haben die USA beschlossen, ihren Beitrag zur Internationalen Entwicklungsassoziation — einer Zweigstelle der IBRD, die auf billige Anleihen für die ärmsten Länder spezialisiert ist — zu kürzen.

Auch die EG-Länder haben sich ihren Juniorpartnern gegenüber alles andere als großzügig gezeigt. Von den im Rahmen der Konvention von Lome bereitgestellten Mitteln wurde in Lome einstimmig gesagt, daß sie "völlig unzureichend" sind: Sie sind viel geringer als die Summe, die die AKP-Länder beantragt hatten. Außerdem werden sie nur unter der Bedingung zur Verfügung gestellt, daß man sie ausschließlich für Warenkäufe in den EG-Ländern und für deren Dienstleistungen verwenden, d. h. sie dem Geberland restlos zurückerstatten wird. Die Gesamtsumme für die Länder Afrikas macht im Prokopfdurchschnitt etwa 1 Dollar im Jahr aus. Dem erschöpften Schwimmer wird gerade noch geholfen, das Kinn über Wasser zu halten.

Und selbst diese Hilfe ist diskriminierend. Beispielgebend sind die USA. Wie die ehemalige Chefdelegierte der USA bei der UNO, Jeane Kirkpatrick, erklärte, können auf US-Hilfe nur Länder rechnen, die in der UNO wie die USA stimmen. Als Simbabwe ablehnte, sich in die von Washington nach dem Zwischenfall mit dem südkoreanischen Flugzeug aufgelegte antisowjetische Kampagne einzuschalten, kürzten die USA sofort die Summe, die sie Simbabwe zugesagt hatten. Von den Gaben der USA an Schwarzafrika gingen im Jahre 1984 48% an vier vom Pentagon auserwählte Länder: den Sudan, Somalia, Kenia und Liberia.

Vor mehr als 100 Jahren schrieb Karl Marx über die Bourgeoisie: "Hat sie je einen Fortschritt zuwege gebracht, ohne Individuen wie ganze Völker durch Blut und Schmutz, durch Elend und Erniedrigung zu schleifen?". Damit war die Einwirkung des britischen Kapitals auf das koloniale Indien gemeint. Wie die Erfahrungen Schwarzafrikas zeigen, ist das Marx-Wort auch jetzt aktuell, obwohl die Länder Afrikas schon lange unabhängig sind.

W. TJURKIN

NZ

KOMMENTAR

OKKUPANTENUNWESSEN

Beinahe täglich kommen Meldungen über die Untaten der israelischen Okkupanten in den von ihnen besetzten Gebieten Südlibanons. Immer wieder dringen sie in südlibanesischen Dörfer um Nabatiye, Tyr und andere Städte ein, schießen drauflos, veranstalten Razzien, Haussuchungen und Pogrome. Vandalisch reißen sie Wohnhäuser mit Bulldozern nieder oder sprengen sie. Meist handelt es sich um die Häuser von Schiiten, die massenhaft verschleppt und dann eingesperrt werden. Die Zahl der Ermordeten und Verwundeten unter der friedlichen Bevölkerung nimmt zu.

Der libanesischer Ministerpräsident Karame nennt die gegenwärtigen Strafexpeditionen der Interventen "faschistische Barbarei". Er betont, daß die USA nichts unternehmen, um ihren Verbündeten Israel zu beeinflussen, vielmehr sähen sie dem Vorgehen Tel Avivs in Südlibanon unbeteiligt zu.

Doch kann man von Washingtons Unbeteiligtsein nur sehr bedingt sprechen. Niemand anders als die Reagan-Administration vergrößert die militärische und sonstige Hilfe für Tel Aviv.

All diese Untaten geschehen kurz nachdem die israelische Armee einen Teil des von ihr seit 1982 okkupierten Südlibanon, darunter Saida, die größte Stadt im Landessüden, räumen mußte. Sie mußte es nicht zuletzt wegen der Verluste, die ihr die libanesischen Partisanen, die Patrioten, die sich nicht mit der Okkupation abfinden wollen, beibrachten und beibringen.

Die "neue Welle" des israelischen Terrorismus, wie die Presse von Beirut zu den heutigen Untaten der Zionisten sagt, ist besonders grausam und rücksichtslos. Am 24. Februar billigte das israelische Kabinett offiziell ein "neues Programm von Maßnahmen" gegen die libanesischen Partisanen in Südlibanon, "um unsere Soldaten zu schützen".

Der beste Weg, "die Soldaten zu schützen", ist, sie vollständig und möglichst bald aus dem souveränen Libanon abzurufen. Tel Aviv aber baut auf die Politik der eisernen Faust.

Die Hoffnungen des Tel-Aviver Militärlügners, den Widerstand des Volkes gegen die Interventen durch blutige Verbrechen zu brechen, sind selbstverständlich vergeblich. Die grausamen Repressalien verstärken nur den Haß und somit den Kampf gegen die Landräuber.

A. USWATOW

Lissabons Pläne

eines EG-Beitritts

bedrohlich für die Werktätigen

WAS KOSTET DER EINTRITT?

Im Februar ist in Portugal Karneval. Dazu gehören bunte Umzüge und zu diesen wiederum kostümierte und maskierte Folklorehelden. Doch in diesem Jahr sah man in dem nördlich von Lissabon liegenden Torres Vedras z. B. unter den allegorischen Figuren auch die Masken heutiger portugiesischer Politiker. Bei einem Quiz hörte man die Jury z. B. fragen, wer der Präsidentschaftskandidat 1985 sein und welche Partei bei den Gemeinderatswahlen die meisten Stimmen auf sich vereinigen werde. Oder: Werde die Voraussage, Portugal trete am 1. Januar 1986 der Europäischen Gemeinschaft bei, eintreffen?

Aktuelle Probleme der Innen- und Außenpolitik interessieren nicht nur die Quiz-Jurys. Sie bewegen das ganze Land, denn in vieler Hinsicht hängt seine Zukunft davon ab.

Die 1985 bevorstehenden Präsidentschaftswahlen sind in der Innenpolitik das Thema Nr. 1. Die Tätigkeit der großen Parteien, die zur Regierungskoalition gehören, ist ganz auf dieses Ziel ausgerichtet. Mit Ausnahme des ehemaligen Ministerpräsidenten M. de Lourdes Pintassilgo hat noch keiner der Kandidaten offiziell sein Jawort gegeben, aber schon rechnen politische Beobachter die jeweiligen Chancen im bevorstehenden Kampf durch, während die führenden Presseorgane die Öffentlichkeit befragen. Hier ist die Meinung weit verbreitet, daß einer von denen, die real mit dem höchsten Posten rechnen können, der heutige Ministerpräsident Mario Soares sei.

Der Weg des Vorsitzenden der Sozialistischen Partei in das Präsidentenpalais wird kaum leicht sein, bedenkt man, wie unpopulär die Regierungspolitik ist, die eine starke wirtschaftliche Depression, das Anwachsen von Arbeitslosigkeit, Lebenshaltungskosten und Inflation verursacht hat. Zudem befindet sich die Regierungskoalition in einer tiefen Krise. Wegen der Widersprüche in der Führung der Sozialdemokraten wurden vor kurzem der Parteivorsitzende und mehrere Minister ausgewechselt.

Wie hiesige Beobachter konstatieren, versucht die Regierung, ihr Unvermögen, die komplizierten inneren Probleme zu lösen, durch außenpolitische Aktivitäten zu kompensieren. Die gutinformierte Zeitung "Diário de Notícias" schreibt, Soares' Trumpf bei der Wahlkampagne sei die Frage des EG-Beitritts Portugals.

Die den Regierungskreisen nahestehenden Propagandaorgane geizen nicht mit Beiwörtern und behaupten unisono, dieser Beitritt werde alle Probleme des Landes so gut wie wegblassen. Unter den "Vorzeichen" werden in erster Linie größerer Zufluß von Auslandskapital, neue Filialen und Töchter transnationaler Konzerne sowie die spätere Modernisierung der Industrie und Landwirtschaft aufgezählt. Offen wird gesagt, daß der EG-Beitritt auch politisch opportun sei. M. Soares: "Wir müssen uns als europäisches Land fest konstituieren. Der Beitritt zur EG wird uns die Erhaltung der Demokratie garantieren."

Für die politischen Ziele der Anhänger des EG-Beitritts Portugals bringen die Spitzenpolitiker des westeuropäischen "Monopolkclubs" einigermassen "Verständnis" auf, sind jedoch über wirtschaftliche Komplikationen, die mit der Erweiterung der EG durch Portugal und Spanien zusammenhängen, ernsthaft besorgt. Das nun schon jahrelange Feilschen um die Beitrittsbedingungen für diese zwei Länder zieht sich eindeutig über jede Gebühr in die Länge. Selbst Portugiesen, die sich vor kurzem für die Teilnahme an der EG ereiferten, sind jetzt skeptisch und unzufrieden.

Das offizielle Gesuch um den Beitritt Portugals zur EG wurde 1977 von der ersten verfassungsmäßigen Regierung der Sozialisten formuliert. Die späteren Regierungen der "Demokratischen Allianz", eines Blocks der Rechtsparteien, sahen die Mitgliedschaft in der EG als "die Priorität der Prioritäten" an. Zuerst wurde der Beitritt für Ende 1982 geplant, dann für 1983 bzw. 1984. Schließlich hat man sich auf den 1. Januar 1986 als endgültiges Datum geeinigt.

Das EG-Hauptquartier hat es nicht eilig, weil Portugal in seiner wirtschaftlichen Entwicklung hinter den führenden Ländern der Zehn beträchtlich zurückbleibt. Was das Prokopfeinkommen betrifft, so steht es in der Liste der OECD-Länder (23 kapitalistische Industriestaaten) unmittelbar vor dem Schlußlicht Türkei. Wie EG-Experten meinen, werde Portugals wirtschaftliche Rückständigkeit die hochentwickelten Mitglieder zusätzlich belasten. Subventionen aus verschiedenen EG-Fonds, die die Gemeinschaft dem Land wird gewähren müssen, dürften kaum durch Vorteile aus jenen neuen Absatzmärkten aufgewogen werden, die Lissabon anzubieten hat. Dieses erwähnt seinerseits bei seinen Bemühungen um die EG immer häufiger einen "Köder" wie die angeblich "besonderen" Beziehungen Portugals zu seinen früheren Afrikakolonien und zu den lateinamerikanischen Ländern.

Auf der im Dezember v. J. in Brüssel abgehaltenen Beratung der Zehn sagte der Vertreter Griechenlands unumwunden, Athen werde gegen eine Erweiterung der EG sein Veto einlegen, wenn die Bauern der südeuropäischen Länder nicht die ihnen früher versprochene Sonderhilfe in Höhe von rund 5 Md. Dollar

erhalten. Eine weitere Runde von Sitzungen der EG-Außenminister über strittige Punkte im Bereich der Landwirtschaft, des Fischfangs und der Sozialpolitik war ebenfalls ein Fiasko. Trotz beträchtlicher Zugeständnisse der Portugiesen ist die Sache festgefahren.

Daran änderte sich auch dann nichts, als besagte Außenminister vor kurzem in Brüssel ihr Verhandlungsmarathon begannen. Laut France Presse fehle den Verhandlungen über Portugals und Spaniens EG-Beitritt bis jetzt eine "klare und deutliche Basis", selbst trotz neuer Vorschläge der EG-Kommission, die den Verhandlungen damit über den toten Punkt hinaushelfen wollte.

Die titanischen Anstrengungen der portugiesischen Emissäre, ihr Land um jeden Preis über die EG-Schwelle zu bringen, rufen im Lande eine scharfe Polemik hervor. Hier heißt es, der Wunsch der Regierung, Portugal der EG anzuschließen, sei in vieler Hinsicht auf den Druck des Großkapitals zurückzuführen. Für die Mono-

len die Wirtschaft des Landes und seine nationale Unabhängigkeit aufs Spiel setzt. Als Entgelt für die Eintrittskarte zum "Monopolklub" wird von Portugal der Abbau der Produktion seiner herkömmlichen Exportwaren (Obst, Gemüse, Olivenöl, Wein) verlangt, weil sie den ähnlichen Waren der EG-Länder Konkurrenz machen könnten. Allein in der Landwirtschaft werden die Portugiesen 17 Md. Escudo jährlich verlieren. Der EG-Beitritt wird ferner der Hüttenindustrie, dem Schiffbau und besonders der Textilindustrie, die rund 30% der Exporteinnahmen sichert, einen starken Schlag versetzen. Die Zahl der Beschäftigten in der Textilindustrie wird sich um 60 000 vermindern.

Als EG-Mitglied begibt sich Portugal seiner Meistbegünstigung auf den Märkten der USA, Kanadas, Japans, Australiens und anderer Länder und wird auch seine besondere Stellung im Handel mit Angola und Mocambique aufgeben müssen.

Ungefähr zur Hälfte ist das portugiesische Außenhandelsdefizit auf

so" zitierte unlängst den Inhaber eines kleinen mechanischen Betriebes mit nur 60 Beschäftigten: Der EG-Beitritt Portugals bedeute für ihn den Ruin.

Zweifel an den "Vorteilen" der bevorstehenden Integration melden auch der Verband von Agrarunternehmern sowie zahlreiche Vertreter der Geschäftskreise an. Zu ihnen stieß ferner der Allgemeine Bund der portugiesischen Werktätigen (Inter-sindical). Nach Ansicht dieser Gewerkschaftsvereinigung wird der EG-Beitritt die Arbeitslosigkeit noch vergrößern. Nach vorläufigen Schätzungen werden durch die Anpassung an das EG-System in der Landwirtschaft etwa 300 000 und in der Industrie 150 000 Personen die Arbeit verlieren. Die Arbeitslosenzahl erreicht dann 20%. Es ist reine Utopie zu hoffen, daß diese Arbeitslosigkeit von anderen EG-Ländern aufgesogen wird.

Die fortschrittliche portugiesische Öffentlichkeit gelangt zu dem Schluß: Für einige Politiker gehen die poli-



Die Arbeiter Lissabons protestieren gegen die Entnationalisierung von Industriebetrieben.

Aus: "Diario" (Portugal)

pole wären der Ruin zahlreicher Kleinbetriebe und die Wiederherstellung der Großkonzerne, die durch die Aprilrevolution von 1974 liquidiert wurden, sehr günstig. Schon jetzt trifft das Kabinett Maßnahmen zur Entnationalisierung der Banken, Versicherungsgesellschaften und einiger wichtiger Zweige des staatlichen Wirtschaftssektors, um auf diese Weise das Land auf die EG-Normen umzustellen.

Die demokratische Öffentlichkeit hebt hervor, daß die Regierung um zweifelhafter politischer Vorteile wil-

einen enormen Lebensmittelimport zurückzuführen. Um dem Defizit auf den Leib zu rücken, müßte Portugal zur Selbstversorgung mit Getreide, Molkereiwaren und Fleisch übergehen, und das sind gerade Erzeugnisse, die in den EG-Ländern "Überschuß" sind und bekanntlich zu Preisen gehandelt werden, welche beträchtlich über den Weltpreisen liegen. Wenn Portugal in die einheitliche Agrarpolitik der EG einsteigt, wird es gezwungen sein, auf vorteilhaftere Lebensmittelaufkäufe in anderen Ländern zu verzichten.

Da die Zollschranken niedriger sein werden sollen, werden es die portugiesischen Waren mit den billigeren Erzeugnissen aus den führenden EG-Ländern nicht aufnehmen können. Das droht den Klein- und Mittelbetrieben mit unvermeidlichem Bankrott. Die Wochenschrift "Expres-

sisten Ziele, genauer, persönliche Ambitionen in der Frage des EG-Beitritts über die gesamtstaatlichen Interessen. Nur 27% der Portugiesen hätten sich für den EG-Beitritt ausgesprochen, heißt es in einer auf Anregung der EG-Kommission durchgeführten Studie. Nach deren Ergebnissen machen die Rechten und Extremrechten die Mehrheit derjenigen aus, die für den EG-Beitritt sind. Die "Integrationspolitik" richte sich vor allem gegen die Aprilrevolution, schreibt die Zeitung der portugiesischen Kommunisten "Avante!". Dieser Schritt werde nur zu einer größeren Abhängigkeit Portugals vom internationalen Imperialismus führen und die ohnehin schwere Lage der werktätigen Massen verschlechtern.

Lissabon

V. WOLKOW

CIA INS GEBET GENOMMEN TÖTE SIE, MEIN SOHN

Die brasilianischen Bischöfe, die höchsten Vertreter der größten katholischen Landeskirche, waren nicht ohne Grund besorgt. Obgleich die Gefahr von einer ganz anderen Seite kam als erwartet. In den letzten Monaten sprach man im Vatikan besorgt von dem zunehmenden Einfluß der Ideen der sozialen Befreiung und des Kampfes gegen Unterdrückung auf die Katholiken. Doch es stellte sich heraus, daß die Gefahr für die Gläubigen, zudem für die römisch-katholische Kirche selbst, keineswegs von den Priestern ausgeht, die "ihr Leben der Erleichterung des Schicksals der Armen widmen, sondern von Leuten, die kein Interesse an sozialen Problemen haben". Wer das ist? Die CIA.

Zu diesem Schluß eben kam die Nationale brasilianische Bischofskonferenz, die eine besondere Erklärung als Antwort auf eine Anfrage des Vatikans bezüglich der wachsenden Zahl "freier religiöser Bewegungen" vorbereitet hatte. In dem Bericht heißt es unverhohlen: "Die CIA infiltriert gewisse Gruppen oder Organisationen, die in ihrem (der CIA) Dienst stehen." Die Mitglieder einer dieser Sekten, Hare Krischna, setzten sich in Brasilien fest, einer anderen, der "Vereinigungskirche" unter "Hochwür-

den", Moon Sun Myung in Uruguay. Moons Sektenfanatiker beschlossen sogar, die Hauptstadt Uruguays umzutau- fen. Jetzt nennen sie die Metro- pole "Moonteideo". Die katho- lischen Bischöfe stehen zu diesen Sekten negati- v, die Rechtskräf- te hingegen bekunden Wohlwollen. Kein Wunder. Propagieren ja die meisten von der CIA ausgehaltenen Sekten einen wütenden Antikommunismus.

Doch die geistlichen Zöglinge der CIA befassen sich nicht nur in Lateinamerika mit subversiven Umtrieben. Kürzlich führte die internationale antikommunistische Organi- sation "Causa" ihren "Kongreß" in Paris durch. Die "Causa" wird offiziell von besagtem Moon finan- ziert. Dieser Kongreß erörterte die "Aus- arbeitung einer Strategie gegen die Expansion des Kommunismus". Laut "Quotidien de Paris" schlug ein französischer Teilnehmer des Treffens ganz offen vor, Fidel Castro zu ermorden, und alle zusammen sprachen sich für eine "Verstärkung der antikommunistischen Propaganda in der ganzen Welt" aus. So wurde auch hier die CIA ins Gebet genommen, pardon eingeschlossen.

V. MASCHIN

Die Mutter schenkte Ronnie ein T-Shirt mit der Aufschrift: "Geh zur Armee — reise in ferne, exotische Länder, komme mit interessanten, ungewöhnlichen Menschen zusammen — und töte sie!" Ronald Logan (DeLand, Florida, USA)



Ein Rekrut verabschiedet sich von seiner Mutter...

versprach seiner Mutter, genau so zu verfahren.

1984 wurde, freut sich der Nachrichtendienst der "Washington Post", fürs Pentagon zu einem Erfolgsjahr: Zehntausende amerikanischer Boys und Girls kamen in die Armee. Warum? Um Grenada und vielleicht auch Nikaragua oder irgendein anderes "exotisches Land" zu "besuchen"? Und

nach Herzenslust auf "unge- wöhnliche Menschen" zu schießen? Ja, solche Typen gibt es natürlich auch.

Weiter. Ein Plakat an einer Musterungsstelle in Daytona tönt: "Mache den Kommunisten ein letztes Geschenk — den Tod!" Man könnte denken, die Zeiten des Vietnamkriegs wären wieder da. Die Schmach der Niederlage ist vergessen, wurde ferne "Geschichte", wie



... und zieht aus, um zu töten.

Fotos aus: "International Herald Tribune" (USA)

es ein Ausbilder sagte, den der "Washington Post Service" zitiert. Aggression und Mord werden wieder zum Gegenstand des nationalen Stolzes. Und schon schenken amerikanische Mammies ihren Sprößlingen T-Shirts mit der Aufschrift "Töte sie, mein Sohn!"

J. MOROSOW

FÜRS GEWISSEN

Fast jeden Tag findet sich in Washington einer, der für die "Strategische Verteidigungsinitiative" leidenschaftlich die Trommel rührt. Auch ein gewisser Lewis Lehrman ergriff das Wort. Er veröffentlichte einen Artikel in der Zeitschrift "Policy Review" und dessen Kurzfassung in der "New York Times". Lehrman sang wahre Lobeshymnen auf die neue "Konzeption", und dann wurde er pathetisch: Sie werde es ermöglichen, "eine Doktrin des gerechten Krieges, dieses historischen moralischen Fundaments der US-Militärstrategie, zu verfo-

gen... Sie würde den Forderungen unserer Verfassung und zugleich unseres Gewissens entsprechen." Nach diesen Worten müßte das Auditorium eigentlich gerührt zum Taschentuch greifen, und das Gewissen wäre endgültig eingeschläfert. Als ob es nie die Verbrechen der USA in Korea, Vietnam, Laos und Kambodscha gegeben hätte. Auf einem solchen "moralischen Fundament" ließen sich natürlich neue Arten entsetzlicher Waffen entwickeln, wobei man deren "defensive" Eigenschaften lobpreist und der Welt weismacht, wie das Lehrman tut, man habe "edle Absichten".

Das Orakel von Washington singt sein Wiegenlied mit Zahlen und Berechnungen. Und verkündet dann: "Die strate-

gische Selbstverteidigung ist die ideale Form der Rüstungskontrolle... ein Äquivalent zum nuklearen Freeze." Doch selbst einige angesehene US-Militärs meinen, daß eine Rüstungskontrolle unmöglich sei, wenn Waffen im Weltraum stationiert werden. Das Weiße Haus spekuliert ja nur zu gern über diese Frage, so, wenn es behauptet: Die Verifizierung eines Verbots der Satellitenabwehrwaffen sei nicht möglich, und folglich seien auch Vereinbarungen undenkbar. Doch das stimmt nicht. Wenn man Vereinbarungen wirklich will, können Kontrollfragen kein Hindernis sein.

Doch Lehrman und Co. singen weiter ihre Wiegenlieder.

D. MAXIMOW

ALLE ABKNALLEN!"

hoher Gendarmerieoffizier, vertraut mit der Lage in Neukaledonien, "Paris Match" ein Interview. Daß sich die "Pöbner", die Kanaken, zum Kampf für die Unabhängigkeit erhoben haben, ist den Obergendarmen in Rage. Er ist sich zu dem Interview nur unter der Bedingung bereit, daß "seinem Dienstgrad noch der Name hinzugefügt wird".

War er überaus offen. Im Interview ging es darum, daß am 12. Januar aus einem Hinterland ein Kanaken-Führer Ela Machoro ermordet wurde. Sowohl auf der Insel als auch in Frankreich löste diese Bluttat einen Entsetzungssturm aus: Ruft ja Paris verbal zu

einer politischen Regelung auf und verspricht ein Referendum... Der Obergendarm war ebenfalls unzufrieden. Doch aus anderen Gründen: "Jemanden öffentlich umzubringen, ist immer schlecht. Er wird dann zum Märtyrer." Morden müsse man geheim, ohne Zeugen. So aber habe man Machoro getötet, dessen Begleiter aber nicht angerührt. "Man hätte nicht selektiv schießen sollen", meinte der Gendarm. "Man hätte einfach alle abknallen sollen... Verstehen Sie mich?"

Der Obergendarm appellierte an Paris, "nicht den überzeugten Antikolonialisten zu spielen", sondern die Probleme Neukaledoniens mit Brachialgewalt zu lösen.

A. BAGAJEW



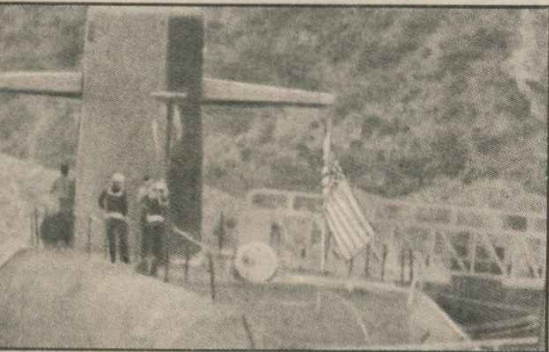
So vollführen die Gendarmen die "politische Regelung" in Neukaledonien

Foto aus: "Paris Match"

PFERDEFUSS

Man denkt gar nicht daran, die nuklearen Objekte zu zerstören, es hat mit niemandem zu tun, die die Verwandlung in ein Nukleararsenal in Portugal sind keine Stationen, werden nicht von Bord mit Kernwaffen an Bord

seinem Territorium. Der Pferdefuß kommt wo anders hervor. Es gibt ein Militärabkommen mit den USA. Und das sieht bekanntlich eine bedeutende Verstärkung der US-Präsenz in Portugal, die Modernisierung der bestehenden und den Bau neuer Militärprojekte auf den Azoren, auf Madeira und auf dem portugiesischen Festland vor. Zudem schließt das Pentagon nicht aus, daß diese Objekte für die



"— diese Erklärung durch den portugiesische Minister Jaime Gama ab.

Ante meinen, die Worte des Ministers müßten bei seinen Leuten Ruhe und Genugtuung bringen. Doch das tun sie nicht, weil der Minister "Details" verschwiegen.

Portugal besitzt tatsächlich mit einer offiziellen Vereinbarung die Stationierung von Atomwaffen, darunter von Atomraketen und Pershings, auf

Lagerung und den Transport von Nuklearwaffen genutzt werden. Washington wird sicherlich früher oder später von seinen "Rechten" Gebrauch machen. Bereits jetzt laufen regelmäßig US-Unterseeboote mit Nuklearwaffen an Bord den Lissaboner Hafen an. Und das beunruhigt die Portugiesen.

W. KOLTSCHIK

Ein nukleares US-Unterseeboot, das der Minister "nicht bemerkte"

Foto aus:

"Diario" (Portugal)

EINE RECHNUNG

Der kanadische Verteidigungsminister Robert Coates bezieht eine besondere Haltung zur Friedensproblematik. Er sorgt sich nicht nur darum, daß die Worte seines amerikanischen Kollegen von einer "starken Verteidigung, die den Frieden garantiert", von den Kanadiern verdaut werden, sondern gibt dieser Absicht auch einen prinzipiell neuen Inhalt. Wie Coates meint, würde eine Steigerung der Verteidigungsausgaben "neue Arbeitsplätze schaffen".

Der Verteidigungsminister berührte ein Thema, das den Kanadiern auf den Nägeln brennt: die wachsende Arbeitslosigkeit. Doch was bewirkt eine Steigerung der Rüstungsausgaben? Doch wohl eine Kürzung der Sozial- und Wirtschaftsprogramme, u. a. der Arbeitslosenunterstützung? Gibt es ja in Kanada 1,5 Millionen Arbeitslose.

Zumindest zeugen die Erfahrungen westlicher Länder davon, daß das Wettüben genau das Gegenteil von dem bewirkt, was Coates verspricht.

J. KNJASEW

VORHANG AMERIKANISCHER MACHART

Der Begriff "eiserner Vorhang" gelangte in den ersten Nachkriegsjahren in den Wortschatz westlicher Politiker. Damals hieß es, dieser "Vorhang" teile West und Ost. Jetzt wird im Westen erneut von einem "eisernen Vorhang" gesprochen. In Nicaragua grenze man sich so angeblich von Nachbarländern ab. Und das mißfällt Washington angeblich so sehr, daß Außenminister Shultz dieser Frage eine besondere Rede widmete. Es sei die "moralische Pflicht" der USA, sagte Shultz, "zu verhindern, daß dieser Zustand als normal angesehen wird". Dafür aber sei es nötig, ... den nikaraguanischen Contras möglichst viel Geld zu bewilligen. Nur die Contras könnten den um Nicaragua gezogenen "eisernen Vorhang" wieder durchlässig machen.

Shultz muß da etwas durcheinandergebracht haben. Als "Vorhang" sieht er offenbar die Verteidigungsstellungen der Sandinistischen Volksarmee an, die den vom Territorium der Nachbarländer Honduras und Kostarika aus agierenden Banden den Weg versperren. Diese Verteidigungsstellungen müssen natürlich Washington reizen, das mit Hilfe der CIA die Contras ausrüstet und drillt. Offenbar gedenkt das Weiße Haus, auch eigene Truppen über die Grenzen Nikaraguas zu schicken. Doch einstweilen wollen die USA Nicaragua isolieren, kreisen es mit feindlich gesinnten Staaten ein, inszenieren subversive Umdriebe gegen das Land. Der "eisernen Vorhang" ist also wieder einmal amerikanischer Konstrukt.

A. BARYSCHEW

Wie die Propagandamaschine
gegen Afghanistan funktioniert
und wer sie schmiert

EIN LÜGENGEWEBE

Wladimir SNEGIRJOW

Die Weltreaktion führt den nichterklärten Krieg gegen Afghanistan weiter. Reichlich mit Waffen, Kriegsgerät und Geld beliefert, bringen die Banden der Mujaheddins auf Weisung von Instrukteuren aus Übersee Tod und Verderben über Städte und Dörfer. Während die bewaffnete Intervention aufgeschaukelt wird, führen die imperialistischen Kreise, vor allem Washington, einen wütenden psychologischen Angriff.

Hintergründe der Diversionen

Der bekannte indische Journalist Goyal schildert in seinem kürzlich erschienenen Buch "Afghanistan hinterm Rauchvorhang" die Rolle, die die westliche Propaganda bei diesem unsauberen Treiben spielt. Er versetzt uns in den April 1978 zurück, als die Welt erfuhr, daß in Kabul eine revolutionäre Regierung zur Macht gekommen war. Anfangs publizierten die westlichen Massenmedien Erklärungen der afghanischen Spitzenpolitiker über die Aufgaben der Revolution, der es obliegt, mit ihrer Innenpolitik dem Sinnen und Trachten des ganzen Volkes zu entsprechen, und die auf der Respektierung des Islam sowie auf demokratischen Grundsätzen beruht; sich außenpolitisch auf die friedliche Koexistenz und Nichtpaktgebundenheit zu orientieren. Aber schon eine Woche nach der Aprilrevolution legten die westlichen Medien, nachdem sie sich von ihrer Bestürzung erholt hatten, mit antisowjetischen Verleumdungen wie "die Hand Moskaus", "die prokommunistische Regierung in Kabul", "der rote Putsch", "ein von dem Sowjetregime kontrolliertes Regime" usw. los. Nun berichteten sie nicht mehr vom Hungerdasein des afghanischen Volkes, sondern daß Afghanistan ein wichtiges strategisches Objekt sei (Gott verhüte, daß es der UdSSR zufällt).

Also schon im Frühjahr 1978 gliederte der Imperialismus neben dem Beginn der Versuche, die nationaldemokratische Revolution mit Waffengewalt abzuwürgen, Afghanistan in seine globale Strategie für den "psychologischen Krieg" ein.

Nachdem die Imperialisten der USA und andere Feinde der fortschrittlichen Wandlungen in Afghanistan den großangelegten nichterklärten Krieg gegen die DRA angezettelt hatten, traf Ende Dezember 1979 auf Ersuchen der afghanischen Regierung und gemäß dem sowjetisch-afghanischen Vertrag vom Dezember 1978 über Freundschaft, gute Nachbarschaft und Zusammenarbeit ein begrenztes sowjetisches Truppenkontingent in Afghanistan ein. Die imperialistische Propaganda benutzte das sofort, um die Verleumdungskampagne, die sowohl die Absichten der UdSSR als auch den Sinn der revolutionären Wandlungen in Afghanistan entstellt, auf Hochtouren zu bringen.

Diese Kampagne geht noch jetzt weiter. Sie steht unter direkter Leitung höchster Washingtoner Instanzen, nicht zuletzt auch des State Department, des Pentagon, der CIA und der wichtigsten Forschungszentralen.

Der US-Präsident unterstützt diese Lügen- und Fälschungskampagne. Bald kündigte er "Afghanistantage" an, bald läßt er im Fernsehen militante Drohungen gegen die afghanische Revolution vom Stapel oder zeigt Häuptlingen von Mujaheddin-Banden im Beisein der Presse ostentativ seine Huld.

Mit dem psychologischen Krieg im Zeichen der "afghanischen Frage" wird folgendes bezweckt. Erstens will man die Aprilrevolution in Afghanistan und den weltweiten revolutionären Prozeß überhaupt in Mißkredit bringen, den nichterklärten Krieg des Imperialismus und der Reaktion gegen die DRA rechtfertigen und die wahren Absichten der USA in Mittelost tarnen; zweitens die UdSSR verleumden und ihre Außenpolitik, die nicht zuletzt auf der Solidarität mit den für ihre nationale und soziale Befreiung kämpfenden Ländern und Völkern fußt, in ein falsches Licht setzen; drittens unter dem Vorwand, einen "sowjetischen Expansionismus" bekämpfen zu müssen, das Wettüben intensivieren, die militärische Präsenz der USA in verschiedenen Weltregionen ausdehnen und die Einmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten fortsetzen.

Im Jahre 1980 strahlte die "Stimme Amerikas" in mehreren Sprachen eine Sensation aus. Unter Berufung auf einen angeblich aus Kabul in Pakistan eingetroffenen "Flüchtling" hieß es, die Mitglieder des Revolutionsrates der DRA hätten einander in einer Sitzung beschossen, wobei "Mitglieder des ZK, auch der zweite Mann in der Regierung, getötet" worden seien. Trotz ihrer Kürze hatte es die Falschmeldung in sich. Sie stellte den Versuch dar, mehrere Fliegen mit einer Klappe zu schlagen. Die Erwähnung eines "Flüchtlings" sollte den Hörern nochmals einhämmern, daß "das Volk die Revolution nicht akzeptiert" habe. Mit dem Hinweis auf eine Schießerei wollte man der Behauptung, daß die Regierung nicht auf festen Füßen stehe, den Anschein der Wahrscheinlichkeit geben und die Regierung in Mißkredit bringen, und schließlich sollte die Falschmeldung vom Tod von ZK-Mitgliedern in Afghanistan Unsicherheit, Nervosität und Panik auslösen.

Die Lüge wurde bald enthüllt, die Lügner aber fuhren unbekümmert fort, regelmäßig namhafte Persönlichkeiten der Republik "ins Jenseits zu befördern".

Vor dem Pentagonkarren

In den Zentralen für ideologische Störkräfte ließ man sich alles Mögliche einfallen, um Millionen in vielen Ländern Falschmeldungen über die Situation in Afghanistan aufzutischen. Westliche Sender redeten der Öffentlichkeit ein, daß in der DRA tschechoslowakische, kubanische und südemenitische Truppen stünden. Schon oft haben sie die Lügenmeldung verbreitet, daß die Mujaheddins Städte wie Kandahar, Herat und Ghazni genommen hätten. Das britische "Sunday Times Magazine" wollte die Leser mit der Nachricht verblüffen, daß "sowjetische Soldaten für ein paar Feindohren 10 Dollar Belohnung" bekämen. Der kanadische Rundfunk stellte die Tatsache auf den Kopf, daß afghanische Waisen in sowjetischen Ferienlagern weilen. Er meldete im vergangenen Sommer: "Hunderte afghanische Kinder sind ihren Eltern entrisen und zur Schulung in den Grundlagern des Marxismus und im Umgang mit Waffen in die UdSSR geschickt worden." Und so geht es endlos weiter.

Die Falschmeldungsindustrie funktioniert nicht sporadisch und systemlos. Das ganze Jahr 1984 über brachten Presse, Funk und Fernsehen der USA bedeutend mehr Publikationen bzw. Programme, in denen die Leser und Zuhörer irgendwie auf den Gedanken gebracht wurden, daß die afghanischen Konterrevolutionäre dürrig bewaffnet und ausgerüstet seien,

daß die "freie Welt" sie vergessen habe, obwohl ihnen machtvolle Truppenteile, Panzer, Geschütze und Flugzeuge gegenüberstünden. In vielen solchen Meldungen wurden die westlichen Regierungen unverblümt aufgefordert, "der Notlage der afghanischen Glaubenskämpfer Rechnung zu tragen". So wurde die Öffentlichkeit unauffällig auf den Ende 1984 gefaßten Beschluß der US-Regierung vorbereitet, den Mujaheddins bedeutend mehr Waffen als bis dahin zu liefern.

Schon das sechste Jahr wird die Lüge verbreitet, daß das sowjetische Kontingent in Afghanistan C-Waffen zum Einsatz bringe. Mit dieser provokatorischen Lüge wollte die Reagan-Administration einerseits die UdSSR verleumdern und andererseits die amerikanischen Vorbereitungen zu einem C-Waffen-Krieg rechtfertigen. Sie entlarvte sich selbst: Die westliche Presse meldete die Stiftung eines 100 000-Dollar-Preises für jenen, der den Beweis erbringe, daß in Afghanistan C-Waffen zum Einsatz kämen. Bisher hat noch niemand die 100 000 Dollar kassiert.

Die Berufung auf "unbestätigte Angaben" ist für die westlichen Fälscher typisch. Sie ermöglicht es ihnen, einen beliebigen Unsinn vorzubringen. So häufen sich seit einiger Zeit bei den Hetzsendern provokatorische Kommentare, die restlos auf "unbestätigten Angaben" über eine angebliche "Sowjetisierung" Afghanistans und über die Absicht beruhen, es der UdSSR einzuverleiben. Aufgrund ebensolcher "unbestätigten Angaben" wurde mitgeteilt, daß die Bevöl-

kerung Afghanistans nach Sibirien abtransportiert und Afghanistan mit sowjetischen Tadshiken besiedelt werde: ferner daß der Rubel neuerdings die offizielle Währung der DRA sei und ähnliche Lügen.

Woher diese kommen, berichtete der westliche Journalist van Lynden im britischen "Guardian" schon im Januar 1983. Man erfährt, daß die Regierungen einiger westlicher Länder ihre Botschaften in New Delhi und Islamabad angewiesen haben, regelmäßig Briefings abzuhalten und die Journalisten "über die Lage in Afghanistan zu informieren". Van Lynden schreibt, daß die Korrespondenten da unverkennbar Desinformationen bekommen, die "gewöhnlich dumm sind". Es ist kein Geheimnis, daß die Verleumdungen und Desinformationen meistens direkt von der CIA stammen.

Vielsagendes Schweigen

Untersucht man das westliche Propagandamaterial, namentlich die Ergüsse der US-Massenmedien, so stellt man noch eine typische Besonderheit der Information über die Vorgänge in Afghanistan fest. Diese Medien bedienen sich eines vielsagenden Schweigens. Nach wie vor schweigen sich jene Presseorgane und Sender, die sich ihrer "Objektivität" und "Informiertheit" rühmen, über die Vorschläge der DRA-Regierung zur politischen Regelung der Situation um Afghanistan und über die sowjetische Stellungnahme zu dieser wichtigen Angelegenheit aus. Deshalb wissen viele im Westen einfach nicht, daß sich die UdSSR wiederholt bereit erklärt

hat, ihre Truppen auf Vereinbarung mit der DRA-Regierung sofort abziehen, wenn die ausländische Einnischung in die afghanischen Angelegenheiten eingestellt und garantiert wird, daß sie sich nicht wiederholen wird.

Mit dem Verschweigen des Standpunkts, den die UdSSR von Anfang an einnahm, daß nämlich ihre militärische Hilfe nur begrenzt und zeitweilig ist, hat die westliche Propaganda Washingtons Interesse an einem Fortdauern des Konflikts und am Fortbestehen des Spannungsherds in dieser Region indirekt bestätigt. "Die USA werden sehr weit gehen, um die afghanische Karte in der Hand zu behalten", meint der indische "National Herald". Mit ihrer Hilfe an die Konterrevolutionäre tun sie das auch.

Die bürgerliche westliche Presse verschweigt ihren Lesern auch die Art der in der DRA vor sich gehenden demokratischen Reformen. Fast nichts schreibt sie über das wahre Wesen der Bodenreform, die den Überbleibseln der feudalen und halbfeudalen Verhältnisse ein Ende machen und Millionen Bauern die Möglichkeit geben soll, aus dem Elend und dem Hungerdasein herauszukommen; über die Bekämpfung des Analphabetentums; über die Schaffung zahlreicher medizinischer Einrichtungen, Kulturstätten und Kinderkrippen und -gärten; über die Befriedigung der sozialen Bedürfnisse verschiedener Volksschichten: der Nomaden, Arbeiter, Händler und Gewerbetreibenden.

Für die Gewaltakte der Konterrevolutionäre an der Zivilbevölkerung zeigt die westliche Propaganda ein eigentümliches Interesse. Was hat z. B. die "Stimme Amerikas" über die kürzlichen Bluttaten der Mujaheddins gesagt — über die Sprengung eines Kinos während der Kindervorstellung, den Raketenbeschuß eines dichtbevölkerten Wohnviertels, den Sabotageakt im Flughafen von Kabul und die Versuche, Passagierflugzeuge abzuschießen? Diese Terrorakte werden kaltschnelzig nur als "neue Freischärler-taktik" bezeichnet. Kein einziges verurteilendes Wort über die Mörder, keine Spur von Mitgefühl mit den Opfern.

In dem schon erwähnten Buch "Afghanistan hinterm Rauchvorhang" hebt Goyal hervor, daß die westlichen Massenmedien jetzt Werkzeug nicht nur im kalten Krieg gegen die UdSSR, sondern auch im nichterklärten Krieg gegen Afghanistan sind. Zugleich stehen sie im Bann ihrer eigenen Lügenmärchen. "Wenn man auch nur einmal eine Lüge gesprochen hat", schreibt Goyal, "braucht man Hunderte von Worten, um sie zu rechtfertigen. Die westliche Propaganda ist in ihr eigenes Netz gegangen. Man kann die ganze Menschheit nicht endlos täuschen. Die Wahrheit kommt bestimmt ans Licht." Das wird aber die Kämpfer für die Wahrheit noch viel Mühe kosten.



Ein von Banditen in der Provinz Logar zerstörtes Krankenhaus und eine in der Provinz Kundus zerstörte Schule (links). Über solche Dinge schweigt sich die westliche Propaganda gern aus

Foto: BAKHTAR--TASS
und des Autors



SHUKOW MARSCHALL

Prof. Nikolai JAKOWLEW

Im Mai 1942 hatte die sowjetische Einsatzarmee 5,1 Millionen Mann, fast 3900 Panzer, 2200 Kampfflugzeuge, 44 900 Geschütze und Granatwerfer. Deutschland mit seinen Satelliten hingegen hatte 6,2 Millionen Mann, 3400 Kampfflugzeuge, über 3000 Panzer, etwa 57 000 Geschütze und Granatwerfer. Es bestand also ein ungefähres Kräftegleichgewicht.

Schwerer Sommer

Mit jedem Monat gelangten mehr Waffen, Ausrüstung und Munition an die Front. Die sowjetische Verteidigungsindustrie hatte die Rüstungswirtschaft Deutschlands bereits spürbar überholt. 1942 erzeugten wir 25 400 Flugzeuge, 24 500 Panzer und 33 100 Geschütze mit einem Kaliber von über 76 mm. Deutschland produzierte bei sich, in den besetzten und verbündeten Ländern 14 700 Flugzeuge, 6100 Panzer und 14 000 Geschütze mit einem Kaliber von über 75 mm.

Der Feind, der die Stärke der russischen Waffen erfahren hatte, war sich über die Veränderung des Kräfteverhältnisses im klaren. Er hoffte, diesen Prozeß durch einen neuen Ansturm von nie dagewesener Stärke und Brutalität zu wenden. Hitlers Befehl vom 5. April 1942 formulierte die entscheidenden Ziele für die Sommeroffensive: Die sowjetische Armee "endgültig zu vernichten" und der UdSSR "nach Möglichkeit" die Rüstungsindustrienzentren zu nehmen.

Obwohl Shukow dessen Inhalt natürlich nicht kennen konnte, verstand er doch: Die Deutschen werden so und nicht anders handeln. Der Generalstab trat dafür ein, das Kräfteverhältnis anfangs durch strategische Verteidigung zu verändern und erst später, im Sommer, zum Angriff überzugehen. Shukow, der dem zustimmte, hielt es für möglich und nötig,

die Offensive schon zum Sommeranfang in der Moskauer strategischen Richtung durchzuführen. Seine Argumente wurden ignoriert. Das Hauptquartier hielt einen gleichzeitigen deutschen Angriff in zwei Richtungen — in der Moskauer Richtung und im Süden — für möglich. Man ging dabei davon aus, daß der entscheidende Schlag trotz allem gegen Moskau geführt würde, und erst einmal stimmte das Hauptquartier dem Vorschlag des Oberkommandos der Südwestrichtung zu, auf dem Südflügel der Front, bei Charkow, anzugreifen. Diese Operation war ein völliger Mißerfolg.

Als Oberbefehlshaber der Westfront bereitete sich Shukow entsprechend der Anweisung des Hauptquartiers darauf vor, dem Feind entgegenzutreten, sollten sich die Hitlerfaschisten wieder gegen die Hauptstadt wenden. Stalin erkundigte sich ständig nach der Lage an der Westfront. Shukow informierte ihn ausführlich und in jeder Hinsicht systematisch. So meldete er am 30. Mai 1942 Stalin:

"Vom 21. bis zum 28.5. wurden von mir persönlich die 5., die 43., die 49., die 50., die 10. und die 16. Armee überprüft. Die Armeen der Front haben im Mai große Arbeit zur Erhöhung der Gefechtsbereitschaft der Truppen geleistet... Die Verteidigung ist in allen Armeen gut organisiert."

Die Westfront stand fest, wurde von strategischen Reserven gestützt, die vor allem in der Zentralrichtung und teilweise im Raum Woronesh aufgestellt waren. Doch gerade das sollte dem Südflügel unserer Front zum Verhängnis werden. "Hätten wir im Hinterland des Südwestabschnitts einige Reservearmeen des Hauptquartiers gehabt hätten", bemerkte Shukow bitter, "so wäre es im Sommer 1942 nicht zur Katastrophe an diesem Abschnitt gekommen."

Als am 28. Juni ein wahres Höllengetöse einsetzte — der Feind griff im Süden, mit Ausnahme der Richtung Woronesh an —, hatten wir keine Kräfte, mit denen wir unsere schwergetroffene schwache Front hätten unterstützen können. In eine 300

km breite Bresche drangen deutsche Panzer- und motorisierte Divisionen ein. Sie wurden von Generalen geführt, die darauf brannten, Revanche für die Niederlagen vom Winter zu nehmen, und die panische Angst vor dem Führer hatten. Ohne Rücksicht auf Verluste trieben sie die Truppen voran. Es war, als sei ein Damm gebrochen...

Im Juli hatte die Westfront auf Befehl Stalins einige kleinere Angriffsoperationen geführt, um die Reserven des Feindes zu binden und ihre Verlegung nach Stalingrad und in den Kaukasus zu verhindern. Unsere erste große Sommeroffensive!

Gekämpft werden mußte in walddreichem, mancherorts versumpftem Gelände mit kleineren, doch wasserreichen Flüssen. Mit dem Beginn der Operation setzte anhaltender Regen ein, der die einzigen — unbefestigten — Straßen fast unpassierbar machte.

Shukow wollte wie stets die volle Überraschung sicherstellen. Aus einem Befehl Shukows, des Oberbefehlshabers der Westfront, vom 10. Juli 1942:

"Besondere Aufmerksamkeit ist auf die Geheimhaltung der Vorbereitung, den Überraschungsfaktor und die Schnelligkeit des Schlages, auf die Vorbereitung des Artilleriefeuers gegen die Ziele und die Abriegelung der Flügel der Nahtstellen sowie auf ein präzises Zusammenwirken zu richten... Die gesamte Vorbereitung hat persönlich zu erfolgen, ohne irgendwelche schriftlichen Befehle."

Die Irreführung des Gegners bewährte sich. Als nach dem halbjährigen Stellungskrieg schließlich die Artillerie voll zum Einsatz kam, gingen Tausende Tonnen Stahl auf die Stellungen der völlig ahnungslosen Hitlerfaschisten nieder.

Erstmals im Krieg mußten wir eine so starke Verteidigung des Feindes stürmen. Shukow verlangte die sorgfältigste Vorbereitung der Operation angesichts der deutschen Taktik des Verteidigungsgefechts. Er erläuterte "allen Kommandeuren" im Befehl vom 12. Juli, daß der Gegner jetzt seine Gefechtsordnungen tiefgestaffelt anordnet, da die Hitler-

Fortsetzung. Anfang s. NZ 7, 9

faschisten bereits wiederholt die vernichtende Stärke der sowjetischen Artillerie erfahren haben.

"Der tiefgestaffelten Verteidigung und den Gegenangriffen des Feindes muß mit einer tiefgestaffelten Gefechtsordnung begegnet werden", schlußfolgerte Shukow und erläuterte ausführlich, wie das zu geschehen habe:

Beim Angriff setzen sich die Voraussetzungen in den eroberten Punkten fest, "doch damit der Angriff nicht gebremst und das Angriffstempo unserer Gefechtsordnung nicht nachläßt, muß die zweite Staffel der Truppen unverzüglich und gezielt angreifen, wobei sie die erste Staffel überrollt... Besondere Aufmerksamkeit muß der Verhinderung von Gegenangriffen des Feindes in die Flanke gelten. Um Panzer des Feindes, die zum Gegenangriff gegen unsere Gefechtsordnung übergehen, abzuwehren, müssen zusammen mit dieser stets die Panzerabwehrsysteme, die Panzerjägereinheiten und einzelne Panzerabwehrgeschütze der Bataillons- und Regimentsartillerie angreifen. Hierfür sind auch einzelne unserer Panzer einzusetzen, die die Panzer des Gegners aus dem Stand, vor allem aus dem Hinterhalt, unter Beschuß nehmen müssen...

Die Unaufmerksamkeit und die Schnelligkeit der Operationen im überschlagenden Einsatz unserer Gefechtsordnung müssen unseren angreifenden Verbänden und Einheiten den Erfolg sichern. Diese Anweisungen sind allen Kommandeuren zu erläutern, und ihre Ausführung ist zu verlangen."

Dieser Befehl wie viele andere zeigen Shukow als Meister der Kriegskunst, der seine Erfahrungen aus dem Krieg selbst gewinnt. Die Vorbereitung der Truppen auf die Offensive beschränkte sich natürlich nicht auf den Befehl, sondern es wurde eine Bilanz der intensiven Feldübungen, der Stabskriegsspiele und der operativen Beratungen gezogen. Eben dabei übten die sowjetischen Truppen die

von Shukow vorgeschlagene Taktik eines Durchbruchs der tiefgestaffelten deutschen Verteidigung.

Auf dem linken Flügel der Front griffen drei Armeen in Richtung Brjansk, auf dem rechten Flügel die verstärkte 20. Armee gemeinsam mit der benachbarten Kalininer Front an, um die feindliche Gruppierung im Raum Rshew zu zerschlagen. Ein überaus harter Kampf von etwa einem Monat mit schwersten Verlusten entbrannte. Bei Rshew konnten wir uns bis dicht an die Stadt vorkämpfen. Um unseren breiten Durchbruch zu verhindern, warf die 9. deutsche Armee Panzer- und Infanteriedivisionen, die nach Süden verlegt werden sollten, in die Schlacht.

Bereits zu Beginn der Operation verlegte Shukow den Gefechtsstand der Westfront dicht an die Ortschaft Pogoreloje Gorodistsche, nur einige Kilometer vom Schauplatz der härtesten Kämpfe entfernt. Er stellte höchste Anforderungen an die Truppen. Der Feind erkannte, daß wir mit nicht sehr großen Kräften angriffen. Nachrichten aus dem Süden ermunterten die Hitlerfaschisten. Dort näherte sich die Wehrmacht dem Kaukasus und der Wolga. Hier aber, tief in den Wäldern, vertrieben Russen Deutsche aus Schützengräben, in denen sie sich in einem halben Jahr Stellungskrieg eingerichtet hatten, und setzten ihnen immer mehr zu.

Fiasco der Operation "Wirbelwind"

Das Oberkommando der 9. Armee zog zwei Panzerkorps, 700 Panzer, zur Durchbruchsstelle. Am 9. und 10. August kam es auf sehr begrenztem Raum zu einer Panzerbegegnungsschlacht. Shukow, der den Gegenschlag vorhergesehen hatte, konzentrierte unweit 800 Panzer, die er ins Gefecht führte. Der Feind wählte sich

schon dem Sieg nahe, erlitt aber eine schwere Niederlage.

Die Vernichtungsschlacht ging weiter. Wie durch den Fleischwolf wurden immer neue deutsche Divisionen gedreht; die dichten Wälder, durch Artilleriefeuer und Bombardierungen stark gelichtet, waren voller toter deutscher Soldaten.

In diesen Kämpfen ließen die Hitlerfaschisten, die eine schwere Niederlage an der Front erlitten hatten, ihre Wut an der Zivilbevölkerung aus. Am 22. Juli hielt es Shukow für erforderlich, Stalin über die unerhörten Greueltaten der Hitlerfaschisten zu informieren:

"Von einem deutschen Strafrupp wurde das Dorf Krasniza niedergebrannt, alle Einwohner erschossen, 600 Menschen ermordet und 146 verletzt. Die Arbeitersiedlung Wstremka wurde eingeeäschert. Dieses Verbrechen wurde wegen Verbindung zu Partisanen verübt."

Shukow, der die Kämpfe bei Rshew leitete, ließ keine Minute den südlichen Frontabschnitt aus den Augen. Dort entstand eine gefährliche Lage. Einen Tag nach der Niederlage der deutschen Panzerkorps bei Rshew leitete die 2. Panzerarmee auf Hitlers Befehl bei Suchinitschi die Operation "Wirbelwind" ein. Sie scheiterte, und die Hitlerfaschisten erlitten auch hier eine beispiellose Niederlage.

Shukow meldete sehr befriedigt und stolz am 21. August an Stalin:

"Nach den erfolglosen Versuchen, unsere Front in Richtung Dregowo-Koselsk zu durchbrechen, hat der Gegner seine Hauptanstrengungen in Richtung Suchinitschi verlagert. Am 19. und 20. 8. 42 griff der Gegner mit Infanterie und Panzern an. Die 16. Armee und das 9. Panzerkorps wehrten alle Angriffe des Gegners ab... Bei den Kämpfen verlor der Gegner bis zu 300 Panzern sowie 25 000 bis 30 000 Soldaten und Offiziere. Unsere Truppen kämpften sehr mutig."

Der Feind war abgewehrt, also durfte man ihm keine Atempause geben, mußte man alles tun, um ihn endgültig zu zerschlagen!

"Die Einheiten sind angriffsbereit. Die Artillerie ist noch nicht vollständig eingetroffen. Die Eisenbahn hat den Transport nicht bewältigt. Ich beschloß, ohne die beiden letzten Artillerieregimenter abzuwarten, den Gegner am Morgen des 22. 8. anzugreifen, da weiteres Abwarten gefährlich ist."

Die Truppen der Westfront unter Shukows Kommando fügten der Heeresgruppe Mitte schwerste Verluste zu, obgleich ihr bei den Kämpfen zusätzlich 12 Divisionen, darunter einige aus dem Süden, unterstellt wurden!

Damals konnte Shukow nicht wissen, wie Deutschlands oberste Führung die Schlacht im August 1942 bei Rshew und bei Suchinitschi einschätzte. Als Hitler nach dem 9. und 10. August befahl, den

Die Verteidiger Stalingrads kämpften um jedes Haus, um jeden Fußbreit Heimaterde



"Wirbelwind" gegen unsere Truppen zu entfesseln, protestierte der Befehlshaber der Heeresgruppe Mitte, Feldmarschall von Kluge, — man müsse die für ihn vorgesehenen Divisionen, 500 Panzer, zur "Rettung" der 9. Armee bei Rshew einsetzen. Man müsse sich zumindest verteidigen, doch einen Angriff dürfe man nicht wagen. Doch Hitler blieb da taub. Da rief Kluge pathetisch aus: "Dann, mein Führer, tragen Sie die Verantwortung!"

Models 9. Armee bei Rshew verblutete bereits. Hitler warf dorthin die motorisierte Division "Großdeutschland", die aus der Heeresgruppe A abgezogen wurde. Doch auf einer stürmischen Generalstabsitzung am 24. August verlangte Halder, Model den Rückzug zu erlauben, da die 9. Armee derartige Verluste nicht hinnehmen konnte. So wurden in einem Regiment in einer Woche 8 Kommandeure abgelöst. "Ich verlange, daß meine Generale nicht weniger fest sind als die Soldaten!" schrie Hitler. Erstmals in seiner gesamten Dienstzeit verlor Halder die Beherrschung: "Ich bin fest, mein Führer, doch dort sterben unsere großartigen Soldaten und Leutnants zu Tausenden."

Hitler lief rot an vor Wut, beschimpfte seinen Generalstabschef aufs gemeinste. Halders Tage als Generalstabschef waren nun gezählt. Sie alle, auch der Führer, hatten Angst einzugestehen, daß die Stärke der Roten Armee zunimmt.

Die Wehrmacht hatte eine vernichtende Niederlage zu einer Zeit erlitten, als es schien, Deutschland stehe auf dem Höhepunkt seiner Macht — die Hitlerfaschisten stießen gerade in diesen Tagen bis an die Wolga und nach Stalingrad vor und erreichten den Kaukasus.

Am 27. August wurde der Gefechtsstand bei Pogoreloje Gorodistsche aus Moskau angerufen. Stalins Sekretär Alexander Poskrebschew teilte Shukow mit, das Staatliche Verteidigungskomitee habe am Vortage beschlossen, ihn zum Stellvertreter des Obersten Befehlshabers zu ernennen. Shukows neuer Erfolg wurde gebührend gewürdigt. Wenig später rief Stalin an und sagte: "Sie müssen so schnell wie möglich ins Hauptquartier kommen."

Vor Stalingrad

Am Morgen des 29. August 1942 flog Shukow auf Befehl Stalins vom Zentralen Moskauer Flugplatz nach Stalingrad ab. Er war sich dessen bewußt, daß man ihn an den eigentlichen Brennpunkt der sowjetisch-deutschen Front, wo die entscheidende Schlacht stattfinden sollte, geschickt hatte. Daß der Feind die Wolga erreicht hatte — darin sah Shukow am wenigsten die Schuld der Kommandeure dort, obgleich natürlich nicht alle, wie er meinte, den Anforderungen entsprachen. Er wußte, daß die 6. deutsche Armee, die Elitetruppe der Wehrmacht, nach Stalingrad vorrückte. Sie hatte sich 1940 in

den Westfeldzügen "bewährt" und war von ihrer Unbesiegbarkeit fest überzeugt. Ihre Soldaten und Offiziere kannten keine Niederlagen.

Doch so stark der Gegner auch sein mochte, es galt, ihn aufzuhalten und vernichtend zu schlagen.

Vor allem durfte man endlich nicht mehr vor dem Feind zurückweichen. Am 31. August erging an den Befehlshaber der 62. Armee, Generalleutnant Lopatin, die Anweisung:

"Armeegeneral Shukow hat Ihnen befohlen, zu berichten, warum es immer noch vorkommt, daß sich Einheiten der 62.



Straßenkämpfe in Stalingrad

Armee ohne Befehl des Kommandeurs zurückziehen."

Shukow hatte es eilig, zur Truppe zu kommen. An Ort und Stelle informierte er sich über die Lage. Shukow erinnerte sich an das Gespräch mit Stalin in Moskau und immer wieder trieb er zur Eile an. Am 3. September um 12.35 traf in Moskau ein Telegramm des Heerführers ein, das wahrscheinlich verspätet weitergeleitet wurde — Shukow befand sich fern von einer Nachrichtenstelle: "Ich bitte, Genossen Stalin und dem Kriegsrat der Front folgendes zu übermitteln... Der Plan einer Offensive ist detailliert ausgearbeitet, ich hatte Kommandeure aller Verbände zu einem persönlichen Gespräch und für diesbezügliche Erläuterungen bei mir. Der Angriff wurde auf den 2.9. 10 Uhr, festgesetzt. Ich befürchte nur, daß es die Einheiten nicht schaffen werden, die Ausgangsstellung zu erreichen, daß Treibstoff und Munition nicht rechtzeitig herangeschafft werden können."

Während diese Meldung Shukows im Hauptquartier studiert wurde, hatte er aus seiner Machtkompetenz heraus bereits

den Angriff auf den 3. September verlegt. Da traf ein neues Telegramm aus dem Hauptquartier ein:

"Die Lage bei Stalingrad hat sich verschlechtert. Der Gegner steht etwa 3 Kilometer vor der Stadt. Stalingrad kann heute oder morgen genommen werden, wenn die nördliche Gruppe nicht sofort Hilfe leistet. Verlangen Sie von den Befehlshabern der Truppen nördlich und nordwestlich von Stalingrad, daß sie unverzüglich losschlagen und den Stalingradern zu Hilfe eilen. Jede Verzögerung ist unzulässig und wäre ein Verbrechen..."

Der Befehl war von Stalin unterzeichnet.

Ein Befehl in selten scharfem Ton. Shukow rief sogleich den Obersten Befehlshaber an. Man könne den Truppen befehlen, mit Morgengrauen anzugreifen, meldete er Stalin. Als Shukow das sagte, war er in Gedanken bei der abgekämpften Infanterie, die es kaum geschafft hatte, kleine Gräben auszuheben, die der Feind nun mit Geschossen und Granaten belegte. Sie werde sich, dem Befehl gehorchend, zum Angriff erheben und in der völlig flachen Steppe in den sicheren Tod gehen, doch vergeblich. Die Artillerie werde den Angriff nicht unterstützen können: Geschosse und Panzer seien noch unterwegs. Shukow setzte durch, daß der Beginn der Offensive verschoben wurde.

Vom 5. bis 11. September stürmten drei unserer Armeen gegen die feindlichen Stellungen an, und die Schützendivisionen gingen direkt nach einem Marsch von 50 km zum Angriff über. Unter sehr großen Verlusten eroberten wir nur wenige Kilometer. Mehr war nicht zu erreichen. Stalin aber verlangte aus Moskau, weiter anzugreifen! "Es ist Ihre Hauptaufgabe, möglichst viele gegnerische Kräfte von Stalingrad abziehen."

Gegen Ende des zehnten Tages der ununterbrochenen Schlacht, am 12.9., richtete Shukow eine Art Schlußbericht an das Hauptquartier:

"Die begonnene Offensive der 1., der 24. und der 66. Armee stellen wir nicht ein und führen sie beharrlich weiter. An dieser Offensive nehmen, wie wir Ihnen gemeldet haben, alle vorhandenen Kräfte und Mittel teil. Die Vereinigung mit Stalingrad konnte deshalb nicht erreicht werden, weil wir uns bei der Artillerie und den Luftstreitkräften schwächer als der Gegner erwiesen..."

... Heute sind unsere angreifenden Einheiten ebenso wie an den vorhergehenden Tagen nur unbedeutend vorgekommen und erlitten große Verluste durch Artillerie und Luftwaffe, doch wir halten es für ausgeschlossen, die Offensive zu stoppen, da das dem Gegner freie Hand für Operationen gegen Stalingrad geben würde. Wir fühlen uns verpflichtet, selbst unter diesen schweren Bedingungen die

Offensive fortzusetzen und den Gegner, der nicht geringere Verluste als wir hinnehmen muß, zu vernichten, gleichzeitig aber werden wir einen besser vorbereiteten und stärkeren Schlag führen." b

Wahrscheinlich erinnerte sich Shukow an seine letzte Inspektionsreise, als er schlußfolgerte, es sei unmöglich, die Verteidigung des Feindes zu durchbrechen und sich so mit der 62. Armee zu vereinigen. Shukow ordnete an:

"Die Gefechtsaufnahme der Armeen, nach Einheitheit und ohne Verstärkungsmittel, ermöglicht uns nicht, die Verteidigung des Gegners zu durchbrechen und uns mit den Stalingrader zu vereinigen, doch dafür hätte unser schneller Schlag den Gegner gezwungen, seine Hauptkräfte von Stalingrad gegen unsere Gruppierung zu werfen, was die Lage der Verteidiger der Stadt erleichterte, die sonst vom Gegner genommen würde. Keine anderen, dem Hauptquartier nicht bekannten Aufgaben haben wir uns gestellt."

Der letzte Satz wirft ein Schlaglicht auf die starke innere Anspannung, der Shukow in dieser Zeit ausgesetzt war. Offenbar hatte das Hauptquartier diese Meldung noch nicht erhalten und dechiffriert, denn Shukow wurde nach Moskau beordert.

Am 12. September berichteten Shukow und Wassilewski, der kurz zuvor zum Chef des Generalstabes ernannt worden war, Stalin über die Lage im Kaukasus und bei Stalingrad. Sie gingen alle nur möglichen Varianten durch und formulierten die Schlußfolgerung. Bei der Offensive im Süden hatte das Oberkommando Wehrmacht die Initiative übernommen, wir wehrten nur die Angriffe des Feindes ab... Wie aber konnten wir ihm unseren Willen aufzwingen? Wieder mit der stärksten Gruppierung zusammenstoßen, erneut die Flügel angreifen — der 6. Armee von Paulus und Hoths 4. Panzerarmee, die gegen Stalingrad drängten? Das wäre sinnlos. Unweit der Stadt lagen starke feindliche Verbände. Doch diese Gruppierung ist die Spitze eines riesigen Keils. Seine Seiten waren Hunderte von Kilometern lang, wo rumänische, ungarische und italienische Einheiten standen. Es verlangte die Soldaten der Satellitenstaaten Deutschlands nicht, sich für die Hitlerfaschisten aufzuopfern. Folglich müßte man gerade hier angreifen.

Womit aber? Im Oktober würde die Bildung neuer Reservearmeen des Hauptquartiers abgeschlossen. Im November könnten sie gegen die Flügel der feindlichen Gruppierung eingesetzt werden. Doch ein Erfolg ist nur dann möglich, wenn sich Stalingrad solange verteidigt, wie es für die Vorbereitung der Operation erforderlich ist.

Am Abend des 13. September kommen Shukow und Wassilewski mit Karten und

Berechnungen erneut ins Arbeitszimmer des Obersten Befehlshabers. Stalin studierte aufmerksam den Plan. Er stellte genaue Fragen: Vor allem, ob die Kräfte für die geplante große Operation reichen? Dann, ob man sich nicht besser auf einen Schlag von Nord nach Süd und von Süd nach Nord entlang des Don beschränken solle. Shukow erklärte, dies werde nicht mehr sein als eine Wiederholung der erfolglosen Kämpfe von Anfang September. Paulus und Hoth würden sogleich einige Panzerdivisionen aus der Stadt abziehen und erneut unseren Schlag parieren. Und ob man, fragte der Oberste Befehlshaber wiederholt, mit den Stoßgruppierungen nicht zu weit aushole? Shukow und Wassilewski erläuterten erneut, daß die Operation in zwei Etappen ablaufen werde. Auf der ersten sollte die Verteidigung des Feindes durchbrochen, seine Stalingrader Gruppierung eingeschlossen und eine feste äußere Verteidigungsfront geschaffen werden, die alle Versuche der Hitlerfaschisten, zu Hilfe zu kommen, abwehren werde. Auf der zweiten Etappe sollten dann die eingekesselten Verbände vernichtet werden. Die Vorbereitung dieser Operation wurde beschlossen.

"Das Erörterte darf außer uns dreien einstweilen niemand wissen", sagte Stalin.

Zwei Monate vor der Schlacht

In den zwei Monaten nach dem 13. September hatte Shukow nur das eine Ziel. Er kannte keine Ruhe, bereitete die Gegenoffensive vor. Doch gleichzeitig mußte er tagtäglich die Schläge des Feindes zurückweisen. Das Hauptquartier war mit dem Oberbefehlshaber der Stalingrader Front, General Gordow, nicht zufrieden. Wie Shukow meinte, war Gordow daran schuld, daß er keinen normalen Draht zum Stab und zu den Kommandeuren hatte. Auf Stalins Frage, wer auf diesen verantwortungsvollen Posten berufen werden sollte, antwortete Shukow ohne zu zögern: Konstantin Rokossowski.

Am 30. September hatte Rokossowski das Oberkommando der Donfront (so war die Stalingrader Front umbenannt worden) übernommen. Shukow war in Stäben und Truppen sowohl dieser Front als auch der gegen Ende Oktober nördlich der Südwestfront Watutins geschaffenen tätig. Beide, Rokossowski wie Watutin, waren willensstarke Heerführer. Sie kannten den Dienst und, als sie Oberbefehlshaber wurden, waren sie über ihre Posten und Rechte im klaren.

Bisweilen war die Lage Shukows, des Stellvertreters des Obersten Befehlshabers, kompliziert. Die Donfront band weiterhin bedeutende Kräfte des Feindes. Sie griff an, doch erfolglos. Wie oft wollte

Shukow eingreifen, doch er hielt sich zurück und gab nur in Notfällen Kostja, wie er Rokossowski von Jugend an nannte, taktische Ratschläge.

Zu dieser Zeit waren direkte Befehle Shukows an der Front eine Seltenheit und wurden nur in äußersten Fällen erteilt. So Anfang Oktober. Der Befehlshaber der Fernfliegerkräfte (FFK), Golowanow, erhielt eine Anweisung aus dem Stab der Luftstreitkräfte:

"Shukow hat in der Nacht zum 2. 10. 42 den FFK befohlen:

1. Die Fliegerkräfte des Gegners auf dem Flugplatz Obliwskaja zu vernichten...

2. Die Bomber des Gegners auf dem Flugplatz Morosowski zu zerstören.

3. Den Nachschub zu unterbinden: durch die Bombardierung des Eisenbahnknotenpunktes und der Wagen auf der Station Lichaja...

Genosse Shukow meint: In der Stalingrader Richtung operieren nur sehr wenige Flugzeuge."

Weitaus nicht alle verstanden damals Shukows Verhalten, der bisweilen als reiner Beobachter erschien. "Warum ist Shukow eigentlich an der Front?", fragte man sich in den Stäben. "Warum rekonstruiert er, verbringt er Stunden an der vordersten Linie? Ähnliche Fragen wurden zweifelsohne auch zur Anwesenheit von Generalstabschef Wassilewski in



Generalfeldmarschall Paulus, der gefangene Befehlshaber der 6. Armee

den Truppen der Stalingrader Front, wie die Südostfront nun genannt wurde, gestellt.

Durch keine Anspielung gaben Shukow und Wassilewski zu verstehen, daß sie die Details einer künftigen Großoperation ausarbeiteten. Beide, Shukow und Wassilewski, erinnerten sich an Stalins kategorischen Befehl, selbst die Mitglieder des Staatlichen Verteidigungskomitees nichts über die Vorbereitung der Gegenoffensive zu informieren.

Das Kräfteverhältnis in der Stalingrader Richtung war zu jenem Zeitpunkt wie folgt: auf sowjetischer Seite 1 103 000 Mann, 15 501 Geschütze und Granatwerfer, 1463 Panzer und 1350 Flugzeuge; bei den Hitlerfaschisten 1 011 000 Mann, 10 290 Geschütze und Granatwerfer, 675 Panzer und 1216 Flugzeuge. Unsere Überlegenheit war unbedeutend, und so mußte militärisches Können das Schicksal der großen Operation entscheiden.

Am 3. Oktober 1942 trat das Plenum des Stalingrader Gebietskomitees der KPdSU(B) zusammen. "Die Begegnung der Genossen aus Partei- und Staatsapparat war bewegend", erinnerte sich der Sekretär des Stalingrader Gebiets- und Stadtkomitees der KPdSU(B), A. Tschujanow. "Viele waren unter Lebensgefahr zum Plenum gekommen, doch niemand hatte Angst. Todesverachtung wurde zur Verhaltensnorm der Parteiarbeiter." In einer einstimmig angenommenen Resolution hieß es: "... Die Parteiorganisationen des Gebiets Stalingrad machen in diesen schweren, angespannten Tagen der heroischen Kämpfe um Stalingrad eine Generalüberprüfung ihrer Kampffähigkeit durch, ihres Vermögens, die Massen zur Lösung der wichtigsten militärischen und wirtschaftlichen Aufgaben unseres Gebiets zu mobilisieren." Das Plenum des Gebietskomitees appellierte an alle Kommunisten, Arbeiter, Kolchosbauern und die Intelligenz, eiserne Disziplin, Organisiertheit und Standfestigkeit im tödlichen Kampf mit dem heimtückischen Feind zu bewahren.

Shukow führte in den letzten beiden Wochen vor der Offensive eine Reihe von Beratungen mit Generalen der Front durch, um deren Aufgaben zu konkretisieren. Er überprüfte gründlichst sowohl die Gefechtsbereitschaft der Truppen als auch deren Versorgung mit Munition, Treibstoff und Winterbekleidung. Die dabei ermittelten Unzulänglichkeiten veranlaßten ihn, das Hauptquartier mehrmals zu bitten, den Tag des Beginns der Offensive zu verschieben! Stalin war damit einverstanden. Er beauftragte Shukow und Wassilewski, das Datum der Offensive selbst festzulegen. Der Zeitpunkt wurde für die Südwest- und die Donfront auf den 19. November, für die Stalingrader Front auf den 20. November festgesetzt.

An besagten Tagen griffen sowjetische Verbände unter stärkstem Artilleriefeuer (nicht zufällig begeht die UdSSR gerade am 19. November den Tag der Artillerie) die feindlichen Flügel an. Die historische Schlacht begann.

Im Hauptquartier und an der Kalininer Front

Zu diesem Zeitpunkt war Shukow bereits nicht mehr vor Stalingrad. Stalin

hatte ihn bereits am 17. November von dort abberufen. Am 28. November wurde Shukow, der sich im Stab der Kalininer Front aufhielt und dort die Offensive vorbereitete, von Stalin angerufen, der ihn fragte, wie die eingekesselten deutschen Truppen bei Stalingrad am besten vernichtet werden könnten.

Am 29. November antwortete Shukow Stalin: Auf dieser Etappe sei es am wichtigsten, Paulus' Armee nicht aus dem Kessel herauszulassen. Shukows Überlegungen waren folgende:

"Die eingekesselten deutschen Truppen werden in der augenblicklichen Situation, ohne Einsatz aus dem Raum Nishne-Tschirskaja-Kotelnikowo keinen Ausbruchversuch wagen.

Das deutsche Kommando wird sich bemühen... in kürzester Frist im Raum Nishne-Tschirskaja-Kotelnikowo eine Stoßgruppe zum Durchbruch unserer Front zu konzentrieren...

Um die Vereinigung der feindlichen Gruppierungen von Nishne-Tschirskaja-Kotelnikowo mit der von Stalingrad und die Bildung eines Korridors zu verhindern, ist es notwendig, daß die Kräftegruppen von Nishne-Tschirskaja und Kotelnikowo so schnell wie möglich zurückgeworfen werden und eine starke Verteidigung an der Linie Obliwskaja-Tormossin-Kotelnikowo aufgebaut wird; daß im Raum Nishne-Tschirskaja-Kotelnikowo zwei Panzergruppen mit mindestens je 100 Panzern als Reserve bereitgehalten werden..."

Erst nach der Abwehr des unausweichlichen Schlages von außen, betonte Shukow, könne man mit der Vernichtung der eingekesselten deutschen Verbände bei Stalingrad beginnen, und gab konkrete Ratschläge.

Dieses Dokument wurde am 29. November 1942 an Stalin gerichtet.

Nun zu einem anderen Aspekt: Zu den Plänen des deutschen Generalfeldmarschalls Erich von Manstein, der am 27. November zum Oberbefehlshaber der überstürzt geschaffenen Heeresgruppe Don, die die Eingekesselten befreien sollte, ernannt worden war.

Gerade zu der Zeit, auf den Tag genau, als Shukow zu besagten Schlüssen kam, schlußfolgerte Mansteins Stab: Die 6. Armee könne auf der ersten Etappe nicht mit der Hilfe deutscher Truppen rechnen, selbst wenn es ihr gelingen sollte, die feindliche Einkesselung in südwestlicher Richtung zu durchbrechen... Es war klar, daß eine Armee, die von anderen deutschen Verbänden nicht unterstützt würde, früher oder später erneut vom Gegner in der Steppe gestoppt worden wäre, und das ohne ausreichend Munition, Treibstoff und Proviant! Die Vernichtung der 6. Armee wäre beschlossene

Sache! Der Augenblick, da sich die Armee ohne Hilfe von außen hätte befreien können, war offenbar verpaßt worden.

Mansteins Plan zufolge mußten die Truppen der Dongruppe genau so operieren, wie es Shukow vorhergesehen hatte: "...die Offensive mit den Hauptkräften aus dem Raum Kotelnikowo zu eröffnen." Warum dort? Manstein verwies darauf, daß man dort den Don nicht zu überwinden brauche. Es bestehe auch die Hoffnung, daß der Gegner am wenigsten mit einem solchen Angriff am Ostufer des Don rechnen werde, da angesichts der Frontlage die Konzentration großer Kräfte in diesem Raum für die Deutschen sehr riskant wäre. Deshalb würde der Gegner anfangs nur relativ schwache Kräfte in Richtung auf Kotelnikowo vorziehen.

Sollte aber, so Manstein weiter, die Zahl der gegnerischen Truppen vor Kotelnikowo bedeutend zunehmen, dann wäre durch Befehl folgende Ausweichvariante vorgesehen: die Panzerdivisionen schnell und gedeckt am Westufer des Don nach Norden, zum Don-Tschir-Bereitstellungsraum bei Nishne-Tschirskaja, zu verlegen und den Hauptschlag von dort aus zu führen.

Hitlers Feldmarschall durchdachte die Haupt- und die Ausweichvariante, wobei er nur das eine übersah: Von der Kalininer Front, mehr als 1000 km von Stalingrad entfernt, hatte Shukow zwei Wochen vor der bevorstehenden deutschen Offensive genau aufgezeigt, wo der Feind zu erwarten sei — bei Kotelnikowo und Nishne-Tschirskaja. Telefonisch teilte er seine Einschätzung der möglichen Absichten des Gegners Wassilewski mit, der ihr zustimmte.

Shukow war daran beteiligt, den Plan für die Zerschlagung von Paulus zu Ende auszuarbeiten. Die Pläne, die die Stäbe der Donfront und der Stalingrader Front vorlegten, mißfielen dem Hauptquartier — sahen sie ja keine Verbindung der Haupt- und der Nebenschläge vor, um die eingekesselte Gruppierung zu trennen. Zusammen mit Stalin arbeitete Shukow den Plan um und, von beiden unterzeichnet, wurde eine neue Anweisung für die Kesseloperation erteilt. Shukow stimmte dem Vorschlag zu, eine Front, die Donfront Rokossowskis, mit der Vernichtung der Truppen von Paulus zu befrauen.

Nach Erhalt dieser Anweisungen kurz vor Neujahr 1943 beschleunigte sich die Zerschlagung der feindlichen Gruppierungen bei Stalingrad merklich. Am 2. Februar 1943 kapitulierten die Reste der 330 000 Mann starken deutschen Gruppierung. "Die Schlacht im Raum Stalingrad", schrieb Shukow, "wurde mit äußerster Erbitterung geführt. Ich persönlich könnte sie höchstens mit der Schlacht vor Moskau vergleichen... Die Gesamtverluste des Gegners im Raum Don-Wolga-Stalingrad beliefen sich auf etwa 1,5 Millio-

nen Mann, an die 3500 Panzer und Selbstfahrlafetten, 12 000 Geschütze und Granatwerfer, etwa 3000 Flugzeuge und große Mengen sonstiger Technik."

Der Sieg der sowjetischen Streitkräfte an der Wolga führte die grundlegende Wende sowohl im Großen Vaterländischen Krieg als auch im gesamten zweiten Weltkrieg herbei. Georgi Shukow schrieb: "Hier erwarb ich eine viel größere Praxis in der Organisation einer

Am 12. Januar 1943 griffen die Leningrader und die Wolchowfront auf beiden Seiten des feindlichen Korridores längs des Ladogasees an. Der verzweifelte Widerstand des Feindes war unbeschreiblich — die Hitlerfaschisten erkannten, daß wir für die Befreiung Leningrads aus der Blockade kämpften, was ihre Hoffnungen, die Newastadt zu zerstören, für immer begraben würde. Dem erbitterten Widerstand der Hitler-

Oberkommandos die Namen immer neuer Städte auf, die die Truppen der Woronesher, der Südwest- und der Südfront befreit hatten. Sie griffen in großer Breite — 800 km — an und rückten zusätzlich zu den Erfolgen vom Januar um weitere 150 bis 300 km vor, wobei sie die Faschisten aus Kursk, Belgorod und Rostow vertrieben. Am 16. Februar wurde Charkow von der braunen Pest erlöst.

Man meinte, die an der Wolga begonnene Offensive werde bald auch den Dnepr erreichen. Von größtem Optimismus zeugte allein schon der Name der Operation, die unsere Fronten im Süden einleiteten — "Skatschok" (Sprung). Geplant war die Befreiung des Donezbeckens, die Einnahme der wichtigsten Übersetzstellen über den Dnepr bei Saporoshje und Dnepropetrowsk. Das Kommando der Südwestfront und der Woronesher Front war seit Stalingrad an Siege gewohnt, in ihren Stäben sah man das Kräfteverhältnis optimistisch. Dabei vergaß man, daß die Truppen ausgedünnt und erschöpft waren, daß die rückwärtigen Dienste nicht mitkamen und vor den Fronten schwerste Aufgaben standen. Überdies verstand man in den Stäben nicht gleich, warum der Feind seinen Widerstand verstärkte. Als man das schließlich um den 20. Februar herum bemerkte, hielt man das für Nachhutgefechte, durch die der Rückzug hinter den Dnepr gedeckt werden sollte. Also nur vorwärts, Kühnheit nimmt jede Festung!

Unterdes beschloß Hitler in seinem Größenwahn, Revanche für Stalingrad zu nehmen. Vom Westen her wurden die SS-Divisionen "Adolf Hitler", "Das Reich" und "Totenkopf"; und aus der Heeresgruppe Mitte die Division "Großdeutschland" verlegt. Es hatte sich also die ganze Nazigarde versammelt, ganz zu schweigen von den vielen neuen Einheiten und Verbänden. Am 13. Februar 1943 wurde die Heeresgruppe Don verständlicherweise umbenannt — die zerschlagenen Hitlerfaschisten waren weit von diesem großen Fluß abgedrängt worden. Diese Gruppe, die unter Mansteins Kommando blieb, hieß nun Heeresgruppe Süd, mit dem Stab in Saporoshje. Hitler persönlich trieb Manstein an, Revanche für Stalingrad zu nehmen.

Die Hitlerfaschisten vernahmen Hitlers Botschaft, die in den Einheiten verlesen wurde, stiegen in ihre Panzer und rollten nach Osten. Wütend gingen sie zum Gegenangriff über — in der vollen Gewißheit, schon sehr bald über die vom Führer selbst versprochene "Geheimwatte" zu verfügen.

Leider wurden wir vom Ansturm der SS-Divisionen überrascht. In den Hauptrichtungen tauchten plötzlich 800 Panzer auf, und die Hitlerfaschisten hatten



Diese Aufnahme stammt von Ende Januar 1943

Gegenoffensive als im Jahre 1941 vor Moskau, wo mit den begrenzten Kräften keine Gegenoffensive zur Einschließung der gegnerischen Gruppierung möglich gewesen war."

Für die erfolgreiche Organisation und Leitung der Gegenoffensive bei Stalingrad wurde Shukow u. a., mit dem neugestifteten Suworow-Orden 1. Klasse ausgezeichnet. Der ihm überreichte Orden trug die Nummer 1.

Marschall der Sowjetunion

Noch donnerten die Geschütze in Stalingrad, da erhielt Shukow einen neuen Befehl: sich nach Leningrad zu begeben, um die Anstrengungen zum Durchbruch der Blockade der Heldenstadt zu koordinieren.

Shukow hatte bereits an der Vorbereitung dieser historischen Operation teilgenommen, die die heldenhaften Leningrader, das ganze Sowjetvolk herbeisehten. Frühere Versuche, die Blockade zu durchbrechen, waren noch in ungueter Erinnerung, und Shukow meinte, daß es diesmal keinen Mißerfolg geben dürfe. Die Operation erhielt symbolisch die Bezeichnung "Iskra" ("Funken").

"NEUE ZEIT" 10.85

faschisten setzten unsere Soldaten außerordentlichen Mut entgegen. Am siebenten Tag der pausenlosen Schlacht vereinigten sich die Truppen der Leningrader und der Wolchowfront im Raum der Arbeitersiedlungen Nr. 1 und Nr. 5.

"Ich befand mich zu jener Zeit im Raum der Siedlung Nr. 1", schrieb Georgi Shukow, "und ich sah, wie freudig die Kämpfer der Fronten, die die Blockade durchbrochen hatten, aufeinander zueilten. Trotz des Artilleriefeuers des Gegners aus dem Raum Sinjawinskije Wysoty umarmten die Soldaten einander. Das war eine fürwahr langersehnte Freude."

Am gleichen Tag, dem 18. Januar 1943, verlieh das Präsidium des Obersten Sowjets der UdSSR Georgi Shukow den Rang eines Marschalls der Sowjetunion. Die Nachricht davon erhielt Shukow auf dem Schlachtfeld...

Erneut am Südabschnitt

In der ersten Februarhälfte 1943 tauchten in den Berichten des

2,4mal so viel Flugzeuge wie wir. Unsere Befehlshaber unterschätzten die Entschlossenheit und die Kräfte des Feindes und zögerten mit dem Rückzug — war es ja zu traurig, sich ausgerechnet am 25. Gründungstag der Roten Armee, dem 23. Februar 1943, zurückziehen zu müssen. Erst am 25. Februar beschloß man, die vorgerückten Einheiten zurückzuziehen. Natürlich war das keine besondere Tragödie. "Unser Rückzug löste keine Verwirrung aus. Weder die Ordnung noch die Führung der Truppen wurden gestört, obgleich alle nur schwer von den uns so teuren Städten und Gebieten Abschied nahmen", schrieb später Wassilewski.

Hier wurde die Absicht des Gegners deutlich: Durch seine Offensive über Belgorod nach Kursk durchzudringen; in der Gegenrichtung aber von Orjol aus zu attackieren. Folglich hätten unsere Truppen, die etwa ein Monat zuvor Kursk genommen hatten und nach Westen vorgerückt waren, abgeschnitten werden können. Nach dem 20. Februar wurden die Südwestfront und die Woronesher Front um 100 bis 150 km zurückgenommen und am 14. März wurde Charkow aufgegeben.

Gegen Mittag des 14. März wurde der Gefechtsstand der Nordwestfront aus dem Hauptquartier angerufen. Stalin ließ Shukow in den Krenl kommen. Nach Shukows Ankunft in Moskau wurde er informiert und an die Woronesher Front abkommandiert.

Von da meldete Shukow über direkte Leitung nach Moskau an den Obersten Befehlshaber, die Lage vor Ort sei schlechter, als ihm im Generalstab in Moskau berichtet worden sei. Am bedauerlichsten sei es, daß "die Einheiten des Gegners ohne besonderen Widerstand in der Belgoroder Richtung vorrücken". Shukow sagte, es sei erforderlich, "sofort alles nur Mögliche aus der Reserve des Hauptquartiers und von den Nachbarfronten hierhin zu bringen, sonst würden die Deutschen Belgorod nehmen und den Schlag in der Kursker Richtung weiterführen". Eine Stunde nach dem Gespräch mit Stalin erfuhr Shukow von Wassilewski, daß der Oberste Befehlshaber bereits angeordnet hatte, zwei allgemeine Armeen und eine Panzerarmee in diese Richtung zu verlegen.

Als erste kam die 21. Armee, die aus dem Raum Stalingrad verlegt wurde. Sie wurde im Raum Jelez ausgeladen und erhielt bereits am 11. März den Befehl, sofort nach Kursk und weiter südlich vorzurücken. Man marschierte nur nachts auf Wegen, die unter den Schneemassen kaum zu erkennen waren: Am Tag verbargen sich Menschen, Panzer und Geschütze in Wäldern und Schluchten. Am Morgen des 18. März, als die Armee den Raum südlich von Obojan erreichte, wurde bekannt, daß die Hitlerfaschisten bereits Belgorod erobert hatten. Eine Voraus Einheit der Armee, ein Schützenre-

giment, kam gegen Tagesende mit dem Gegner in Berührung und stoppte dessen weiteren Vormarsch. Die herbeigeeilte 52. Gardedivision hatte die Straße nach Obojan fest im Griff, und an ihren Flügeln entfalteten sich zwei weitere Divisionen. Der feindliche Angriff scheiterte an ihnen — den SS-Leuten traten Soldaten Stalingrads entgegen. Die Hitlerfaschisten überhäuften unsere Stellungen mit Flugblättern, in denen sie drohten, die Stalingrader, die 21. Armee bis zum letzten Mann abzuschlachten. Die sowjetischen Soldaten in den eiligst ausgehobenen Gräben konnten da nur lachen; auch Shukow konnte ein Lächeln nicht verbergen.

Am 20. März zeichnete Shukow direkt in den Stellungen Soldaten und Offiziere aus, die sich besonders hervorgetan hatten. Sie schauten ihm ruhig in die Augen und bedankten sich für die Auszeichnungen. In Stalingrad war es schwerer gewesen. Shukow freute sich: Auf diese Kämpfer konnte man sich verlassen. Der Oberbefehl über die Woronesher Front wurde von Watutin übernommen. Bis Ende März versuchte der Feind, die Offensive wieder zu eröffnen, doch er kam keinen Schritt voran. Außer Gefecht gesetzte feindliche Panzer markierten wie Wegweiser den Rückzug der Hitlerfaschisten.

Es war nicht Shukows Art, nachtragend zu sein. Doch als sich die Front stabilisiert hatte, sagte er wiederholt deutlich seine Meinung über die "Lumpen", die den Rückzug der siegreichen Truppen zugelassen hatten.

Anfang April 1943, nach der entschiedenen Abwehr der Hitlerfaschisten an der Straße bei Obojan, bildete sich nördlich von Belgorod eine Pattsituation heraus. Shukow sann über Mittel und Wege nach, den Feind zu zerschlagen.

Da kam es zu einer weiteren Komplikation. Watutin, der den Oberbefehl über die Woronesher Front übernommen hatte, schrieb Shukow, habe "mit der ihm eigenen Energie die Festigung der Front und die Schaffung einer tiefgestaffelten Verteidigung in Angriff genommen". Das war sehr gut. Doch zugleich versuchte er zusammen mit dem Mitglied des Kriegsrates der Front, Chruschtschow, das Hauptquartier recht intensiv davon zu überzeugen, daß die Hitlerfaschisten unbedingt die Offensive wiederaufnehmen würden und es deshalb besser sei, einen Präventivschlag in der Richtung Belgorod—Charkow zu führen.

Shukow wußte sehr wohl, wie aufmerksam Stalin die Vorschläge der Fronten studierte. Als Vertreter des Hauptquartiers vor Ort verfügte er über die gleiche Information, wie das Kommando der Woronesher Front. Doch er zog einen ganz anderen Schluß für unsere künftigen Operationen.

(Fortsetzung folgt)

Der Inhalt des Sammelbandes, der hier besprochen werden soll", mutet wie das Gespräch zweier Autoren an. Der eine stellt Betrachtungen über die Nachkriegswelt an und schildert seine Eindrücke von Auslandsreisen der letzten Jahre, der andere berichtet über den Krieg. Der erste ist Lew Tolkunow, ein erfahrener Publizist und Staatsmann, Vorsitzender des Unions sowjets des Obersten Sowjets der UdSSR, der andere ist Lew Tolkunow, ein beginnender Reporter der "Prawda", der mit Stäben und Truppenteilen den Großen Vaterländischen Krieg mitmachte.

In einem Buch, das kurz vor dem 40. Jahrestag des epochalen Sieges über den Faschismus erscheint, ist dieser Aufbau logisch und berechtigt. Der Verfasser betrachtet die vier Kriegsjahre als die wichtigsten seines Lebens. Er ist überzeugt, daß sie ihm deshalb so teuer sind, weil sie für sein Heimatland die bedeutsamsten und schwersten waren.

Als der 22jährige Tolkunow Kriegsberichterstatter der "Prawda" wurde, verlief die Front vor den Toren Moskaus. Von der Redaktion aus erreichte er die vorderste Stellung in Minuten. Der Weg zum Sieg kostete Jahre. Kurz vor Anbruch des Jahres 1942 wurden die Faschisten zurückgeschlagen, und im Notizblock des Berichterstatters schienen neue Fronten auf: die Kalininer, die Nordwest-, die Stalingrader, Brjansker, 4. Ukrainische und 2. Belorussische Front. Tolkunow wird Augenzeuge und Chronist der blutigen Schlachten südwestlich Stalingrads, der Winteroffensive von 1943 am Unterlauf des Don, der Befreiung Rostows und der riesigen Schlacht am Orjol—Kursker Bogen, bei der sich auf beiden Seiten über 4 Millionen Mann gegenüberstanden. Er sah, wie die Krim befreit, wie die Offensive in Belorußland eingeleitet wurde. Aus dem befreiten Minsk schrieb er an die Redaktion: "Nur ein paar Häuser sind übrig, überall nichts als Ruinen. Ein erschütternder Anblick. Die Nazis haben das Zentrum und das Bahnhofsviertel bis auf die Grundfesten zerstört." Tausende sowjetische Städte und Dörfer, durch die sich der Krieg wälzte, lagen in Schutt und Asche. Unser Volk trug unter unglaublich schweren Opfern die Hauptlasten des Kampfes gegen den Faschismus. Und es hat gesiegt.

Mit der Befreiung Belorußlands begann der vierte heiße Kriegssommer. Bis dahin hatten die sowjetischen Truppen an

*Lew Tolkunow, "Glowny urok", Moskau, "Iswestija", 1984

DIE PFLICHT, NICHT ZU VERGESSEN



einigen Abschnitten bereits die Staatsgrenze der UdSSR erreicht. Im Süden waren sie in Rumänien einmarschiert und befreiten Millionen aus der faschistischen Knechtschaft. Die Siege der Roten Armee ermutigten viele Völker Europas zum Freiheitskampf. Mit eiserner Faust packten sie Hitlerdeutschland an der Kehle. Darauf setzte der Zerfall des faschistischen Blocks ein. Deutschlands Vasallen sahen sich am Rande eines Abgrunds.

Tolkunow schreibt, daß sich bis zum Sommer 1944, als die 2. Front eröffnet wurde, die ganze Kraft und Stärke des sowjetischen Volkes wie auch seine Fähigkeit offenbart hatte, einen beliebigen Feind vernichtend zu schlagen. Tolkunow zitiert folgenden Ausspruch des damaligen Präsidenten der USA, Franklin Roosevelt: "Die entscheidendsten Gefechte spielen sich jetzt in Rußland ab. Sich selbst rettend, rechnet Rußland damit, die ganze Welt von den Nazis zu erretten. Wir sind diesem Land, das auch fähig ist, in der künftigen Welt ein guter Nachbar und treuer Freund zu sein, zu Dank verpflichtet."

Dazu schreibt Tolkunow: "Sehr wahre, treffende Worte. Fallen mir jetzt diese Dankbarkeit und dieses im Namen des amerikanischen Volkes abgelegte Geständnis der Freundschaft und guten Nachbarschaft ein, so denke ich: Wie schade, daß diese aufrichtigen Worte vergessen, daß sie nicht zum Vermächtnis für die nachfolgenden amerikanischen Präsidenten geworden sind!"

Auch in der schweren Kriegszeit gestaltete sich das Verhältnis mit den Alliierten, namentlich den Amerikanern, nicht ganz einfach. Schließlich fanden die Großmächte aber doch eine gemeinsame Sprache. Was hat das Fortbestehen dieses gegenseitigen Verständnisses in der Nachkriegszeit verhindert? Wer ist schuld daran? Wie kommt es, daß die Welt schon seit Jahren — praktisch seit Mitte der 70er Jahre — wie vom Fieber geschüttelt und die Kriegsgefahr erheblich angewachsen ist? Betrachtungen über diese Fragen bilden Teil I des vorliegenden Bandes.

Der Verfasser gibt vor allem zwei objektive Gründe dafür an, warum der US-Imperialismus in seiner politischen Strategie eine derart jähe Wendung zum wütenden Antisowjetismus und Antikommunismus ausgeführt hat. Der erste sind die anhaltende Verschärfung der allgemeinen Krise des Kapitalismus und als deren Folgen die häufigeren Spannungen zwischen den sozialen Schichten und Klassen sowie die Zunahme der politischen Instabilität der kapitalistischen Welt. Der zweite ist das Anwachsen der Wirtschaftsmacht der UdSSR und der anderen Mitgliedstaaten des Warschauer Vertrags, begleitet von einer Mehrung ihrer Verteidigungsmacht, die das strategische Gleichgewicht zwischen den beiden Gesellschafts- und Wirtschaftssystemen gewährleistet.

Außer den objektiven Ursachen zählt Tolkunow auch andere Faktoren auf. Die früheren US-Regierungen, darunter diejenigen von Nixon und Ford, gingen, wie es heute aussieht, von der Unvermeidlichkeit eines Kompromisses zwischen der Anerkennung der Entspannung und den außenpolitischen Ansprüchen aus, deren Triebfeder der Antikommunismus ist. Die Regierung Reagan hat sich, wie ihre Jasager behaupten, für einen völlig kompromißlosen Antikommunismus und für das Auffrischen der messianischen Idee entschieden, daß die USA eine auf militärischer Überlegenheit fußende unumschränkte Weltherrschaft antreten müßten. Tolkunow schreibt: "Reagans Propagandaapparat rechnet darauf, die politische Unreife weiter Kreise der USA ausschachten zu können. Er nutzt es aus, daß die bürgerliche Propaganda imstande war, die Massen in gewissem Grade dahin zu bringen, daß sie die Zeit der Entspannung gedanklich mit der Zeit außenpolitischer Fehlschläge des US-Imperialismus assoziieren, jener Fehlschläge, die die Weltpositionen des Monopolkapitals geschwächt haben, was wiederum zum Überhandnehmen der Krisenerscheinungen in der Wirtschaft, zu innenpolitischen Skandalen und dazu geführt hat,

daß die Wählermassen das Vertrauen zur Regierung, zur Rechtsordnung usw. eingebüßt haben. Daher die Illusion, daß es möglich sei..., die schwierigen Probleme, denen sich das Monopolkapital sowohl im eigenen Land als auch auf dem Weltchauplatz gegenübersteht, sozusagen mit einem Handstreich zu lösen."

Präsident Reagan, der sich vorgenommen hat, das "amerikanische Ideal" wiederherzustellen und den Kommunismus "auf den Aschenhaufen der Geschichte" zu befördern, hat gegen den Sozialismus und gegen die anschwellende demokratische Bewegung und nationale Freiheitsbewegung in aller Welt einen neuen Kreuzzug angesagt.

In dem vorliegenden Band werden ausführlich Strategie und Taktik der ideologischen Diversanten sowie der maßlos aufgeblähte Apparat geschildert, mit dessen Hilfe die feindselige Propaganda oder, wie man es in Washington zu nennen beliebt, "die öffentliche Diplomatie" betrieben wird. Daran beteiligen sich der Präsident selbst und verschiedene Instanzen seiner Regierung einschließlich höchster Regierungsbeamter. Mit ihrem Wissen und Willen wurde das Unternehmen zum Abbau der sozialistischen Errungenschaften Polens gestartet, das die Kettenreaktion eines "Zerfalls des Sozialismus" auslösen sollte. Die in Polen veranstaltete Generalprobe zum Kreuzzug war aber ein Reifall. Die geschichtliche Entwicklung kann niemand zum Rücklauf zwingen.

Der zur Zeit treffsicherster Raketen und superstarker Kernladungen angesagte antikommunistische Kreuzzug nötigt die sozialistischen Länder und die ganze friedliebende Menschheit jedoch zu unverwandter Wachsamkeit und zu entschlossenen Maßnahmen gegen die Kriegsgefahr. Wir sowjetischen Menschen sind uns darüber klar, daß unser größter und wichtigster Beitrag zum Fortschritt und Frieden auf Erden die weitere Entwicklung und Perfektionierung des Sozialismus und die Verstärkung der inneren und internationalen Positionen der UdSSR sind.

Durch den Band Lew Tolkunows, der der Leserschaft zum 40. Jahrestag des Sieges vorliegen wird, zieht sich wie ein roter Faden der Gedanke, daß unter Aufbietung aller Kräfte der Frieden gewahrt und ein neuer Krieg vereitelt werden muß. Das ist im Gedenken an die Gefallenen und vor den kommenden Generationen unsere Pflicht und Schuldigkeit.

S. GOLJAKOW

MAN FRAGT UNS...

Ich habe einige Fernsehreportagen über die ungewöhnliche Kälte in Westeuropa gesehen. Wie ist es möglich, daß Länder wie Frankreich oder Italien mit der Kälte nicht fertig wurden?

W. MALEJEW.
Tambow, RSFSR

WENN ES IM WESTEN KALT IST...

"Wegen der Schneemassen blieb Italien ohne Hauptstadt" — so scherzten die Journalisten, nachdem ungewöhnlich starke Schneefälle fast die Hälfte der Einwohner Roms zu Hausarrest verdammt hatten. Neben dem Kolosseum wurde Ski gelaufen. In Belgien zeigte die Quecksilbersäule stellenweise — 25, in Nordschweden bis — 40, in Österreich war es "wärmer", dafür war Wien von einer halbmeterhohen Schneeschicht bedeckt. "Über den Pyrenäen fiel den ganzen Tag Schnee" — das meldete die spanische Zeitung "El Pais" in ihrem "Frontbericht". "In Lyon aber ist die berühmte

Santo-Domingo-Quelle eingefroren." Einige Flughäfen waren lange gesperrt, es gab große Verkehrsprobleme.

Die Nachrichten von der "Kältefront" waren nicht sonderlich erfreulich. Große Verluste erlitt die Landwirtschaft in Südeuropa. So wurden in den Ostpyrenäen die Saaten zu 90% vernichtet. In Großbritannien waren viele Städte durch den starken Schneefall von der Außenwelt abgeschnitten — ebenso wie 650 spanische Bergdörfer mit 45 000 Einwohnern.

Westeuropa, Winter 1985



Viele Europäer blieben lange Zeit ohne Wasser und Heizung. In Barcelona platzten 30 000 Wasserrohre. In den Wohnungen der Spanier verlöschte immer wieder das Licht. Störungen der Stromversorgung machten auch 25 Millionen Franzosen zu schaffen. Rom erlebte eine Versorgungskrise, und die Händler schraubten die Lebensmittelpreise hoch.

Die von einer dichten Eisschicht bedeckten Straßen wurden unpassierbar. In einigen britischen Krankenhäusern gingen die Gipsvorräte zu Ende. Doch es blieb nicht bei Knochenbrüchen. Menschen starben, die einen bei Verkehrsunfällen, durch Kurzschlüsse, defekte Heizungen und Brände, die anderen durch die Kälte. "El Pais": "Gestern wurde in Alcoy die Leiche einer 85jährigen Frau, die in einem alten Haus lebte, gefunden... Der Tod trat durch Unterkühlung ein." "L'Humanite": "In Valenciennes wurden die Leichen zweier Landstreicher gefunden: Der eine war in den Ruinen eines alten Hauses, der andere im Stadtpark erfroren. Überall werden jetzt Franzosen gefunden, die in verfallenen Häusern oder auf der Straße erfroren sind... Die Opfer sind meist verarmt." Also jene, die kein Dach über dem Kopf haben. Und jene, denen Heizung und Strom wegen unbezahlter Gebühren abgeschaltet wurden. Menschen erfroren nachts in leeren Baracken und selbstgebastelten Laubhütten, in Bedürfnisanstalten und auf

Parkbänken, wo sie sich wie O'Henrys Helden nur mit einer Zeitung zudeckten.

Die Obdachlosen von Paris hatten da allerdings mehr Glück als ihre Elendsgefährten: Für sie wurden über Nacht die Metro-Stationen geöffnet, und dort suchten über 20 000 Menschen Zuflucht vor der Kälte. Die Pariser Behörden entschlossen sich dazu erstmals seit dem Winter 1944/45, nach der Befreiung der Hauptstadt. Damals waren viele Rückkehrer obdachlos.

Wohlfahrtsorganisationen sorgten für Nachtlager in Metrostationen und -übergängen, in verfallenen Lageräumen. So beschrieb "Paris Match" ein solches Nachtlager am Austerlitz-Bahnhof:

"Im Halbdunkel, beim Licht der Funzeln erinnert das Lager an einen Friedhof. Es fehlen nur



Obdachlose von Paris übernachteten in der Metro — wie 1945

Fotos: "Paris Match"

die weißen Kreuze über den aus dem Dunkel hervortretenden Hügeln. Die Schrecken, die Eugene Sue und Zola im 19. Jh. beschrieben haben, sind 1985 wieder da!"

Im Januar d. J. starben etwa

Was kosten die Menschheit Kriege, und was kann ihr die Abrüstung bringen?

S. SESJULINA, Moskau

DER RÜSTUNGSMOLOCH

Historiker haben errechnet, daß es in den vergangenen 5000 Jahren über 14 500 Kriege gab, die mindestens 4 Milliarden Menschenleben forderten.

Allein in Europa kamen in den Kriegen des 17. Jh. an die 3,3 Millionen, des 18. Jh. 5,4 Millionen und des 19. Jh. 5,5 Millionen Menschen

um. Der erste Weltkrieg kostete über 9 Millionen Menschenleben und 260 Md. Dollar. Der zweite Weltkrieg kostete 50 Millionen Menschenleben und die Wahnsinnssumme von 3300 Md. Dollar.

Heute werden weltweit über 600 Md. Dollar jährlich für das Wettrüsten ausgegeben. Im

militärischen Bereich sind mehr als 60 Millionen Menschen tätig. Über eine halbe Million Forscher, ein Viertel aller Wissenschaftler, arbeiten an rüstungstechnischen Entwicklungen, in die enorme Summen — bis zu 25 Md. Dollar jährlich — fließen.

Die Abrüstung würde es der Menschheit erlauben, das wirtschaftliche Entwicklungstempo bedeutend anzuheben und solche globalen Probleme grundlegend zu lö-

sen wie die Nahrungsmittel-, die Energie- und Rohstoffversorgung sowie den Umweltschutz. Noch sterben aber nach UNICEF-Angaben täglich 40 000 Kinder in den Entwicklungsländern an Hunger und Krankheiten. Zugleich kommt ein Trident-U-Boot (USA) genau so teuer wie der einjährige Schulunterricht von 16 Millionen Kindern dieser Länder oder wie der Bau von 400 000 Häusern für 2 Millionen Menschen. L. KOROTKOW

200 Menschen in den westeuropäischen Industrieländern durch die Kälte. Die meisten Todesfälle haben die Regierungen zu verantworten. Hatten ja die Meteorologen die Kältewelle lange vorher angekündigt. Doch man tat nichts, außer Vorräte an Streusalz und Sand anzulegen, die keineswegs für alle Straßen und auch das nur für einige Tage reichten. Der italienische Verkehrsminister teilte mit: "Von jetzt an werden die Eisenbahnweichen mit speziellen Heizsystemen gegen die Vereisung ausgerüstet."

Vom Schicksal Zehntausender Obdachloser und Armer ist da nicht die Rede. Übrigens würde das auch der unsozialen Rotstiftspolitik widersprechen, die viele westliche Staaten verfolgen.

Die Italiener, schrieb "L'Humanite", beschuldigen ihre Regierung, sie habe "vor einer 15 cm hohen Schneeschicht kapituliert". Doch eine Kapitulation kann erzwungen, aber auch freiwillig sein. Offenbar haben Rom, Paris, London und Madrid freiwillig vor der Kälte kapituliert und so die Armen

der Willkür des Schicksals überlassen.

Doch es geht nicht einmal darum, daß die Regierungen im Westen gerade jetzt, in diesem besonders harten Winter, passiv waren. So sorgte in der italienischen Region Campania die Kältewelle für eine tragische Situation, vor allem weil Tausende Einwohner kein richtiges Dach über dem Kopf haben. Seit 1980, dem großen Erdbeben, hausen die Menschen in provisorischen Unterkünften. Hätte man da nicht in den letzten fünf Jahren

für Abhilfe sorgen können? Wie schnell wurde in der UdSSR Taschkent, das viel stärker betroffen war, geholfen! Doch im Westen sieht das anders aus. Die Mittel der Kommunalverwaltungen werden gekürzt — ebenso wie die staatlichen Wohnungsbaubudgets. So will jetzt das Thatcher-Kabinett das Heizgeld um 400 Mio Pfund Sterling kürzen. Schon der erste größere Frost würde die Menschen an den Rand einer Katastrophe bringen.

J. LWOW

Berichten Sie bitte Einzelheiten über die Implantation eines künstlichen Herzens bei dem Amerikaner William Schroeder. Was meinen unsere Kardiologen dazu? Was geschieht in der UdSSR in dieser Richtung?

A. JUSCHKEWITSCH, Minsk, Beloruss. SSR

SCHROEDERS MECHANISCHES HERZ

Das absterbende Herz war von unheilvoller gelber Farbe, als es der 40jährige Chirurg William Devries abtrennte und dem Brustkorb entnahm. Während eine Herz-Lungen-Maschine das Leben des Kranken aufrechterhielt, brachten Devries, seine fünf Assistenzärzte sowie 11 Krankenschwestern und Techniker eine grapefruißgroße Vorrichtung aus Aluminium und Polyurethan an. Drei Stunden nach Beginn der Operation begann das Schroeder implantierte künstliche Herz "Jarvik-7" mit 70 Schlägen in der Minute zu pulsieren. Das war am 25. November.

Zum zweiten Mal war ein menschliches Herz durch einen Mechanismus ersetzt worden. Vor der Operation hatte Schroeder zwei Infarkte durchgemacht. Der Herzmuskel war äußerst geschwächt. Er war ebenso wie 12 Millionen seiner Landsleute zuckerkrank.

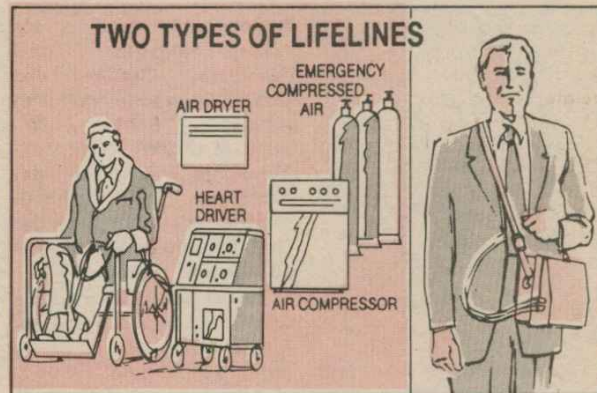
Schroeder, der in eine Klinik in Louisville eingeliefert worden war, konnte nicht mehr als zwei Schritte ohne Atempause tun. Nach Meinung der Ärzte hatte er nur noch etwa einen Monat zu leben. Eine Woche nach der Implantation sagte er: "Ich fühle mich um 10 Jahre jünger, werde jetzt angeln und die Spiele meines Base-

ball-Teams verfolgen können. Mein Herz ist anders, als es früher war, doch es schlägt und schlägt, und ich spüre es."

Das erste künstliche Herz wurde vor etwa zwei Jahren von dem gleichen Chirurgen dem Kranken Barney Clark implantiert. Der Patient starb 112 Tage später, nach einem Kreislaufkollaps. Sein Organismus wurde mit einer Infektion nicht fertig. (s. NZ 15/1983).

Wie damals nähte Dr. Devries das künstliche Herz mit den Herzvorhöfen, der Lungenschlagader und der Aorta zusammen. Durch die Haut, durch spezielle "Knöpfe", die so konstruiert waren, um das Infektionsrisiko weitmöglichst zu verringern, wurden 2,4 Meter lange Kunststoffrohre, die den Apparat mit einer 147 kg schweren, kühlischrankgroßen Luftpumpe verbanden, aus dem Brustkorb durch den Oberteil der Bauchwand herausgeführt. An diese Pumpe, die das Herz mit Druckluft versorgte, sollte Schroeder bis an sein Lebensende gefesselt sein.

Auf einer Pressekonferenz nach der Operation gestand Devries ein, er habe Angst vor einer Infektion, der größten Gefahr für Diabetiker, sowie vor



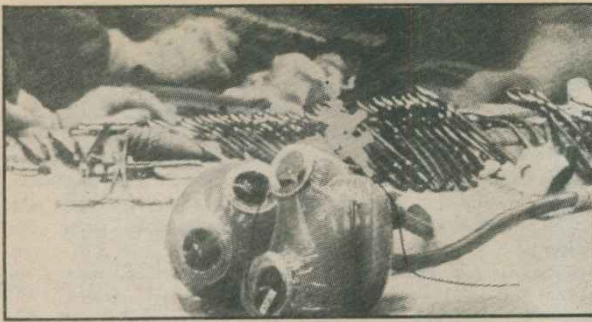
Das Schaubild aus "Newsweek" (USA) zeigt, wie Schroeder am Leben erhalten wurde. Links die stationäre Luftpumpe, rechts die tragbare

möglichen Defekten des Mechanismus. "Jeden Augenblick kann es zu einer Katastrophe kommen", sagte er. Doch die Erfahrungen der ersten Operation waren nicht umsonst: Zuverlässiger und leichter wurde die das Herz versorgende Luftpumpe; die Klappen, die seinerzeit versagt hatten, wurden durch festere Titanklappen ersetzt. Um Auswirkungen auf das Gehirn, die durch eine jähe Beschleunigung der Blutzirkulation nach der Operation hervorgerufen worden waren, zu vermeiden, wurde Schroeders Pulsfrequenz allmählich gesteigert. Auch der tragbare Apparat von der Größe einer Umhängetasche sollte dem Patienten das Leben erleichtern. Sie ermöglicht es Schroeder, sich für einige Stunden von der stationären Anlage ab-

zuschalten und kleinere Spaziergänge zu machen.

Trotz aller Vorichtsmaßnahmen wurde der Patient weniger als sechs Stunden nach der Implantation in den Operationssaal zurückgebracht — wegen starker Blutungen, die erst nach anderthalb Stunden gestoppt werden konnten. Das Blut lief aus der Öffnung heraus, die sich an der Stelle gebildet hatte, wo das künstliche Herz mit der Aorta zusammengenäht war.

Einige Tage später durfte der Patient aufstehen. Dann wurde ihm für eine Röntgenuntersuchung erlaubt, zweimal — anfangs für 22 Minuten morgens, dann für eine Stunde abends — den tragbaren Apparat zu erproben. Die Ärzte nutzten sogar die Gunst der Stunde, um einige Experimente durchzuführen, die klären sollten, wie sich die Herzaktion unter komplizierten Bedingungen auf den Organismus auswirkt — bei Veränderungen der Herzfrequenz, bei Atembeschwerden usw.



Schroeder hoffte, zu Weihnachten aus der Klinik in ein für ihn speziell gemietetes und eingerichtetes Haus zu kommen. Doch am 18. Dezember, beim Abendessen, verlor Schroeder plötzlich das Bewußtsein, erlitt eine Gehirnblutung und wurde teilweise gelähmt. Darauf trat ein teilweiser Gedächtnisverlust ein. Trotz aller Versuche, die Rede und die Koordinierung der Bewegungen zu verbessern, bleibt der Zustand des Kranken ernst, doch stabil.

Viel wird heute von den Kosten derartiger Operationen gesprochen. Die Krankenhausrechnung für Clark belief sich auf 200 000 Dollar, 9000 Dollar kostet das Kunstherz und 7400 Dollar die dazu gehörige Pumpe. Die Betriebskosten des Systems würden 3000 Dollar jährlich erreichen...

Die Klinik in Louisville übernahm alle Kosten für die Herzimplantation bei Schroeder, inklusive Nebenkosten. Die Klinikleitung versprach zu Reklamezwecken und, um sich die führende Stellung in der Herzchirurgie zu sichern, die ersten 100 Patienten gebührenfrei zu behandeln. Doch der 101. Patient bekommt dann die Rechnung präsentiert.

Dieser Tage wurde gemeldet, daß einem 58jährigen Amerikaner ein künstliches Herz implantiert wurde. Die Operation fand am 17. Februar statt. Wie die beiden vorhergehenden Eingriffe wurde sie von dem Chirurgen William Devries ausgeführt.

Unser Korrespondent bat den Direktor des

Ein künstliches Herz vor der Implantation

Foto aus: "Time" (USA)

Forschungsinstituts für Transplantologie und künstliche Organe des UdSSR-Gesundheitsministeriums, Prof. W. SCHUMAKOW, korrespondierendes Mitglied der Akademie der medizinischen Wissenschaften der UdSSR, diese Meldungen zu kommentieren.

Zweifelsohne sind solche Operationen ein gewisser Fortschritt bei der Schaffung eines künstlichen Herzens und bei dessen Einsatz in der klinischen Praxis bei jenen Kranken, deren eigenes Herz zu schwach ist. Doch, wie ich meine, ist es heute noch zu früh, davon zu sprechen, daß es bereits ein ständiges künstliches Herz gibt. Operationen an Tieren und die erste mißglückte Operation am Menschen haben gezeigt, daß Wissenschaftler und Ärzte vor einer noch nicht überwindbaren Zeitschwelle von einigen Monaten stehen. Diese zeitliche Begrenzung erlaubt es natürlich noch nicht, von einer Lösung des Problems

zu sprechen. Die in den USA durchgeführten Operationen am Menschen kann man eher als Experimente bezeichnen. Sie erlauben es, Informationen und Erfahrungen zu sammeln und den Grad der Adaptation des Organismus, einschließlich des menschlichen, an ein künstliches Herz zu studieren. Wir erfahren, wie sich dieser Fremdkörper im Organismus verhält.

Die Arbeitsdauer eines künstlichen Herzens ist also gegenwärtig noch beschränkt. Deshalb verfolgen wir eine prinzipiell andere Strategie, die vorsieht, das Herz in zwei Etappen zu ersetzen. In unserem Forschungsinstitut wurde ebenfalls ein künstliches Herz entwickelt, das einige Monate lang die Lebensfähigkeit des Organismus aufrechterhalten kann. Doch wir beabsichtigen nicht, es in der klinischen Praxis anzuwenden und zu warten, bis der Kranke aus irgendwelchen Gründen selbst stirbt oder der Herzmechanismus versagt. Wir meinen, daß ein künstliches Herz nur in Extremfällen implantiert werden darf, wenn das natürliche Herz plötzlich versagt, z. B. unmittelbar nach komplizierten Operationen am offenen Herzen. Die Einpflanzung eines künstlichen Herzens wird es den Ärzten ermöglichen, in den folgenden zwei bis drei Wochen für den betreffenden Kranken ein Transplantat zu finden, das auch den Mechanismus zur Lebend-

erhaltung des Organismus ersetzen wird. Bekanntlich leben Menschen nach einer Herztransplantation durchschnittlich einige Jahre, manche sogar zehn oder mehr. So gibt eine derartige, in zwei Etappen verlaufende Transplantation des Herzens unserer Meinung nach eine realere Möglichkeit, ein Menschenleben spürbar zu verlängern.

Die Entwicklung eines ständigen künstlichen Herzens aber wird sicher erfolgen. Nur brauchen wir da noch Zeit. Wird ja die Schaffung eines solchen Herzens viel komplizierter sein als die der bereits vorhandenen, mit äußerem Antrieb. Hauptproblem ist die Energiequelle, da ein Patient nach der Operation natürlich kein vollwertiges Leben führen kann, wenn er bis ans Ende seiner Tage an irgendeine äußere Energiequelle gebunden sein wird. Ein künstliches Herz muß autonom sein und lange Zeit arbeiten können. In der UdSSR wird insbesondere am Modell eines künstlichen Herzens gearbeitet, das mit Plutonium-238-Isotopen betrieben wird. Ähnliche Forschungen laufen in den USA.

Wir können zu Recht hoffen, daß die Wissenschaftler irgendwann um die Jahrhundertwende ein Kunstherz entwickeln werden, das dem Menschen, dem es implantiert wird, für längere Zeit ermöglicht, wie andere Menschen auch zu leben, sich zu bewegen und zu arbeiten.

Ich interessiere mich für die Verschmutzung der Flüsse und Gewässer in Westeuropa. Bitte teilen Sie die letzten diesbezüglichen Angaben mit!

W. LESTSCHUK,
Krasnodar, RSFSR

DER EINST SO SAUBERE RHEIN

Heinrich Heine nannte in seinem "Buch der Lieder" den Rhein, eine der wichtigsten Wasserstraßen Europas, spiegelblank. Doch die Zeiten haben sich geändert. Der einst so saubere Rhein mit seinem

Fischreichtum wurde zu einer Kloake.

4 Mio t Ölprodukte, 7 Mio t anorganische Verbindungen und 450 000 t Schwermetalle gelangen dank den Industriekonzernen jährlich in Flüsse

und Gewässer Westeuropas. Die Konzerne sparen auf der Jagd nach Superprofiten an den Kläranlagen.

Die Fischer Westeuropas müssen bis zu einem Drittel ihres Fangs ins Meer zurückwerfen, da die Fische durch Industrieabwässer vergiftet sind. Die Verschmutzung vieler Seen Skandinaviens ist so groß, daß ein regelmäßiger Verzehr der dort gefangenen Fische gesundheitsschädlich ist.

M. WASSILKOW

Sie verschweigen, daß die UdSSR und Deutschland 1939 eine Abmachung trafen und sich die Einflußsphären in Europa teilten. Ich finde, das wird durch die gleichzeitige Besetzung Polens durch deutsche und sowjetische Truppen im September 1939 bestätigt.

Stanley McFORD
Birmingham, England



Es diskutiert
der NZ-Kommentator
Boris
KOSLOW

Die Frage ist leider nicht neu, aber gerade weil sie immer wieder laut wird, muß sie beantwortet werden.

Also wie war das 1939? Vom Frühjahr bis zum Herbst verhandelte die UdSSR auf ihre Initiative mit Großbritannien und Frankreich über das gemeinsame Vorgehen gegen die Naziaggression. Hitler hatte schon Österreich und die Tschechoslowakei besetzt und bedrohte Polen. Man hätte meinen sollen, daß die Verhandlungen über gemeinsame Sicherheit mit einer Übereinkunft abschließen mußten. Die UdSSR erklärte offen, sie wolle gegen die Naziaggression kämpfen, die beiden Verhandlungspartner aber lehnten einen gemeinsamen Kampf ab. Wir hatten nichts verlangt, es war uns nur um ein gemeinsames Vorgehen gegen den Faschismus zu tun. Dennoch fuhren die Verhandlungen fest. Jede Variante gemeinsamer Aktionen gegen die faschistischen Armeen setzte ein Vorrücken der sowjetischen Truppen durch Polen voraus, anders wäre die Berührung mit dem potentiellen Gegner unmöglich gewesen. Das Polen der Barone lehnte jede Vereinbarung mit der UdSSR kategorisch ab.

Großbritannien und Frankreich wußten, daß Polens Verhalten die Verhandlungen aufliegen lassen mußte, taten aber nichts, um auf ihren Partner einzuwirken. Mehr noch, wie aus später veröffentlichten Aktenstücken hervorgeht, versuchten sie bei den Verhandlungen, den sowjetischen Partner über ihre Absichten im Hinblick auf Polen und Deutschland zu täuschen.

Die Vorgänge von 1939 darf man nur im Rahmen der damaligen Weltpolitik sehen. Sie stand im Zeichen Münchens. In München wurde im September 1938 wirklich eine Abmachung getroffen und wurden in der Tat Einflußsphären

geteilt! Auf der einen Seite standen Deutschland und Italien, auf der anderen Großbritannien und Frankreich. Als in München die Tschechoslowakei aufgeteilt wurde, benutzte die Regierung Rydz-Smigly-Beck die Gelegenheit, ein Stück an sich zu reißen, und äußerte unverhohlen den Wunsch, am antibolschewistischen Feldzug Hitlerdeutschlands teilzunehmen. Das war damals leider typisch. Auch Großbritannien verhandelte ja Ende August 1939 mit den Nazis über die Aufteilung der Welt und spielte darauf an, daß es bereit sei, Polen aufzuopfern und die Verhandlungen mit der UdSSR einzustellen.

Aus deutschen Geheimakten ist bekannt, daß Chamberlain im Herbst 1939 bereit war, mit Deutschland ein Bündnis zu schließen und von den Garantien zurückzutreten, "die einigen im deutschen Interessenkreis liegenden Staaten gegeben wurden" —, also Polen Hitler auszuliefern. Soweit die Abmachung. Es gab sie, aber Hitler traf sie nicht mit der UdSSR, sondern mit den antisowjetischen britischen und französischen Kreisen, die Hitlers Wehrmacht nach Osten wenden wollten. In der gefährlichen Weltlage war die UdSSR gezwungen, auf Hitlers Angebot eines gegenseitigen Nichtangriffs (vom Mai 1939) einzugehen, obwohl die UdSSR das gar nicht geplant hatte, bevor Großbritannien und Frankreich die Verhandlungen abbrachen. Kommen wir nun zur "Teilung der Einflußsphären".

Am 1. September fiel Deutschland in Polen ein. Der zweite Weltkrieg begann. Die polnische Regierung wandte sich an die Alliierten um Hilfe. Diese beeilten sich nicht mit der Antwort, weil sie offenbar meinten, daß jede Niederlage der polnischen Armee den Zusammenprall Deutschlands mit der UdSSR näherbringe. Am 12. September teilte Chamberlain mit, Großbritannien werde Polen nur mit Gewehren und erst ungefähr 1940 helfen. In Frankreich war man für die Vertreter der polnischen Regierung nicht zu sprechen. Mitte September hörten die Kampfhandlungen in Polen fast ganz auf. Die Wehrmacht näherte sich der sowjetischen Grenze.

Was hätte die UdSSR in dieser Situation tun sollen? Wenn der Westen dem bürgerlichen Polen nicht half, war erst recht nicht zu erwarten, daß er dem sozialistischen Land helfen werde.

In Europa erwartete man gespannt den Zusammenprall der beiden Gruppierungen. Das wußte Hitler. Ihm war z. B. bekannt, daß in der französischen Armee eine ukrainische nationalistische Legion aufgestellt und aus weißgardistischen Emigranten bestehende kaukasische Einheiten bewaffnet wurden. Auch das "Dritte Reich" rüstete zum Zusammenstoß mit der UdSSR. In den von Ukrainern bevölkerten Ostgebieten Polens sollte ein "bewaffneter Aufstand" ausbrechen, der sich, so Admiral Canaris, Chef der deutschen Aufklärung und Abwehr, gegen Polen und Rußland richten sollte. Wie später der bundesdeutsche Historiker Höhne erläuterte, wollte man damit den größten Teil der Ukraine von der UdSSR abtrennen und mit den ukrainischen Gebieten Polens und der Tschechoslowakei verschmelzen. Am 12. September 1939 trafen sich Vertreter des OKW mit den Rädelsführern der ukrainischen Nationalisten Melnik und Bandera. Am 15. September erteilte Canaris ihnen den Befehl, ihre bewaffneten Banden mobil zu machen und im ukrainischen Teil Polens den Aufstand zu beginnen, worauf ihnen Wehrmachtstruppen "zu Hilfe kommen" würden.

Hitlerdeutschland ging dreist vor, es war sich seines westlichen Hinterlandes sicher. Die Kampfhandlungen konnten jederzeit auf die UdSSR übergreifen.

Deshalb marschierte die Rote Armee am 17. September — erst nachdem die polnische Regierung geflohen und Polen von den Nazis besetzt worden war — in das Gebiet ein, das 20 Jahre vorher von der Sowjetrepublik losgetrennt worden war. Sie nahm die Bevölkerung in Schutz.

Am 23. September gab Hitler, der sich vom Scheitern seiner Provokation überzeugen mußte, den Nationalistenbanden den Befehl, nicht ins sowjetische Territorium einzumarschieren. Am 28. September wurde die Demarkationslinie zwischen den Armeen Deutschlands und der UdSSR festgelegt. Sie verlief an der schon nach dem ersten Weltkrieg bestimmten Curzon-Linie.

Das sind die Tatsachen. Jetzt möchten gewisse Kreise sie auf den Kopf stellen. Wozu? Um zum 40. Jahrestag des Sieges über den Faschismus diejenigen zu verleumdern, die die Hauptlasten des Kampfes getragen haben.

Statt sich gesundzustößen

Eine einfache Methode, Millionen einzuheimsen, dachte sich General Westmoreland aus, der im schmutzigen Krieg der USA gegen Vietnam die US-Truppen befehligte. Er verklagte die TV-Gesellschaft CBS auf 120 Mio Dollar Entschädigung für "moralische Einbuße". In dem vorgeführten Film "Der nicht einkalkulierte Feind: Betrug in Vietnam" wurde Westmoreland beschuldigt, er habe Washington wesentlich falsch über die Wehrfähigkeit der vietnamesischen Patrioten unterrichtet. Im Prozeß kamen jedoch Tatsachen ans Licht, die die Beschuldigung bestätigen. Der General mußte die Klage zurücknehmen.

Mit allem Komfort



Das Problem der Rauschgiftsucht ist in Amsterdam sehr akut. Unlängst haben die Stadtväter einen originellen Schritt zu seiner Lösung unternommen. Der "Times" zufolge haben sie zwei ausrangierte Schleppkähne für Süchtige bereitgestellt. Dort können sich die Besucher nicht nur spritzen, sie können auch fernsehen, Pingpong oder Tennis spielen usw. Das

"Freizeitzentrum" könne täglich 200--250 Besucher aufnehmen, es kämen aber bedeutend mehr, so daß viele draußen bleiben müssen, schreibt die "Times".

Halsabschneiderei



Im Bezirk Pilar von Asuncion (der Hauptstadt Paraguays) ist man an die Verteuerung der Abgabe für Wasser nachgerade schon gewöhnt. Der spanischen Nachrichtenagentur EFE zufolge bekamen die Einwohner aber eines Tages die schockierende Benachrichtigung, daß die Abgabe gleich auf das Fünffache heraufgesetzt worden sei. Zugleich hat die Gesellschaft Corposana, die den Bezirk mit Wasser versorgt, die Wassermenge auf ein Fünftel gekürzt, so daß die Einwohner für die benötigte Menge nach Adam Ries das 25fache zahlen müssen.

Wie der Herr, so's Gescherr

Ein Professor der Universität von Massachusetts hat eine interessante Untersuchung angestellt. Der "New York Times" zufolge hat er festgestellt, daß 25 Prozent aller von Präsident Reagan während seiner ersten Amtsdauer eingesetzten Richter Millionäre sind. Angaben darüber von anderer Seite lauten, daß 98 Prozent von ihnen Weiße, 98 Prozent Mitglieder der Republikanischen

Partei und 92 Prozent Männer sind.

Familienskandal

Spanien ist bekanntlich Mitglied der NATO, mehr noch, es hat bilaterale Abkommen mit den USA über militärische Zusammenarbeit geschlossen. Der CIA-Leitung ist das aber noch zu wenig, denn in Spanien wird immer nachdrücklicher der Austritt aus dem aggressiven Block gefordert. Und so hat die CIA dort ein Spitzelsystem aufgezogen, zu dem auch US-Diplomaten gehören. Sie mußte aber eine Blamage erleben: Zwei Diplomaten wurden auf frischer Tat ertappt und ausgewiesen. Die "New York Times" schreibt, der Skandal habe in politischen Kreisen Madrids Bestürzung und Zorn ausgelöst. Bisher hat das Blatt allerdings verschwiegen, wie das State Department und die CIA reagiert haben.

Wem's Spaß macht...



Haben Sie Lust, sich runtermachen zu lassen? Wenn Sie in Jacksonville (Florida) wohnen, kostet Sie das Vergnügen nur 35 Cent. Sie wählen eine Fernsprechnummer, und aus dem Hörer ergießt sich eine ganze Sturzflut drastischer Schimpfwörter. Wie der britische "Guardian" schreibt, hat die amerikanische Fernsprechgesellschaft Southern Bell neuerdings diese Art Service eingeführt.

Immer die Weiber!

Ein Abgeordneter der israelischen Knesset (Parla-

ment) von der orthodoxen Shas-Partei hat laut "Le Soir" (Brüssel) unlängst erklärt: "Der Allmächtige hat die Armee Israels im Libanon für das unsittliche Benehmen der Soldatinnen mit Verlusten bestraft." Das stimmt nicht ganz, die Verluste der Besatzer im Libanon haben bekanntlich ganz andere Ursachen.

Sorgenkind: der Müll

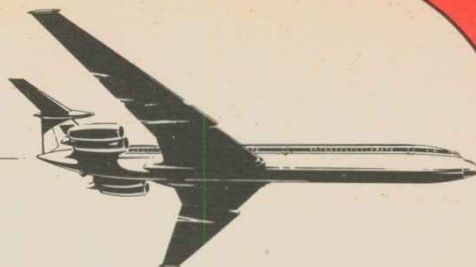


Der spanischen EFE-Agentur zufolge macht die Müllvernichtung den schweizerischen Behörden Sorgen. Experten haben errechnet, daß alljährlich pro Kopf der Bevölkerung 400 kg anfallen. Die Veranstalter der Kampagne "Für eine saubere Schweiz" haben hierüber ein 500 Seiten starkes Buch herausgegeben. In der Schweiz sagt man, dem Erscheinen des Folianten müßten, falls er den Müll-Montblanc nicht noch höher machen soll, einschneidende Maßnahmen folgen.

Bordelle im Dienst der CIA

Die Vorfahren der Sidney Barrows kamen auf der berühmten "Mayflower" nach Amerika. Sie selbst hat schon zu unserer Zeit eine Bordellkette für hohe Herrschaften, größtenteils Gäste aus dem Ausland, ins Leben gerufen. Das Skandalöseste dabei ist, daß — so die "Hamburger Morgenpost" — die CIA die Kartothek der Firma ausgiebig benutzt, um aus Ausländern mit Erpressermethoden Informationen herauszuholen.

Zeichnungen: W. Tschakiridis

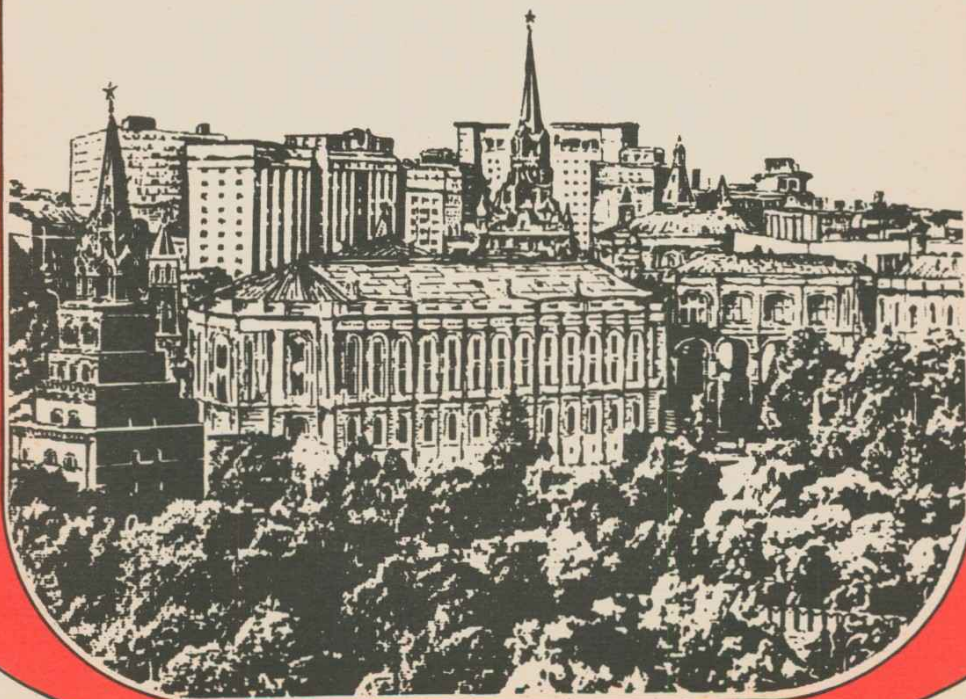


AEROFLOT OFFERiert

bequemste Flugrouten nach Moskau
zu den XII. Weltfestspielen
der Jugend und Studenten

WILLKOMMEN IN DER UdSSR!

Näheres bei der Aeroflot-Vertretung
in Ihrem Land.



Im Objektiv: MADAGASKAR

Antananarivo erwacht früh. Noch erleuchtet die Sonne die Berggipfel und die spitzen Ziegeldächer nicht und spiegelt sich noch nicht in dem runden Anosy-See, in den Straßen aber rollen schon Karren, wischen Autoreifen über den Asphalt und klappern eilige Schritte. In der Hauptstadt Madagaskars

ist ein neuer Tag angebrochen.

Die breite Unabhängigkeitsallee ist die Hauptstraße. An einem Ende befindet sich der Bahnhof, am anderen mündet sie in einen riesigen Markt, wo man fast alles sieht, woran die Insel reich ist. Von den umliegenden Hügeln aus blickt die alte Stadt auf dieses bunte Treiben hinunter, das besonders lebhaft an den Freitagen ist, wenn die unzähligen Sonnendächer auch noch die Allee und viele anstoßende Gäßchen füllen.

Die Natur hat es mit Madagaskar gut gemeint. Schön sind seine grünen Berge, seine Täler und Seen. Der Boden ist fruchtbar, und in seinem Inneren lagern reiche Bodenschätze. Aber das 10-Millionen-Volk der Demokratischen Republik Madagaskar muß diese Schätze erst heben. Die Neugestaltung des Lebens ist schwierig, wo jahrzehntelang Kolonialisten geschaltet und gewaltet haben. Die junge Republik hat viele Gegner, aber auch gute Freunde, zu denen die UdSSR zählt. Viel Arbeit steht bevor. Die Madagassen sagen, der Reis der Zukunft wächst auf dem heute bestellten Feld.

Frühmorgens

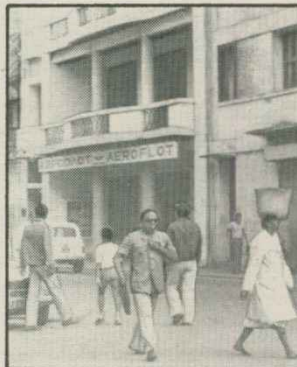


Analakely, das Marktviertel in Antananarivo

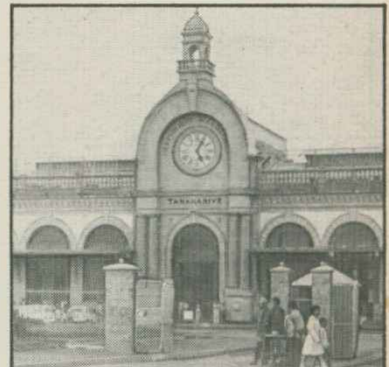
Ein Reisfeld



Diese modernen Bürohäuser stehen am Anosy-See



Die Aeroflot-Vertretung



Der Bahnhof von Antananarivo

Bildbericht: Albert Pin, Sonderberichterstatter der NZ